

Les Tursiops truncatus peuvent être détenus jusqu'à ce que le Gouvernement flamand constate, sur avis du Conseil flamand du Bien-être des animaux, qu'un autre mode d'hébergement est possible pour les animaux concernés avec des garanties d'amélioration significative du bien-être animal. Cet avis fait suite à une évaluation décennale. La première révision aura lieu à la fin de la période de 10 ans commençant le 1 ^{er} janvier 2027.	o ^{yz}
Il est interdit d'élever ou d'importer des Tursiops truncatus, sauf si le nombre d'individus est réduit à six.	o ^z

».

Art. 3. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2027.

Bruxelles, le 13 juin 2024.

Le ministre flamand de l'Enseignement, des Sports, du Bien-Être des Animaux et du Vlaamse Rand,
B. WEYTS

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/204469]

14. DEZEMBER 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 6 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 22. Mai 2023, Artikel 7 Absätze 2 bis 5, abgeändert durch die Dekrete vom 2. März 2015, 10. Dezember 2020, 15. Dezember 2021 und 14. Dezember 2023, Artikel 8 § 1 Absatz 2 und § 3, Artikel 9 Absatz 3, Artikel 10 § 2 Nummern 2 und 3, Artikel 10.1 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 22. Mai 2023 und abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, Artikel 12 Absätze 2, 3, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Mai 2023, und 4, eingefügt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, Artikel 16 Absatz 3, Artikel 16.2 § 2, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Mai 2023, sowie Artikel 16.4 § 2 Absatz 4, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015;

Aufgrund des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung, Artikel 18 und Artikel 47;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. 65/2023 vom 24. März 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 29. September 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 29. September 2023;

Aufgrund des in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 eingereichten Antrags auf Begutachtung beim Staatsrat innerhalb einer Frist von dreißig Tagen;

In Erwägung, dass der Antrag auf Begutachtung am 26. Oktober 2023 unter der Nummer 74.761/3 in die Liste der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates eingetragen wurde;

Aufgrund der Entscheidung der Gesetzgebungsabteilung vom 6. November 2023, in Anwendung von Artikel 84 § 5 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 kein Gutachten abzugeben;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014
über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung

Artikel 1 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

”3. Kinderbetreuung: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets die regelmäßige Betreuung von Kindern in festgelegten Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten, mit Ausnahme der Aktivitäten, deren Hauptzweck Bildung oder Unterricht, Jugend, Jugendhilfe, Kultur, Tourismus oder Sport ist;”

2. In Nummer 6 wird zwischen die Wortfolge ”Tagesmütter/-väter” und das Wort ”gewährleistet” die Wortfolge ”und/oder Kinderbetreuer in Heimarbeit” eingefügt.

3. Folgende Nummer 7.1 wird eingefügt:

”7.1 Kinderbetreuer in Heimarbeit: in der Kinderbetreuung tätige Person, die im Auftrag eines Tagesmütterdienstes, im Rahmen eines Arbeitsvertrags oder als statutarisches Personalmitglied, vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;”

4. Nummer 10, aufgehoben durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt wieder eingeführt:

”10. Co-Initiative für Kleinkindbetreuung: Dienstleister, der Kleinkindbetreuung in kollektiver Form gewährleistet und eine Aufnahmekapazität von höchstens zwölf Plätzen besitzt;”

5. Nummer 13 wird wie folgt ersetzt:

"13. Zentrum für Kinderbetreuung: das durch das Dekret vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung geschaffene Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung;"

6. Nummer 20, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

"20. Onlineportal: eine den Dienstleistern sowie den Erziehungsberechtigten von der Regierung zur Verfügung gestellte digitale Plattform der Kinderbetreuung. Es dient zur Information der Erziehungsberechtigten, zur Beantragung, Verwaltung und Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen sowie zur Kontrolle der Anerkennungs- und Bezuschussungsbedingungen."

Art. 2 - Artikel 7 § 2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

"6. ein Vertreter des Zentrums für Kinderbetreuung."

Art. 3 - Artikel 9 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "Anerkennung von" und die Wortfolge "selbstständigen Tagesmüttern/-vätern" die Wortfolge "Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung," und zwischen die Wortfolge "konventionierten Tagesmüttern/-vätern" und das Wort "betreffen" die Wortfolge "oder die Kinderbetreuung durch Kinderbetreuer in Heimarbeit" eingefügt.

2. § 3 wird aufgehoben.

Art. 4 - Artikel 10 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 10 - Die in den Artikeln 72 § 2 Absatz 3, 74 Absatz 1, 76 § 1, § 2 Absatz 1, § 3 und § 4, 93 § 1 Absatz 1, 94, 94.1, 116 § 1, 117 Absatz 1, 135 § 1 Absätze 1 und 2 sowie 193 festgelegten Beträge sind an die Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 gebunden.

Die im Anhang festgelegten Grenzbeträge des Einkommens werden aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat Dezember des betroffenen Einkommensjahres angepasst.

Die in den Artikeln 119.2 Absatz 1 und 119.3 Absatz 1 sowie im Anhang festgelegten Sätze der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten werden jährlich im Juli aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat Dezember des Vorjahres angepasst."

Art. 5 - Artikel 12 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 12 - Die Dienste der Kinderbetreuung sorgen dafür, dass für die in Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Personen, die von ihnen beauftragt wurden, vor Beginn ihrer Tätigkeit die dort erwähnten Unterlagen vorliegen."

Art. 6 - Artikel 13 Nummer 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"2. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachzuweisen oder sich vertraglich zu verpflichten, einen solchen Kurs binnen eines Jahres nach Beginn der Tätigkeit zu absolvieren. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert. Die in Artikel 88 § 5 erwähnten Diplome und Zertifikate gelten während zwei Jahren nach Erhalt als abgeschlossener Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder."

Art. 7 - In Artikel 15 Absatz 2 Nummer 11 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung" durch die Wortfolge "Beeinträchtigung oder psychischer Störung" ersetzt.

Art. 8 - Artikel 18 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 18 - Unbeschadet der Artikel 154 und 174 findet das vorliegende Kapitel ausschließlich Anwendung auf die Kinderkrippen, Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung und Standorte der außerschulischen Betreuung, mit Ausnahme der Standorte der außerschulischen Betreuung, die die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleisten."

Art. 9 - Artikel 20 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 20 - Die Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfindet, und alle Räume, die den Kindern zugänglich sind, erfüllen folgende Kriterien:

1. insofern nicht weiter definiert, entspricht die Größe der Räumlichkeiten der Anzahl betreuter Kinder, sodass diese sich frei bewegen können;

2. es ist ein Schlaf- und Ruhebereich vorgesehen;

3. an den Betreuungsorten, an denen Mahlzeiten für die Kinder vorbereitet werden, ist eine Küchenzeile mit Spüle, Herd und Kühlschrank vorgesehen;

4. die Räume sind mit dem für die Betreuung erforderlichem Mobiliar und ausreichendem Spielmaterial ausgestattet;

5. die Räumlichkeiten befinden sich in einem guten Zustand und werden entsprechend gehalten;

6. die Betreuer sind in den Räumen telefonisch erreichbar."

Art. 10 - Artikel 21 Absatz 2 Nummer 1 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 11 - In Artikel 24 Absatz 2 desselben Erlasses wird der erste Satz gestrichen.

Art. 12 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 28.1 eingefügt:

"Art. 28.1 - Die Dienste der Kinderbetreuung weisen die Erziehungsberechtigten darauf hin, dass kranke Kinder nur dann betreut werden können, wenn keine Ansteckungsgefahr für die anderen betreuten Kinder besteht."

Die Dienste der Kinderbetreuung können im Zweifelsfall ein medizinisches Attest verlangen, das bestätigt, dass das betroffene Kind keine Ansteckungsgefahr für die anderen betreuten Kinder darstellt.“

Art. 13 - In Artikel 30 desselben Erlasses wird die Wortfolge „, die ihnen durch den Fachbereich ausgehändigt werden, und leiten sie an die Erziehungsberechtigten weiter“ gestrichen.

Art. 14 - In Titel 2 Untertitel 1 Kapitel 4 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird folgender Abschnitt 4.1, der die Artikel 31.1 und 31.2 enthält, eingefügt:

„Abschnitt 4.1 - Priorisierungskriterien bei der Vergabe der Betreuungsplätze

Art. 31.1 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Dienste anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden, sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung.

Art. 31.2 - § 1 - Bei der Vergabe von Betreuungsplätzen berücksichtigen die Dienste der Kinderbetreuung die Betreuungsanträge in folgender Reihenfolge:

1. Anträge der Zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption oder des für die Jugendhilfe und den Jugendschutz zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der einvernehmlichen oder gerichtlichen Jugendhilfe, der Pflegschaft oder des Jugendschutzes;

2. Anträge für Kinder, die im deutschen Sprachgebiet als Schüler im Regel- oder Fördergrundschulwesen eingeschrieben sind;

3. Anträge von Antragstellern, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;

4. Anträge von Antragstellern, die im deutschen Sprachgebiet eine Tätigkeit als Arbeitnehmer, statutarisches Personalmitglied oder als Selbstständiger ausüben, oder wenn der Partner, der denselben Wohnsitz wie der Antragsteller hat, eine dieser Tätigkeiten im deutschen Sprachgebiet ausübt;

5. Anträge für Geschwister von Kindern, die bereits durch denselben Dienst der Kinderbetreuung betreut werden;

6. Anträge von Antragstellern, die ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben, die für den betroffenen Dienst der Kinderbetreuung das mögliche Defizit ganz oder teilweise trägt;

7. Anträge in chronologischer Reihenfolge.

Als Wohnsitz gilt der Ort, an dem eine Person gemäß in Artikel 1 § 1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente ihren Hauptwohnsitz hat oder an dem sie gemäß Artikel 1 § 2 desselben Gesetzes ihre Bezugsadresse hat.

Für die in Absatz 1 Nummer 4 erwähnte Tätigkeit als Arbeitnehmer oder als statutarisches Personalmitglied gilt die Niederlassungseinheit oder, falls diese Angabe nicht verfügbar ist, der Betriebssitz als Ort der Tätigkeit.

Für die in Absatz 1 Nummer 4 erwähnte Tätigkeit als Selbstständiger gilt die Gemeinde, in der die Tätigkeit hauptsächlich ausgeführt wird, als Ort der Tätigkeit.

§ 2 - Bei der Priorisierung der Platzvergabe ist jeweils die Situation zum Zeitpunkt der Antragstellung ausschlaggebend.

In Abweichung von Absatz 1 ist für die Anwendung von § 1 Absatz 1 Nummer 5 die Situation zum beantragten Beginn der Betreuung ausschlaggebend.“

Art. 15 - Artikel 32 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 32 - Sind die Dienste der Kinderbetreuung gemäß Artikel 7 Absätze 2 und 3 des Dekrets oder anderen Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verpflichtet, die Sicherheit der Räumlichkeiten der Kinderbetreuungsstellen durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten zu belegen, reichen diese Dienste der Kinderbetreuung in folgenden Situationen bei dem Fachbereich erneut ein solches positives Brandschutzgutachten, welches nicht älter als sechs Monate ist, zu den Räumlichkeiten ein, in denen die Betreuung stattfindet:

1. mindestens alle sechs Jahre nach Inkrafttreten der Anerkennung;

2. bei jeder maßgeblichen Änderung an der Gebäudestruktur der Betreuungsstelle;

3. jederzeit auf Anfrage des Fachbereichs.“

Art. 16 - Artikel 37 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 7 wird das Wort *„Infrastruktur“* durch das Wort *„Räumlichkeiten“* ersetzt.

2. § 1 Absatz 2 Nummer 16 wird aufgehoben.

3. § 2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„§ 2 - Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Dienstes der Kinderbetreuung, der gemäß Artikel 7 Absätze 2 und 3 des Dekrets oder anderen Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verpflichtet ist, die Sicherheit der Räumlichkeiten seiner Kinderbetreuungsstellen durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten zu belegen, ist zudem dieses Brandschutzgutachten beizufügen, welches nicht älter als sechs Monate ist, zu den Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfinden soll.

Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Tagesmütterdienstes, sind zudem folgende Unterlagen und Angaben beizufügen:

1. das in Artikel 58 erwähnte Verfahren zur Prüfung der Eignung der Kandidaten, die eine Zulassung als konventionierte Tagesmütter/-väter beantragen;

2. die beantragte Anzahl der konventionierten Tagesmütter/-väter und der Kinderbetreuer in Heimarbeit, die im Auftrag des Tagesmütterdienstes arbeiten können;

3. die Beschreibung der Zusammenarbeit mit den konventionierten Tagesmüttern/-v Vätern.

Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung einer Kinderkrippe ist zudem ein Gutachten der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben in Bezug auf die Einhaltung der geltenden Vorschriften im Bereich der behindertengerechten Gestaltung der Räumlichkeiten der Kinderkrippe beizufügen.“

4. § 2.1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird aufgehoben.

5. § 3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 17 - Artikel 38 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "die Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfinden soll" durch die Wortfolge "die Einhaltung der allgemeinen und besonderen Anerkennungsbedingungen" ersetzt.
2. Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 18 - Artikel 42 § 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe "16" durch die Angabe "§ 2 Absatz 1" ersetzt.
2. In Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "Infrastruktur" durch das Wort "Räumlichkeiten" ersetzt.

Art. 19 - In Artikel 43 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "Infrastruktur" durch das Wort "Räumlichkeiten" ersetzt.

Art. 20 - Artikel 47 § 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe "16" durch die Angabe "§ 2 Absatz 1" ersetzt.
2. In Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "Infrastruktur" durch das Wort "Räumlichkeiten" ersetzt.

Art. 21 - In Artikel 48 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "Infrastruktur" durch das Wort "Räumlichkeiten" ersetzt.

Art. 22 - Artikel 51 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 51 - § 1 - In Abweichung von den Artikeln 49 und 50 kann der Minister einen Dienst der Kinderbetreuung oder eine seiner Kinderbetreuungsstellen in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

1. aus volksgesundheitlichen Gründen;
2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;
3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Der Minister entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die vorläufige Schließung des Dienstes oder einer seiner Kinderbetreuungsstellen hat die Aussetzung der Anerkennung des Dienstes für die Dauer der vorläufigen Schließung zur Folge.

§ 2 - Der Minister teilt dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung seinen Beschluss zur vorläufigen Schließung unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Der Dienst kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur vorläufigen Schließung oder beendet sie. Der Minister teilt dem betroffenen Dienst seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.

Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die vorläufige Schließung des Dienstes oder einer seiner Kinderbetreuungsstellen.

§ 3 - Der Minister teilt dem Dienst zeitgleich mit der in § 2 Absatz 2 erwähnten Bestätigung des Beschlusses beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung, nach Ablauf der in § 2 Absatz 1 erwähnten Frist, eine Frist zur Behebung der Umstände mit, die zur vorläufigen Schließung geführt haben.

Der Minister kann die in Absatz 1 erwähnte Frist zur Behebung der Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, verlängern.

Behebt der Dienst innerhalb der vom Minister festgelegten Frist die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, beendet der Minister die vorläufige Schließung umgehend. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung des Dienstes."

Art. 23 - Artikel 52 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird die Wortfolge "Aussetzung der Anerkennung gemäß Artikel 51 § 1 Absatz 4" durch die Wortfolge "vorläufigen Schließung gemäß Artikel 51 § 2 Absatz 2" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird zwischen das Wort "Anerkennung" und den Punkt die Wortfolge "oder zur Bestätigung des Beschlusses zur vorläufigen Schließung beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung gemäß Artikel 51 § 2 Absatz 1, nach Ablauf der dort erwähnten Frist" eingefügt.

Art. 24 - Artikel 53 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Kommt der Dienst der Kinderbetreuung nach Ablauf der Dauer der in Artikel 50 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach oder wurden die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, nach Ablauf der in Artikel 51 § 3 erwähnten Frist nicht behoben, kann der Minister nach einem Gutachten der Inspektion die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung entziehen."

Art. 25 - Artikel 59 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 59 - Das Zentrum für Kinderbetreuung gilt von Rechts wegen als Tagesmütterdienst anerkannt."

Art. 26 - Artikel 60 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 60 - § 1 - Der Tagesmütterdienst sorgt für die Einhaltung der in Titel 3 und 4 aufgeführten Bestimmungen.

Der Tagesmütterdienst beauftragt für die Kinderbetreuung ausschließlich konventionierte Tagesmütter/-väter, die gemäß Titel 3 zugelassen wurden, oder Kinderbetreuer in Heimarbeit.

Beauftragt der Tagesmütterdienst konventionierte Tagesmütter/-väter, schließt er hierfür eine schriftliche Vereinbarung mit diesen ab.

§ 2 - Der Tagesmütterdienst kann unter folgenden Bedingungen eine außerschulische Betreuung organisieren:

1. der Auftrag der Kleinkindbetreuung wird vorrangig erfüllt;
2. die Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, wird für jede/n konventionierte/n Tagesmutter/-vater eingehalten;
3. die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann sich frei für das Anbieten von außerschulischer Betreuung entscheiden."

Art. 27 - In Artikel 61 Nummer 5 desselben Erlasses wird die Wortfolge "und das in Artikel 133 erwähnte Betreuungskapital" gestrichen.

Art. 28 - Artikel 62 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Der Tagesmütterdienst verfügt mindestens über sozial-pädagogisches Fachpersonal gemäß nachfolgender Tabelle:

Anzahl Kinderbetreuer in Heimarbeit und zugelassene konventionierte Tagesmütter/-väter	Anzahl Vollzeitäquivalent sozial-pädagogisches Fachpersonal
1-18	1 ½
19-24	2
25-30	2
31-36	2 1/2
37-42	3
43-53	3
54-59	3
60-65	3 1/2
66-71	3 2/3
72-77	4
78-83	4 ½
84-89	4 2/3
90-95	5
96-101	5 ½
102-107	5 2/3
108-113	6

Für die Berechnung des Personalschlüssels wird die Höchstanzahl Kinderbetreuer in Heimarbeit und zugelassener konventionierter Tagesmütter/-väter des jeweiligen Kalenderjahres berücksichtigt."

2. § 2 wird aufgehoben.

Art. 29 - Artikel 63 Absatz 2 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 30 - In Artikel 65 Absatz 1 desselben Erlasses wird zwischen die Wortfolge "konventionierten Tagesmütter/-väter" und das Wort "erfolgt" die Wortfolge "und die Kinderbetreuer in Heimarbeit" eingefügt.

Art. 31 - In Artikel 66 desselben Erlasses wird zwischen die Wortfolge "konventionierten Tagesmutter/-vaters" und den Punkt die Wortfolge "oder eines Kinderbetreuers in Heimarbeit" eingefügt.

Art. 32 - Artikel 68 § 1 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 33 - In Artikel 72 § 3 Absatz 1 desselben Erlasses wird das Wort "kumulative" gestrichen.

Art. 34 - Artikel 73 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "einschließlich der in Artikel 85 § 2 vorgesehenen Gebühr," gestrichen.
2. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Behinderung" durch das Wort "Beeinträchtigung" ersetzt.

Art. 35 - Artikel 75 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 36 - Artikel 76 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Für die Kosten der Organisation der in Artikel 125 erwähnten Weiterbildung der konventionierten Tagesmütter/-väter und der in Artikel 14 erwähnten Weiterbildung des sozial-pädagogischen Fachpersonals sowie für die Kosten der Anschaffung von pädagogischem Material erhält der Tagesmütterdienst einen Zuschuss von höchstens 5.486,95 Euro. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt erst, nachdem der Fachbereich die eingereichten Belege geprüft hat."

2. In § 2, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "kumulativer" gestrichen.

3. § 4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

"§ 4 - Für die Kosten, die anfallen, um den konventionierten Tagesmüttern/-väter eine mobile Internetverbindung im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit dem Tagesmütterdienst bereitzustellen, erhält der Tagesmütterdienst einen Zuschuss von höchstens 5.169,44 Euro. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt erst, nachdem der Fachbereich die eingereichten Belege geprüft hat."

Art. 37 - In Artikel 79 desselben Erlasses wird zwischen das Wort "werden" und den Punkt die Wortfolge ", sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung" eingefügt.

Art. 38 - Artikel 80 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 3. September 2015, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 80 - Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts gilt:

1. bei der Kleinkindbetreuung:

- a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als zehn Stunden pro Tag;
- b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als fünf Stunden pro Tag;
- c) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von zehn Stunden oder mehr pro Tag;

2. bei Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung:

- a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als zehn Stunden pro Tag;
- b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von drei Stunden oder mehr, aber weniger als fünf Stunden pro Tag;
- c) Dreiertagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als drei Stunden pro Tag;
- d) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von zehn Stunden oder mehr pro Tag."

Art. 39 - Artikel 81 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird aufgehoben.

2. In § 2 wird die Wortfolge "50% der einbehaltenen Reservierungsgebühr" durch die Angabe "150 Euro" ersetzt.

Art. 40 - Artikel 82 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 82 - § 1 - Die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten erfolgt in Form einer zu zahlenden Tagespauschale gemäß der im Anhang aufgeführten Tabelle.

Die Kostenbeteiligung deckt nicht die Kosten für Diätkost, Biokost, Medikamente, Windeln, Milchpulver und spezifisch von den Erziehungsberechtigten gewünschte Produkte.

§ 2 - Der anwendbare Satz der in § 1 erwähnten Tagespauschale wird wie folgt berechnet:

- 1. für eine Ganztagsbetreuung: 100% ;
- 2. für eine Halbtagsbetreuung: 60% ;
- 3. für eine Dreiertagsbetreuung im Rahmen außerschulischer Betreuung: 40% ;
- 4. für eine Langzeitbetreuung: 160%.

In Abweichung von Absatz 1 sind folgende Beteiligungssätze für die Kinderbetreuung anwendbar:

- 1. bei Familien, die mindestens zwei Kinder unter drei Jahren steuerlich zu Lasten haben, beträgt die Beteiligung 70% pro Kind;
- 2. bei Familien, die mindestens drei Kinder steuerlich zu Lasten haben, beträgt die Beteiligung 70% pro Kind;
- 3. für Kinder, die einen Zuschlag zum Kindergeld für Kinder mit einer Beeinträchtigung erhalten, beträgt die Beteiligung 70%.

Als Familie gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels die volljährigen Haushaltsmitglieder, deren Einkommen gemäß Artikel 83 § 1 Absätze 1 und 2 für die Berechnung der Kostenbeteiligung berücksichtigt werden."

Art. 41 - Artikel 83 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 83 - § 1 - Die Kostenbeteiligung wird aufgrund der kumulierten Einkommen der volljährigen Haushaltsmitglieder des Antragstellers berechnet.

Verfügen mehr als zwei volljährige Haushaltsmitglieder über Einkommen werden die zwei höchsten Einkommen berücksichtigt.

Als Einkommen gilt für die Anwendung des vorliegenden Artikels das global steuerpflichtige Einkommen des Steuerbescheids in Bezug auf die Einkommensteuern. Der Tagesmutterdienst sorgt dafür, dass die Haushaltsmitglieder den Steuerbescheid vorlegen.

Kann ein volljähriges Haushaltsmitglied keinen Steuerbescheid in Bezug auf die Einkommensteuern vorlegen oder ist das Einkommen des betreffenden Jahres nicht auf dem Steuerbescheid angegeben, sorgt der Tagesmutterdienst dafür, dass das Haushaltsmitglied andere Belege seines steuerpflichtigen Einkommens vorlegt. Der Minister kann präzisieren, wie diese Belege dem global steuerpflichtigen Einkommen des Steuerbescheids in Bezug auf die Einkommensteuern gleichzustellen sind.

Werden diese Belege nicht vorgelegt, wird die höchste Kostenbeteiligung berechnet.

§ 2 - Das Haushaltseinkommen wird zu Beginn der Betreuung bestimmt. Bei einem Betreuungsbeginn von Januar bis Juni wird das Einkommensjahr J-3 berücksichtigt. Bei einem Betreuungsbeginn von Juli bis Dezember wird das Einkommensjahr J-2 berücksichtigt.

Für einen Haushalt, dessen Kind bereits bei dem gleichen Dienstleister betreut wird und dessen Einkommen bereits ermittelt wurde, gilt dieses Einkommen in Abweichung von Absatz 1 auch zu Beginn der Betreuung des nächsten Kindes weiterhin als Grundlage zur Berechnung der Kostenbeteiligung.

§ 3 - Zum 1. Juli jedes Jahres wird das Haushaltseinkommen erneut bestimmt und die Kostenbeteiligung entsprechend angepasst. Zu diesem Zweck wird das Einkommensjahr J-2 berücksichtigt.

§ 4 - Der Antragsteller meldet dem Tagesmutterdienst jede Änderung der Haushaltszusammensetzung oder jede Änderung in Bezug auf die in Artikel 82 § 2 Absatz 2 festgelegten reduzierten Beteiligungssätze. Der Tagesmutterdienst bestimmt daraufhin erneut die anwendbaren Tarife.

Führt diese Neubestimmung dazu, dass höhere Tarife anzuwenden sind, gelten diese ab dem Folgemonat der Änderung.

Führt diese Neubestimmung dazu, dass niedrigere Tarife anzuwenden sind, gelten diese ab dem Folgemonat der Meldung der Änderung."

Art. 42 - Artikel 84 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 43 - Artikel 85 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 85 - Im Rahmen des im Betreuungsvertrag festgelegten Betreuungsplans fordert der Tagesmütterdienst die zu zahlende Tagespauschale ein, unabhängig der tatsächlichen Anwesenheit des Kindes.

In Abweichung von Absatz 1 fordert der Tagesmütterdienst die zu zahlende Tagespauschale für die tatsächliche Anwesenheit ein, wenn diese über den im Betreuungsvertrag festgelegten Betreuungsplan hinaus geht.

Die Tagespauschale wird für folgende Tage nicht geschuldet:

- 1. die Tage, an denen der Tagesmütterdienst die Betreuung nicht anbietet;*
- 2. die Abwesenheitstage des Kindes aufgrund einer Krankheit, ab dem zweiten Abwesenheitstag in Folge, an dem laut Betreuungsplan eine Betreuung stattfindet, begründet durch ein medizinisches Attest."*

Art. 44 - Artikel 87 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. die Mindestfläche beträgt pro Betreuungsplatz 6 m² für den Spiel- und Essbereich sowie 2 m² für den Schlaf- und Erholungsbereich;"

2. In Nummer 11 wird die Wortfolge "Artikel 20 Nummer 5" durch die Wortfolge "Artikel 20 Nummer 3" ersetzt.

3. In Nummer 15 wird die Wortfolge "mindestens einmal jährlich" durch die Wortfolge "bei Verunreinigung" ersetzt.

4. In Nummer 16, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

5. Folgende Nummer 17 wird eingefügt:

"17. es sind verschiedene Spielbereiche vorhanden;"

6. Folgende Nummer 18 wird eingefügt :

"18. die Sicherheit der Räumlichkeiten wird insbesondere durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten belegt."

Art. 45 - Artikel 88 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "kumulativer" gestrichen.

2. In § 2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "kumulativer" gestrichen.

3. In § 3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "kumulativer" gestrichen.

4. § 4 wird aufgehoben.

5. § 5 wird wie folgt ersetzt:

"§ 5 - Die Kinderbetreuer verfügen mindestens über eines der in Artikel 18.1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen aufgeführten Diplome und Zertifikate.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert."

6. In § 6 wird das Semikolon am Ende des Satzes durch einen Punkt ersetzt.

Art. 46 - Artikel 92 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "kumulative" gestrichen.

2. In § 2.1 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort "kumulative" gestrichen.

Art. 47 - Artikel 93 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird das Wort "Behinderung" durch das Wort "Beeinträchtigung" ersetzt.

2. § 2 wird aufgehoben.

Art. 48 - In Artikel 94 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird die Wortfolge "höchstens 1.148,77 Euro" durch die Wortfolge "41,03 Euro pro Betreuungsplatz" ersetzt.

Art. 49 - In Artikel 96 desselben Erlasses wird zwischen das Wort "werden" und den Punkt die Wortfolge ", sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung" eingefügt.

Art. 50 - Artikel 97 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 97 - Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts gilt:

- a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als zehn Stunden pro Tag;*
- b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als fünf Stunden pro Tag;*
- c) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von zehn Stunden oder mehr pro Tag."*

Art. 51 - Artikel 98 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 98 - Die Artikel 82-85 sind auf die Kinderkrippen entsprechend anwendbar, mit Ausnahme von Artikel 82 § 2 Absatz 1 Nummer 3."

Art. 52 - In Titel 2 Untertitel 3 desselben Erlasses wird Kapitel 3, aufgehoben durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wie folgt wieder eingeführt:

"KAPITEL 3 - CO-INITIATIVE FÜR KLEINKINDBETREUUNG

Abschnitt 1 - Besondere Anerkennungsbedingungen

Art. 99 - Die Co-Initiative für Kleinkindbetreuung weist eine Aufnahmekapazität von mindestens sieben und höchstens zwölf Plätzen auf.

Artikel 86 § 2 ist auf die Co-Initiative für Kleinkindbetreuung entsprechend anwendbar.

Art. 100 - Unbeschadet der Artikel 19-22 gelten für die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung zusätzlich folgende Bedingungen in Bezug auf die Beschaffenheit der Räumlichkeiten:

1. die Treppen sind vorzugsweise mit Stoßstufen ausgestattet und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert. Falls keine Stoßstufen vorhanden sind, dürfen sie von den Kleinkindern nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden;

2. die Betten und Wiegen entsprechen den Richtlinien des Ministers;

3. die eventuell vorhandenen Sandkästen sind derartig abgedeckt, dass eine Verunreinigung vermieden wird. Der Sand wird bei Verunreinigung erneuert.

Abschnitt 2 - Besondere Verpflichtungen

Art. 101 - Die Co-Initiative für Kleinkindbetreuung gewährleistet die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender Tabelle:

Anzahl Betreuungsplätze	Anzahl Vollzeitäquivalent Kinderbetreuer
7	1,40
8	1,60
9	1,80
10	2,00
11	2,20
12	2,40

Artikel 88 § 5 ist auf die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung entsprechend anwendbar.

Art. 102 - Die Artikel 64 sowie 67-69 sind auf die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung entsprechend anwendbar.

Abschnitt 3 - Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten

Art. 103 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden, sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung.

Art. 104 - Die Artikel 82-85 sind auf die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung entsprechend anwendbar, mit Ausnahme von Artikel 82 § 2 Absatz 1 Nummer 3."

Art. 53 - In Titel 2 Untertitel 3 Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird folgender Artikel 107.1 eingefügt:

"Art. 107.1 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts finden ausschließlich Anwendung auf die Standorte der außerschulischen Betreuung, die die Kinderbetreuung nicht in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleisten."

Art. 54 - Artikel 110 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 110 - § 1 - Der Standort der außerschulischen Betreuung gewährleistet die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender Tabelle:

Durchschnittliche Anwesenheit	Anzahl Kinderbetreuer
1-16	1
17-32	2
33-48	3
49-64	4
65-80	5
81-96	6

Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder pro Öffnungstag geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

§ 2 - Artikel 88 § 5 ist auf die Standorte der außerschulischen Betreuung entsprechend anwendbar.

§ 3 - Der Minister kann in begründeten Ausnahmefällen dem Standort der außerschulischen Betreuung eine Frist einräumen, um die in § 1 erwähnten Normen einzuhalten. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert."

Art. 55 - Artikel 114 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„§ 1 - Um bezuschusst werden zu können, liegt die durchschnittliche Anwesenheit des Standortes der außerschulischen Betreuung bei mindestens sechs Kindern pro Kalenderjahr. Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder pro Betreuungseinheit geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr. Jeder Öffnungstag kann entweder eine oder zwei Betreuungseinheiten umfassen. Bei zwei Betreuungseinheiten findet eine Einheit vor Schulbeginn und eine nach Schulschluss statt.“

2. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Nummer 2“ gestrichen.

3. In § 2 Absatz 3 wird die Wortfolge „Nummer 2“ gestrichen.

Art. 56 - Artikel 115 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 115 - § 1 - Um bezuschusst werden zu können, gewährleistet ein Standort der außerschulischen Betreuung die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender Tabelle:

Durchschnittliche Anwesenheit	Anzahl Kinderbetreuer
1-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4
51-64	5

Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder pro Öffnungstag geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

§ 2 - Wird dem Standort der außerschulischen Betreuung eine Frist eingeräumt, um die in Artikel 110 festgelegten Normen einzuhalten, bleibt die Bezuschussung gemäß dem vorliegenden Abschnitt unberührt.“

Art. 57 - Artikel 116 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 116 - § 1 - Für die Organisation eines Standortes der außerschulischen Betreuung erhält der Dienst der Kinderbetreuung pro betreutes Kind einen Zuschuss von 1,67 Euro pro angefangene Betreuungsstunde.

§ 2 - Der Dienst der Kinderbetreuung reicht die trimestriellen Aufstellungen pro Standort der außerschulischen Betreuung über die Anwesenheiten und die Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden, spätestens sechs Wochen nach Ende eines jeden Trimesters bei dem Fachbereich ein.

Bei verspätetem Einreichen der trimestriellen Aufstellungen über die Anwesenheiten können 5 % des Zuschusses bei einem Monat und 10 % bei zwei oder mehr Monaten Verspätung einbehalten werden.

§ 3 - Der Dienst der Kinderbetreuung reicht die jährlichen Belege für die Bezuschussung spätestens sechs Wochen nach Ende des letzten Trimesters des Vorjahres bei dem Fachbereich ein.

Bei verspätetem Einreichen der jährlichen Belege können 5 % des Zuschusses bei einem Monat und 10% bei zwei oder mehr Monaten Verspätung einbehalten werden.“

Art. 58 - Artikel 116.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 3. September 2015 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 59 - Artikel 117 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 117 - Der Standort der außerschulischen Betreuung kann für die Betreuung von Kindern mit einer Beeinträchtigung oder mit einem besonderen Pflegebedarf, insofern diese Kinder einer intensiveren Betreuung und Zuwendung bedürfen, einen zusätzlichen Zuschuss von 0,65 Euro pro angefangene Betreuungsstunde erhalten.

Zu diesem Zweck reicht der Standort der außerschulischen Betreuung einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein, dem ein Gutachten einer spezialisierten Einrichtung oder eines Facharztes oder gegebenenfalls ein Sozialbericht beigelegt ist. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung des Zuschusses. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.“

Art. 60 - Artikel 118 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 61 - In Artikel 119 desselben Erlasses wird die Wortfolge „Die Artikel 78 und 93 sind“ durch die Wortfolge „Artikel 78 ist“ ersetzt.

Art. 62 - In Titel 2 Untertitel 3 Kapitel 4 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird folgender Abschnitt 4, der die Artikel 119.1 bis 119.3 enthält, eingefügt:

„Abschnitt 4 - Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten“

Art. 63 - In Titel 2 Untertitel 3 Kapitel 4 Abschnitt 4 desselben Erlasses wird folgender Artikel 119.1 eingefügt:

„Art. 119.1 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Standorte der außerschulischen Betreuung anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden, sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung.“

Art. 64 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 119.2 eingefügt:

"Art. 119.2 - Die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten erfolgt in Form einer zu zahlenden Pauschale von 0,51 Euro pro angefangene Betreuungsstunde.

Die Kostenbeteiligung deckt nicht die Kosten für Diätkost, Biokost, Medikamente, Windeln, Milchpulver und spezifisch von den Erziehungsberechtigten gewünschte Produkte.

In Abweichung von Absatz 1 ist die erste Betreuungsstunde am Tag kostenlos."

Art. 65 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 119.3 eingefügt:

"Art. 119.3 - In Abweichung von Artikel 119.2 erfolgt die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für die Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung an Ferientagen und pädagogischen Konferenztagen in Form einer zu zahlenden Tagespauschale von 7,65 Euro. Für die Betreuung an Ferientagen wird ein Betreuungsplatz immer für eine Woche vergeben.

Der Standort der außerschulischen Betreuung sorgt dafür, dass die Erziehungsberechtigten innerhalb von einem Monat das durch den Standort der außerschulischen Betreuung unterbreitete Angebot des Betreuungsplatzes durch die Einrichtung der in Absatz 1 erwähnten Tagespauschalen bestätigen.

Der Standort der außerschulischen Betreuung hält die Tagespauschale unabhängig der tatsächlichen Anwesenheit des Kindes ein.

Die Tagespauschale wird für folgende Tage nicht geschuldet bzw. wird für folgende Tage zurückerstattet:

1. die Tage, an denen der Standort der außerschulischen Betreuung die Betreuung nicht anbietet;
2. die Abwesenheitstage des Kindes aufgrund einer Krankheit, ab dem zweiten Abwesenheitstag in Folge, an dem laut Betreuungsplan eine Betreuung stattfindet, begründet durch ein medizinisches Attest.

Der Standort der außerschulischen Betreuung informiert die Erziehungsberechtigten über die Zahlungs- und Rückzahlungsmodalitäten."

Art. 66 - In Titel 2 Untertitel 3 Kapitel 4 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird folgender Abschnitt 5, der die Artikel 119.4 und 119.5 enthält, eingefügt:

"Abschnitt 5 - Priorisierungskriterien bei der Vergabe der Betreuungsplätze

Art. 119.4 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Standorte der außerschulischen Betreuung anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden, sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung.

Art. 119.5 - In Abweichung von Artikel 31.2 berücksichtigen Standorte der außerschulischen Betreuung bei der Vergabe von Betreuungsplätzen für die Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung an Ferientagen und pädagogischen Konferenztagen die Betreuungsanträge in folgender Reihenfolge:

1. Anträge der Zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption oder des für die Jugendhilfe und den Jugendschutz zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der einvernehmlichen oder gerichtlichen Jugendhilfe, der Pflegschaft oder des Jugendschutzes;
2. Anträge in chronologischer Reihenfolge."

Art. 67 - Artikel 121 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 121 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter weisen vor Beginn ihrer Tätigkeit die in Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Unterlagen vor."

Art. 68 - Artikel 122 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "überprüft, ob die physische und psychische Belastbarkeit der Person eine Fortführung der Tätigkeit über die Höchstaltersgrenze hinaus erlaubt und" gestrichen.

2. In § 3 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. September 2022, wird die Wortfolge "über einen Bildungsnachweis als Säuglings- oder Kinderpfleger, Kinderbetreuer, Erzieher oder ein diesen Ausbildungen gleichgestelltes Diplom" durch die Wortfolge "mindestens über eines der in Artikel 88 § 5 erwähnten Diplome und Zertifikate" ersetzt.

Art. 69 - Artikel 123 § 1 Nummer 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"2. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachzuweisen oder einen solchen Kurs binnen eines Jahres nach Beginn der Tätigkeit zu absolvieren. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert. Die in Artikel 88 § 5 erwähnten Diplome und Zertifikate gelten während zwei Jahren nach Erhalt als abgeschlossener Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder;"

Art. 70 - In Artikel 124 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird die Wortfolge "Artikel 59" durch die Wortfolge "Artikel 15" ersetzt.

Art. 71 - In Artikel 128 Absatz 2 Nummer 11 desselben Erlasses wird die Wortfolge "keine Gefahr" durch die Wortfolge "eine Gefahr" ersetzt.

Art. 72 - Artikel 132 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 132 - § 1 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter besitzen eine Aufnahmekapazität von höchstens vier Plätzen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 können die konventionierten Tagesmütter/-väter eine Ausdehnung der Aufnahmekapazität auf höchstens sechs Plätze beantragen.

Die Ausdehnung der Aufnahmekapazität ist möglich unter der Voraussetzung, dass die räumlichen Kapazitäten dies erlauben. Die Ausdehnung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Tagesmütterdienst hält jede individuelle Ausnahmegenehmigung schriftlich fest.

Der Fachbereich erhält eine Abschrift der Ausnahmegenehmigung.

§ 3 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter dürfen höchstens vier Kleinkinder und insgesamt höchstens sechs Kinder gleichzeitig betreuen, wobei die eigenen Kinder im Alter bis zu sechs Jahre in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbezogen sind.

Bei einer Ausdehnung der Aufnahmekapazität in Anwendung von § 2 wird auch die Höchstanzahl der Kleinkinder und der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, jeweils um die Ausdehnung der Aufnahmekapazität erhöht."

Art. 73 - Artikel 133 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 74 - Artikel 134.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 134.1 - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels gilt:

1. bei der Kleinkindbetreuung;

- a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als acht Stunden pro Tag;
- b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als fünf Stunden pro Tag;
- c) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von acht Stunden oder mehr pro Tag;

2. bei der Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung:

- a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als acht Stunden pro Tag;
- b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von drei Stunden oder mehr, aber weniger als fünf Stunden pro Tag;
- c) Dreiertagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als drei Stunden pro Tag;
- d) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von acht Stunden oder mehr pro Tag."

Art. 75 - Artikel 135 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 10. Dezember 2015, 19. April 2018, 15. Juli 2021 und 29. März 2022, wird wie folgt abgeändert:

- 1. In § 1 Absatz 3 wird das Wort "Behinderung" durch das Wort "Beeinträchtigung" ersetzt.
- 2. § 2 wird aufgehoben.

Art. 76 - In Artikel 137 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird das Wort "kumulativen" gestrichen.

Art. 77 - In Artikel 138 Absatz 2 Nummer 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen" durch das Wort "Aufnahmekapazität" ersetzt.

Art. 78 - In Artikel 139 Absatz 2 desselben Erlasses wird zwischen das Wort "beinhaltet" und das Wort "die" die Wortfolge "die Aufnahmekapazität und" eingefügt.

Art. 79 - Artikel 141 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 141 - § 1 - Die Zulassung wird für den Zeitraum bis zum Erreichen der in Artikel 122 § 1 festgelegten Höchstaltersgrenze erteilt.

Wird gemäß Artikel 122 § 2 eine Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Höchstaltersgrenze gewährt, wird die gemäß Absatz 1 erteilte Zulassung für den in der Ausnahmegenehmigung vorgesehenen Zeitraum verlängert.

Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann die Kinderbetreuung nur nach Erhalt der Zulassung beginnen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 kann die Zulassung in begründeten Ausnahmefällen für eine geringere Dauer erteilt werden."

Art. 80 - Artikel 147 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 147 - § 1 - In Abweichung von den Artikeln 145 und 146 kann der Minister eine Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

- 1. aus volksgesundheitlichen Gründen;
- 2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;
- 3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Der Minister entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle hat die Aussetzung der Zulassung der/des konventionierten Tagesmutter/-vaters für die Dauer der vorläufigen Schließung zur Folge.

§ 2 - Der Minister teilt der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater seinen Beschluss zur vorläufigen Schließung unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur vorläufigen Schließung oder beendet sie. Der Minister teilt der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.

Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle. Der Tagesmütterdienst gewährleistet gemäß Artikel 66 im Rahmen der Möglichkeiten die Kontinuität der Betreuung des Kindes.

§ 3 - Der Minister teilt der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater zeitgleich mit der in § 2 Absatz 2 erwähnten Bestätigung des Beschlusses beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung, nach Ablauf der in § 2 Absatz 1 erwähnten Frist, eine Frist zur Behebung der Umstände mit, die zur vorläufigen Schließung geführt haben.

Der Minister kann die in Absatz 1 erwähnte Frist zur Behebung der Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, verlängern.

Behebt die/die konventionierte Tagesmutter/-vater innerhalb der vom Minister festgelegten Frist die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, beendet der Minister die vorläufige Schließung umgehend. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung der Kinderbetreuungsstelle.

Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse."

Art. 81 - Artikel 148 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Kommt die/die konventionierte Tagesmutter/-vater nach Ablauf der Dauer der in Artikel 146 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach oder wurden die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, nach Ablauf der in Artikel 147 § 3 erwähnten Frist nicht behoben, entzieht der Tagesmütterdienst die Zulassung."

Art. 82 - In Artikel 149 Absatz 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Artikel 60 § 1 Absatz 2" durch die Wortfolge "Artikel 60 § 1 Absatz 3" ersetzt.

Art. 83 - Titel 4 desselben Erlasses, der die Artikel 152 bis 167 umfasst, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 19. April 2018, 15. Juli 2021 und 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

"TITEL 4 - KINDERBETREUER IN HEIMARBEIT

Art. 152 - Die Bestimmungen des vorliegenden Titels sind ausschließlich als besondere Verpflichtungen gemäß Artikel 60 § 1 auf den Tagesmütterdienst anwendbar. Dieser sorgt für ihre Einhaltung.

Art. 153 - Artikel 88 § 5 ist auf die Kinderbetreuer in Heimarbeit entsprechend anwendbar.

Art. 154 - Die Artikel 19-22 sind auf die Kinderbetreuer in Heimarbeit entsprechend anwendbar.

Zusätzlich gelten folgende Bedingungen in Bezug auf die Beschaffenheit der Räumlichkeiten:

1. die Treppen sind vorzugsweise mit Stoßstufen ausgestattet und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert. Falls keine Stoßstufen vorhanden sind, dürfen sie von Kindern bis sechs Jahren nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden;

2. die Betten und Wiegen entsprechen den Richtlinien des Ministers;

3. die eventuell vorhandenen Sandkästen sind derartig abgedeckt, dass eine Verunreinigung vermieden wird. Der Sand wird bei Verunreinigung erneuert;

4. insofern der Kinderbetreuer in Heimarbeit Haustiere hält, sind die Richtlinien des Ministers anwendbar;

5. gemäß dem Gesetz vom 22. Dezember 2009 zur Einführung einer allgemeinen Regelung zum Rauchverbot in den für die Öffentlichkeit zugänglichen geschlossenen Räumlichkeiten und zum Schutz der Arbeitnehmer vor Tabakrauch ist es verboten, in den Schlaf- und Betreuungsräumen zu rauchen.

Art. 155 - § 1 - Die Kinderbetreuer in Heimarbeit betreuen die Kinder immer persönlich.

§ 2 - Nach Absprache mit dem Tagesmütterdienst können Kinderbetreuer in Heimarbeit Praktikanten unter ihrer Verantwortung aufnehmen.

Der Praktikant kann nicht die Kinderbetreuer in Heimarbeit ersetzen.

Art. 156 - Der Tagesmütterdienst empfiehlt den Kinderbetreuern in Heimarbeit, die eigenen Kinder entsprechend den Richtlinien des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen impfen zu lassen.

Art. 157 - Der Tagesmütterdienst sorgt dafür, dass vor Beginn der Tätigkeit der Kinderbetreuer in Heimarbeit die Zustimmung aller volljährigen Personen, vorliegt, die die Räume bewohnen, in denen die Betreuung durch die Kinderbetreuer in Heimarbeit durchgeführt wird, dass die Inspektion während der Öffnungszeiten diese Räume gemäß Artikel 17 § 1 Absatz 2 Nummer 4 des Dekrets einsehen darf.

Die Kinderbetreuer in Heimarbeit teilen dem Tagesmütterdienst während ihrer Tätigkeit innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in Absatz 1 erwähnten Angaben schriftlich mit.

Der Tagesmütterdienst kann während der Dauer der Tätigkeit jederzeit eine aktuelle Ausführung der in Absatz 1 erwähnten Angaben bei den Kinderbetreuern in Heimarbeit anfordern.

Art. 158 - Der Tagesmütterdienst legt für jeden Kinderbetreuer in Heimarbeit eine Aufnahmekapazität fest.

Art. 159 - § 1 - Der Minister kann eine Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

1. aus volksgesundheitlichen Gründen;

2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;

3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Der Minister entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

§ 2 - Der Minister teilt dem betroffenen Kinderbetreuer in Heimarbeit seinen Beschluss zur vorläufigen Schließung unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Der Kinderbetreuer in Heimarbeit kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur vorläufigen Schließung oder beendet sie. Der Minister teilt dem betroffenen Kinderbetreuer in Heimarbeit seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.

Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle. Der Tagesmütterdienst gewährleistet gemäß Artikel 66 im Rahmen der Möglichkeiten die Kontinuität der Betreuung des Kindes.

§ 3 - Der Minister teilt dem betroffenen Kinderbetreuer in Heimarbeit zeitgleich mit der in § 2 Absatz 2 erwähnten Bestätigung des Beschlusses beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung, nach Ablauf der in § 2 Absatz 1 erwähnten Frist, eine Frist zur Behebung der Umstände mit, die zur vorläufigen Schließung geführt haben.

Der Minister kann die in Absatz 1 erwähnte Frist zur Behebung der Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, verlängern.

Behebt der Kinderbetreuer in Heimarbeit innerhalb der vom Minister festgelegten Frist die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, beendet der Minister die vorläufige Schließung umgehend. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung der Kinderbetreuungsstelle.

Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse."

Art. 84 - In Artikel 171 Absatz 2 Nummer 10 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung" durch die Wortfolge "Beeinträchtigung oder psychischer Störung" ersetzt.

Art. 85 - Artikel 174 § 2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. die Sicherheit der Räumlichkeiten wird insbesondere durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten belegt."

Art. 86 - Artikel 178 § 2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird das Semikolon am Ende des Satzes durch einen Punkt ersetzt.

2. Nummer 4 wird aufgehoben.

Art. 87 - In Artikel 179 § 1 desselben Erlasses wird das Wort "kumulativer" gestrichen.

Art. 88 - Artikel 180 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Der Kinderhort bestimmt einen Hauptverantwortlichen, der mindestens die in Artikel 178 § 2 erwähnten Bedingungen erfüllt.

Artikel 88 § 5 ist auf den Hauptverantwortlichen des Kinderhortes entsprechend anwendbar."

2. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "Nummer 1 und 2" gestrichen.

Art. 89 - Artikel 181 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 90 - In Artikel 186 desselben Erlasses wird die Wortfolge "26 sowie 30-31" durch die Wortfolge "26, 28.1 sowie 30-31" ersetzt.

Art. 91 - Artikel 193 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 193 - Für die Organisation des Kinderhortes erhält der Träger eine Pauschale von 76,50 Euro für jeden Öffnungstag sowie eine zusätzliche Pauschale von 5,10 Euro für jede Anwesenheit eines Kindes, jeweils unter der Voraussetzung, dass eine durchschnittliche Anwesenheit von mindestens fünf Kindern pro Kalenderjahr erreicht wird. Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

In Abweichung von Absatz 1 wird die dort erwähnte Pauschale für jeden Öffnungstag auf 6,00 Euro reduziert, wenn der Träger eine Personalbezuschussung gemäß dem Dekret vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von Sozialen Treffpunkten oder gemäß dem Erlass vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich erhält."

Art. 92 - Artikel 196 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 Nummer 7 wird das Wort "Infrastruktur" durch das Wort "Räumlichkeiten" ersetzt.

2. Absatz 2 Nummer 16 wird aufgehoben.

3. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Kinderhortes, der gemäß Artikel 7 Absätze 2 und 3 des Dekrets oder anderer Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verpflichtet ist, die Sicherheit der Räumlichkeiten seiner Kinderbetreuungsstellen durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten zu belegen, ist zudem dieses Brandschutzgutachten beizufügen, welches nicht älter als zwei Monate ist, zu den Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfinden soll."

Art. 93 - In Artikel 197 § 1 desselben Erlasses wird die Angabe "16" durch die Wortfolge "Absatz 3" ersetzt.

Art. 94 - In Artikel 205 Absatz 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird die Wortfolge "31. August 2025" durch die Wortfolge "31. Dezember 2023" ersetzt.

Art. 95 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 207.1 eingefügt:

"Art. 207.1 - Weist die Ergebnisrechnung des Standortes der außerschulischen Betreuung am Ende des Kalenderjahres 2023 unter Berücksichtigung aller Einnahmen ein Defizit auf, übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft dieses Defizit vollständig, insofern der Standort der außerschulischen Betreuung die Bestimmungen der Artikel 113 bis 119 einhält."

Art. 96 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 207.2 eingefügt:

"Art. 207.2 - § 1 - In Abweichung von Artikel 88 und 110 lässt der Minister die Kinderbetreuer bzw. Betreuer, die am 31. Dezember 2023 für einen Dienst arbeiten und die zu diesem Zeitpunkt geltenden Diplombedingungen erfüllen, aber die ab dem 1. Januar 2024 geltenden Bedingungen nicht erfüllen, von Amts wegen unbefristet als Kinderbetreuer zu.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 153 lässt der Minister die konventionierten Tagesmütter/-väter, die aufgrund von Artikel 45 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung ein Angebot als Arbeitnehmer beim Zentrum für Kinderbetreuung annehmen und die nicht über eines der in Artikel 88 § 5 erwähnten Diplome und Zertifikate verfügen, von Amts wegen unbefristet als Kinderbetreuer zu.

§ 3 - In Abweichung von Artikel 180 lässt der Minister die Hauptverantwortlichen eines Kinderhorts, die am 31. Dezember 2023 für einen Kinderhort arbeiten und die zu diesem Zeitpunkt geltenden Diplombedingungen erfüllen, aber die ab dem 1. Januar 2024 geltenden Bedingungen nicht erfüllen, von Amts wegen unbefristet als Hauptverantwortlichen eines Kinderhortes zu."

Art. 97 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 207.3 eingefügt:

"Art. 207.3 - Das Zentrum erstattet den Mitgliedern des Beirats für Kinderbetreuung die Fahrtkosten gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft."

Art. 98 - Der Anhang desselben Erlasses wird durch den Anhang des vorliegenden Erlasses ersetzt.

*KAPITEL 2 — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014
über die selbstständigen Tagesmütter/-väter*

Art. 99 - Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

"3. Kinderbetreuung: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets die regelmäßige Betreuung von Kindern in festgelegten Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten, mit Ausnahme der Aktivitäten, deren Hauptzweck Bildung oder Unterricht, Jugend, Jugendhilfe, Kultur, Tourismus oder Sport ist;"

2. In Nummer 8 wird die Wortfolge "mehr als fünf Stunden" durch die Wortfolge "fünf Stunden oder mehr" ersetzt.

3. In Nummer 9 wird die Wortfolge "mehr als drei und bis zu" durch die Wortfolge "drei Stunden oder mehr, aber weniger als" ersetzt.

4. In Nummer 10 wird die Wortfolge "bis zu" durch die Wortfolge "weniger als" ersetzt.

5. Nummer 11, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

"11. Zentrum: das durch das Dekret vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung geschaffene Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung;"

6. Nummer 16, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird aufgehoben.

7. Nummer 17, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt ersetzt:

"17. Onlineportal: eine den Dienstleistern sowie den Erziehungsberechtigten von der Regierung zur Verfügung gestellte digitale Plattform der Kinderbetreuung. Es dient zur Information der Erziehungsberechtigten, zur Beantragung, Verwaltung und Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen sowie zur Kontrolle der Anerkennungs- und Bezuschussungsbedingungen;"

8. Folgende Nummer 18 wird eingefügt:

"18. selbstständige Tagesmütter/-väter im Hauptberuf: selbstständige Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige hauptberuflich ausüben;"

9. Folgende Nummer 19 wird eingefügt:

"19. selbstständige Tagesmütter/-väter im Nebenberuf: selbstständige Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige nebenberuflich oder in einem gleichgestellten Statut gemäß Artikel 37 des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung in Ausführung des Königlichen Erlasses Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbständigen ausüben."

Art. 100 - Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 20. Mai 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 6 - Die in den Artikeln 29, 29.2, 30, 31, 50.1 und 58.1 festgelegten Beträge sind an die Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 gebunden.

Der in Artikel 29.3 festgelegte Grenzbetrag des Haushaltseinkommens wird aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat Dezember des betroffenen Einkommensjahres angepasst.

Die in Artikel 29.3 festgelegten Zuschüsse und Tagessätze werden jährlich im Juli aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat Dezember des Vorjahres angepasst."

Art. 101 - Artikel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 7 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter weisen vor Beginn ihrer Tätigkeit die in Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Unterlagen vor."

Art. 102 - Artikel 8 § 3 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. September 2022 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

"In Abweichung von § 1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter eine Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Mindestaltersgrenze beantragen, sofern sie mindestens 18 Jahre alt sind und mindestens über eines der in Artikel 18.1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen aufgeführten Diplome und Zertifikate verfügen."

Art. 103 - Artikel 10 Nummer 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"2. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachzuweisen oder einen solchen Kurs binnen eines Jahres nach Beginn der Tätigkeit zu absolvieren. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert. Die in Artikel 8 § 3 Absatz 1 erwähnten Diplome und Zertifikate gelten während zwei Jahren nach Erhalt als abgeschlossener Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder."

Art. 104 - Artikel 19 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 19 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter besitzen eine Aufnahmekapazität von höchstens vier Plätzen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter eine Ausdehnung der Aufnahmekapazität auf höchstens sechs Plätze beantragen.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme, die es dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt der Stellungnahme des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausdehnung der Aufnahmekapazität. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Ausdehnung der Aufnahmekapazität ist möglich unter der Voraussetzung, dass die räumlichen Kapazitäten dies erlauben. Die Ausdehnung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Fachbereich legt die Gewährung der Ausdehnung der Aufnahmekapazität der Anerkennungsakte der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters bei.

§ 3 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter dürfen höchstens vier Kleinkinder und insgesamt höchstens sechs Kinder gleichzeitig betreuen, wobei die eigenen Kinder im Alter bis zu sechs Jahren in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbegriffen sind.

Bei einer Ausdehnung der Aufnahmekapazität in Anwendung von § 2 wird auch die Höchstanzahl der Kleinkinder und der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, jeweils um die Ausdehnung der Aufnahmekapazität erhöht."

Art. 105 - Artikel 23 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 3 wird aufgehoben.

2. § 2 wird aufgehoben.

3. § 3 wird aufgehoben.

Art. 106 - In Artikel 25 desselben Erlasses wird die Wortfolge ", die ihnen durch den Fachbereich ausgehändigt werden, und leiten sie an die Erziehungsberechtigten weiter" gestrichen.

Art. 107 - Artikel 29.2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. April 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Für die Tätigkeit als selbstständige Tagesmütter/-väter können die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen Zuschuss erhalten."

2. § 1 Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. April 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Der Zuschuss beträgt pro Betreuungsplatz pro Jahr höchstens:

1. 915,70 Euro für die selbstständigen Tagesmütter/-väter im Hauptberuf;

2. 628,50 Euro für die selbstständigen Tagesmütter/-väter im Nebenberuf."

3. In § 1 Absatz 3, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge "Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen," durch das Wort "Aufnahmekapazität" ersetzt.

4. In § 1 Absatz 4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird im einleitenden Satz die Wortfolge "Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen," durch das Wort "Aufnahmekapazität" ersetzt.

5. In § 1 Absatz 4 Nummer 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022 wird die Wortfolge "der Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen," durch das Wort "der Aufnahmekapazität" ersetzt.

Art. 108 - Artikel 29.3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 29.3 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können einen Zuschuss von höchstens 22,95 Euro pro in Anspruch genommener Ganztagsbetreuung eines Kleinkindes, 13,77 Euro pro in Anspruch genommener Halbtagsbetreuung eines Kleinkindes oder 9,18 Euro pro Dritttagsbetreuung eines Kleinkindes erhalten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Mindestens einer der Erziehungsberechtigten, die die Betreuung in Anspruch nehmen, hat gemäß Artikel 37 § 19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung;

2. Die Rechnung an die in Nummer 1 erwähnten Personen enthält einen Hinweis über den im vorliegenden Absatz erwähnten Zuschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft pro Ganztagsbetreuung.

§ 2 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können einen Zuschuss von höchstens 10,20 Euro pro in Anspruch genommener Ganztagsbetreuung eines Kleinkindes, 6,12 Euro in Anspruch genommener pro Halbtagsbetreuung eines Kleinkindes oder 4,08 Euro pro in Anspruch genommener Dritteltagsbetreuung eines Kleinkindes erhalten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Das Haushaltseinkommen der Personen, die die Betreuung in Anspruch nehmen, liegt in Anwendung von Artikel 83 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung unter 21.961,93 Euro.

2. Die Rechnung an die in Nummer 1 erwähnten Personen enthält einen Hinweis über den im vorliegenden Absatz erwähnten Zuschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft pro Ganztagsbetreuung.

Das Haushaltseinkommen wird durch das Zentrum bestimmt. Liegt das Einkommen unter dem in Absatz 1 Nummer 1 festgelegten Grenzbetrag, teilt das Zentrum dies der/dem selbstständigen Tagesmutter/-vater und dem Fachbereich mit.

§ 3 - In Abweichung von § § 1 und 2 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter diesen Zuschuss nicht für die Betreuung eigener Kinder erhalten.

Betreuen die selbstständigen Tagesmütter/-väter eigene Kinder, setzen sie den Fachbereich vor Betreuungsbeginn schriftlich über die Betreuung des eigenen Kindes in Kenntnis.

§ 4 - Die in den § § 1 und 2 erwähnten Zuschüsse können jeweils höchstens für ein Kind gewährt werden. Sie können nicht für dasselbe Kind gewährt werden."

Art. 109 - Artikel 29.4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird aufgehoben.

Art. 110 - Artikel 31 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 20. Mai 2021, der zu § 1 Absatz 1 wird, wird das Wort "Behinderung" durch das Wort "Beeinträchtigung" ersetzt.

2. Folgender § 2 wird eingefügt:

"§ 2 - In Abweichung von § 1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter diesen zusätzlichen Zuschuss nicht für die Betreuung eigener Kinder erhalten.

Betreuen die selbstständigen Tagesmütter/-väter eigene Kinder, setzen sie den Fachbereich vor Betreuungsbeginn schriftlich über die Betreuung des eigenen Kindes in Kenntnis."

Art. 111 - Artikel 32 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Zum Erhalt der in den Artikeln 29 bis 31 aufgeführten Zuschüsse nutzen die selbstständigen Tagesmütter/-väter das Onlineportal."

2. In Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge "für annehmbare Funktionskosten" gestrichen.

3. In Absatz 3, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird die Wortfolge "für annehmbare Funktionskosten" gestrichen.

4. Absatz 4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird aufgehoben.

Art. 112 - In Artikel 33 Absatz 2 Nummer 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen" durch das Wort "Aufnahmekapazität" ersetzt.

Art. 113 - Artikel 34 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird zwischen das Wort "Festlegung" und das Wort "der" die Wortfolge "der Aufnahmekapazität und" eingefügt.

2. In § 2 Absatz 4 wird zwischen das Wort "Festlegung" und das Wort "der" die Wortfolge "der Aufnahmekapazität und" eingefügt.

Art. 114 - Artikel 41 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 41 - § 1 - In Abweichung von den Artikeln 39 und 40 kann der Minister eine Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

1. aus volksgesundheitlichen Gründen;

2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;

3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Der Minister entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle hat die Aussetzung der Anerkennung der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters für die Dauer der vorläufigen Schließung zur Folge.

§ 2 - Der Minister teilt der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater seinen Beschluss zur vorläufigen Schließung unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur vorläufigen Schließung oder beendet sie. Der Minister teilt der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.

Das Zentrum erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle.

§ 3 - Der Minister teilt der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater zeitgleich mit der in § 2 Absatz 2 erwähnten Bestätigung des Beschlusses beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung, nach Ablauf der in § 2 Absatz 1 erwähnten Frist, eine Frist zur Behebung der Umstände mit, die zur vorläufigen Schließung geführt haben.

Der Minister kann die in Absatz 1 erwähnte Frist zur Behebung der Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, verlängern.

Behebt die/der selbstständige Tagesmutter/-vater innerhalb der vom Minister festgelegten Frist die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, beendet der Minister die vorläufige Schließung umgehend. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung der Kinderbetreuungsstelle.

Das Zentrum erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse."

Art. 115 - Artikel 42 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird die Wortfolge "Aussetzung der Anerkennung gemäß Artikel 41 § 1 Absatz 4" durch die Wortfolge "vorläufigen Schließung gemäß Artikel 41 § 2 Absatz 2" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird zwischen das Wort Anerkennung und den Punkt die Wortfolge "oder zur Bestätigung des Beschlusses zur vorläufigen Schließung beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung gemäß Artikel 41 § 2 Absatz 1, nach Ablauf der dort erwähnten Frist" eingefügt.

Art. 116 - Artikel 43 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Kommt die/der selbstständige Tagesmutter/-vater nach Ablauf der Dauer der in Artikel 40 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach oder wurden die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, nach Ablauf der in Artikel 41 § 3 erwähnten Frist nicht behoben, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens der Inspektion die Anerkennung."

Art. 117 - In Artikel 47 desselben Erlasses wird die Wortfolge "einem gemeinsamen Betreuungsort" durch die Wortfolge "einer gemeinsamen Betreuungsstelle" ersetzt.

Art. 118 - In Artikel 48 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge "Artikeln 18 § 1, 19 und 29.2 § 1" durch die Wortfolge "Artikel 18 § 1 und 29.2 § 1" ersetzt.

Art. 119 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 49.1 eingefügt:

"Art. 49.1 - Die Aufnahmekapazität einer Betreuungsstelle von selbstständigen Co-Tagesmüttern/-vätern entspricht höchstens der Summe der in Anwendung von Artikel 19 festgelegten Aufnahmekapazitäten der selbstständigen Tagesmütter/-väter, die ihre Aktivität an dieser Betreuungsstelle ausüben.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter einen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme, die es dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt der Stellungnahme des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aufnahmekapazität."

Art. 120 - Artikel 50 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022 wird wie folgt ersetzt:

"Art. 50 - Ungeachtet der in Artikel 19 § 3 festgelegten Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, können im Falle einer akuten Krankheit einer/s selbstständigen Tagesmutter/-vaters bis zu drei Betreuungskinder gleichzeitig auf jeweils eine/n andere/n selbstständige/n Tagesmutter/-vater zur Betreuung verteilt werden, ohne dass die Anzahl von neun gleichzeitig anwesenden Kindern pro selbstständiger/m Tagesmutter/-vater überschritten wird. Die Krankheit wird durch eine ärztliche Krankschreibung belegt.

Die in Absatz 1 erwähnte Abweichung ist auf eine Zeitspanne von höchstens 14 Kalendertagen pro Krankheitsfall begrenzt.

Die Abweichung ist dem Fachbereich unmittelbar schriftlich, vorzugsweise per E-Mail, mitzuteilen."

Art. 121 - Artikel 50.1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. April 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Für die Tätigkeit als selbstständige Co-Tagesmütter/-väter können die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen Zuschuss erhalten."

2. § 1 Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. April 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Der Zuschuss beträgt pro Betreuungsplatz pro Jahr höchstens:

1. 1.202,90 Euro für die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter im Hauptberuf, die ihre Tätigkeit als selbstständige Tagesmutter/-vater ausschließlich an einer Betreuungsstelle von selbstständigen Co-Tagesmüttern/-vätern ausüben;

2. 915,70 Euro für die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter im Hauptberuf, die ihre Tätigkeit als selbstständige Tagesmutter/-vater nicht ausschließlich an einer Betreuungsstelle von selbstständigen Co-Tagesmüttern/-vätern ausüben;

3. 915,70 Euro für die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter im Nebenberuf, die ihre Tätigkeit als selbstständige Tagesmutter/-vater ausschließlich an einer Betreuungsstelle von selbstständigen Co-Tagesmüttern/-vätern ausüben;

4. 628,50 Euro für die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter im Nebenberuf, die ihre Tätigkeit als selbstständige Tagesmutter/-vater nicht ausschließlich an einer Betreuungsstelle von selbstständigen Co-Tagesmüttern/-vätern ausüben."

3. In § 2 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge "die in Artikel 50 § 1 und 2 erwähnte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen," durch die Wortfolge "die in Artikel 19 § 1 erwähnte Aufnahmekapazität" ersetzt.

4. In § 2 Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird im einleitenden Satz die Wortfolge "Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen," durch das Wort "Aufnahmekapazität" ersetzt.

5. In § 2 Absatz 2 Nummer 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird die Wortfolge "der Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen," durch das Wort "der Aufnahmekapazität" ersetzt.

Art. 122 - In Artikel 50.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge "Der in Artikel 29.3 erwähnte angegichene Zuschuss wird" durch die Wortfolge "Die in Artikel 29.3 erwähnten Zuschüsse werden" ersetzt.

Art. 123 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 58.3 eingefügt:

"Art. 58.3 - In Abweichung von Artikel 19 gilt für die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die zum 1. Januar 2024 bereits anerkannt sind, die zu diesem Zeitpunkt festgelegte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, als Aufnahmekapazität."

Art. 124 - In Nummer 4 des Anhangs desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge "mit Ausnahme der in Artikel 23 § 2 aufgeführten verminderten Elternbeiträge" gestrichen.

KAPITEL 3 — Schlussbestimmungen

Art. 125 - Das Dekret vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 29, der mit Wirkung vom 3. Juli 2023 in Kraft tritt.

Art. 126 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 65 und 66, die am 8. Januar 2024 in Kraft treten.

Art. 127 - Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 14. Dezember 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Anhang zum Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter

Anhang zum Erlass der Regierung vom 22. Mai 2014
über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung

global steuerpflichtiges Jahreseinkommen	Elternbeteiligung in EUR							
	Ganze Tage		Halbe Tage		Langzeit		Dritteltag	
Einkommen in EUR	Tagessatz	Ermäßigung	Halbtages-satz	Ermäßi-gung	Langzeit-satz	Ermäßi-gung	Dritteltages-satz	Ermäßi-gung
Von								
0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
22.525,059	4,590	3,213	2,754	1,928	7,345	5,141	1,836	1,285
28.156,322	6,121	4,284	3,672	2,571	9,793	6,855	2,448	1,714
33.787,586	7,651	5,356	4,590	3,213	12,241	8,569	3,060	2,142
39.418,851	9,181	6,427	5,509	3,856	14,689	10,283	3,672	2,571
45.050,116	10,711	7,498	6,427	4,499	17,138	11,996	4,284	2,999
50.681,381	12,241	8,569	7,345	5,141	19,586	13,710	4,896	3,428
56.312,646	13,771	9,640	8,263	5,784	22,034	15,424	5,509	3,856
61.943,910	15,301	10,711	9,181	6,427	24,482	17,138	6,121	4,284
67.575,175	16,832	11,782	10,099	7,069	26,931	18,851	6,733	4,713
73.206,440	18,362	12,853	11,017	7,712	29,379	20,565	7,345	5,141
78.837,705	19,892	13,924	11,935	8,355	31,827	22,279	7,957	5,570
84.468,969	21,422	14,995	12,853	8,997	34,275	23,993	8,569	5,998
90.100,234	22,952	16,067	13,771	9,640	36,723	25,706	9,181	6,427

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter beigefügt zu werden.

Eupen, den 14. Dezember 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

L. KLINKENBERG

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/204469]

14 DECEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, ainsi que l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 6, alinéa 2, inséré par le décret du 22 mai 2023, l'article 7, alinéas 2 à 5, modifiés par les décrets des 2 mars 2015, 10 décembre 2020, 15 décembre 2021 et 14 décembre 2023, l'article 8, § 1^{er}, alinéa 2, et § 3, l'article 9, alinéa 3, l'article 10, § 2, 2^o et 3^o, l'article 10.1, alinéa 2, inséré par le décret du 22 mai 2023 et modifié par le décret du 14 décembre 2023, l'article 12, alinéas 2, 3, inséré par le décret du 12 décembre 2019 et modifié par le décret du 22 mai 2023, et 4, inséré par le décret du 14 décembre 2023, l'article 16, alinéa 3, l'article 16.2, § 2, inséré par le décret du 2 mars 2015 et modifié par le décret du 22 mai 2023, ainsi que l'article 16.4, § 2, alinéa 4, inséré par le décret du 2 mars 2015;

Vu le décret du 22 mai 2023 portant création d'un Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants, l'article 18 et l'article 47;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes;

Vu l'avis de l'Autorité de protection des données n° 65/2023, donné le 24 mars 2023;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 29 septembre 2023;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 29 septembre 2023;

Vu la demande d'avis au Conseil d'État dans un délai de trente jours, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que la demande d'avis a été inscrite le 26 octobre 2023 au rôle de la section de législation du Conseil d'État sous le numéro 74.761/3;

Vu la décision de ne pas émettre d'avis prise par la section de législation le 6 novembre 2023, en application de l'article 84, § 5, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'accueil d'enfants;

Après délibération,

Arrêtent :

CHAPITRE 1^{er} — Modification de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants

Article 1^{er}. Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 3^o est remplacé par ce qui suit :

« 3^o accueil d'enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret, l'accueil régulier d'enfants dans des locaux déterminés se situant en dehors de l'habitation des personnes chargées de leur éducation, à l'exception des activités dont l'objectif principal est l'éducation ou l'enseignement, la jeunesse, l'aide à la jeunesse, la culture, le tourisme ou le sport; »

2^o au 6^o, la phrase est complétée par les mots « et/ou de gardes d'enfants à domicile »;

3^o il est inséré un 7.1^o rédigé comme suit :

« 7.1^o garde d'enfants à domicile : la personne active dans l'accueil d'enfants qui, pour le compte d'un service d'accueillants d'enfants, dans le cadre d'un contrat de travail ou en tant que membre du personnel statutaire, accueille prioritairement des jeunes enfants qui ne sont pas les siens et/ou propose, le cas échéant, un accueil extrascolaire; »

4^o le 10^o, abrogé par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est rétabli dans la rédaction suivante :

« 10^o co-initiative pour l'accueil des jeunes enfants : le prestataire qui assure l'accueil des jeunes enfants sous forme collective et a une capacité d'accueil de douze places au plus; »

5^o le 13^o est remplacé par ce qui suit :

« 13^o centre d'accueil : le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants créé par le décret du 22 mai 2023 portant création d'un Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants; »

6^o le 20^o, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« 20^o portail en ligne : une plate-forme numérique destinée à l'accueil des enfants, mise à la disposition des prestataires ainsi que des personnes chargées de l'éducation par le Gouvernement. Le portail en ligne sert à informer les personnes chargées de l'éducation, à demander, à administrer et à attribuer des places d'accueil ainsi qu'à contrôler les conditions d'agrément et de subventionnement. »

Art. 2. Dans l'article 7, § 2, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le paragraphe est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° un représentant du centre d'accueil. »

Art. 3. À l'article 9 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « de co-initiatives pour l'accueil des jeunes enfants, à l'agrération » sont insérés entre les mots « à l'agrération » et les mots « d'accueillants autonomes », et les mots « ou à l'enregistrement d'accueillants conventionnés » sont remplacés par les mots « , à l'enregistrement d'accueillants conventionnés ou à l'accueil d'enfants par des gardes d'enfants à domicile »;

2° le § 3 est abrogé.

Art. 4. L'article 10 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 10 - Les montants fixés aux articles 72, § 2, alinéa 3, 74, alinéa 1^{er}, 76, § 1^{er}, § 2, alinéa 1^{er}, § 3 et § 4, 93, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 94, 94.1, 116, § 1^{er}, 117, alinéa 1^{er}, 135, § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2, ainsi que 193 sont liés à l'indexation des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone, l'indice-pivot étant 138,01.

Les plafonds de revenu fixés en annexe sont adaptés sur la base de l'évolution de l'indice des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone, avec l'indice-pivot 138,01, au mois de décembre de l'année de revenus concernée.

Les taux de participation aux frais des personnes chargées de l'éducation fixés aux articles 119.2, alinéa 1^{er}, et 119.3, alinéa 1^{er}, ainsi qu'en annexe sont adaptés chaque année en juillet sur la base de l'évolution de l'indice des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone, avec l'indice-pivot 138,01, au mois de décembre de l'année précédente. »

Art. 5. L'article 12 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 12 - Les services d'accueil veillent à ce que les personnes mandatées par eux, mentionnées à l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret, disposent, avant le début de leur activité, des documents y mentionnés. »

Art. 6. Dans l'article 13 du même arrêté, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° prouver qu'elles ont participé à un cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants ou à s'engager contractuellement à suivre un tel cours dans l'année suivant le début de l'activité. Les connaissances en matière de premiers secours sont mises à jour tous les deux ans. Les diplômes et certificats mentionnés à l'article 88, § 5, sont considérés comme la preuve d'une participation à un cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants pendant une période de deux ans après leur réception. »

Art. 7. Dans l'article 15, alinéa 2, 11°, du même arrêté, les mots « une déficience psychique » sont remplacés par les mots « un trouble psychique ».

Art. 8. L'article 18 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 18 - Sans préjudice des articles 154 et 174, le présent chapitre s'applique uniquement aux crèches, aux co-initiatives pour l'accueil des jeunes enfants et aux lieux d'accueil extrascolaire, à l'exception des lieux d'accueil extrascolaire qui assurent l'accueil d'enfants dans une implantation d'une école fondamentale ordinaire ou spécialisée organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone. »

Art. 9. L'article 20 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 20 - Les locaux où se déroule l'accueil et tous les autres locaux accessibles aux enfants remplissent les critères suivants :

1° à défaut de précision, la taille des locaux correspond au nombre d'enfants gardés, de manière à ce que ceux-ci puissent se mouvoir librement;

2° il est prévu une zone de sommeil et de repos;

3° dans les lieux d'accueil où des repas sont préparés pour les enfants, il y a une kitchenette avec évier, cuisinière et réfrigérateur;

4° les locaux sont équipés du mobilier nécessaire pour l'accueil et de jeux en nombre suffisant;

5° les locaux sont en bon état et bien entretenus;

6° le personnel d'encadrement est joignable par téléphone dans les locaux. »

Art. 10. Dans l'article 21, alinéa 2, du même arrêté, le 1° est abrogé.

Art. 11. Dans l'article 24, alinéa 2, du même arrêté, la première phrase est abrogée.

Art. 12. Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, il est inséré un article 28.1 rédigé comme suit :

« Art. 28.1 - Les services d'accueil informent les personnes chargées de l'éducation que des enfants malades ne peuvent être gardés que s'il n'existe aucun risque de contagion pour les autres enfants gardés.

En cas de doute, les services d'accueil peuvent exiger un certificat médical attestant que l'enfant concerné ne présente aucun risque de contagion pour les autres enfants gardés. »

Art. 13. Dans l'article 30 du même arrêté, les mots « délivrées par le département et les remettent aux » sont abrogés et les mots « pour les » sont insérés entre les mots « attestations fiscales » et les mots « personnes chargées de l'éducation. »

Art. 14. Dans le titre 2, sous-titre 1^{er}, chapitre 4, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, il est inséré une section 4.1, comportant les articles 31.1 et 31.2, rédigée comme suit :

« Section 4.1 - Critères de priorité pour l'attribution des places d'accueil

Art. 31.1 - Les dispositions de la présente section sont applicables aux services subventionnés par la Communauté germanophone ainsi qu'à ceux du centre d'accueil.

Art. 31.2 - § 1^{er} - Pour l'attribution des places d'accueil, les services d'accueil tiennent compte des demandes d'accueil dans l'ordre suivant :

1^o demandes de l'autorité centrale communautaire en matière d'adoption ou du département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse dans le cadre de l'aide consensuelle ou de l'aide judiciaire à la jeunesse, de l'accueil familial ou de la protection de la jeunesse;

2^o demandes pour les enfants inscrits en région de langue allemande comme élèves de l'enseignement fondamental ordinaire ou spécialisé;

3^o demandes de demandeurs domiciliés en région de langue allemande;

4^o demandes de demandeurs exerçant une activité en tant que travailleurs salariés, membres du personnel statutaire ou travailleurs indépendants en région de langue allemande ou si le partenaire, qui est domicilié au même lieu que le demandeur, exerce l'une de ces activités en région de langue allemande;

5^o demandes pour les frères et sœurs des enfants déjà gardés par le même service d'accueil;

6^o demandes de demandeurs domiciliés dans la commune qui prend à sa charge tout ou partie de l'éventuel déficit pour le service d'accueil concerné;

7^o demandes par ordre chronologique.

Est considéré comme domicile le lieu dans lequel une personne a sa résidence principale conformément à l'article 1^{er}, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, de la loi du 19 juillet 1991 relative aux registres de la population, aux cartes d'identité, aux cartes des étrangers et aux documents de séjour, ou dans lequel elle a son adresse de référence conformément à l'article 1^{er}, § 2, de la même loi.

Pour l'activité de travailleur salarié ou de membre du personnel statutaire mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 4^o, l'unité d'établissement ou, si cette donnée n'est pas disponible, le siège d'exploitation sont considérés comme le lieu d'activité.

Pour l'activité de travailleur indépendant mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 4^o, la commune dans laquelle l'activité est principalement exercée est considérée comme le lieu d'activité.

§ 2 - Pour déterminer les priorités dans l'attribution des places, la situation au moment de la demande est déterminante.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la situation à la date de début de garde souhaitée est déterminante pour l'application du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o. »

Art. 15. L'article 32 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 32 - Si les services d'accueil sont tenus d'attester la sécurité des locaux des lieux d'accueil par un avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent, tel que décrit à l'article 7, alinéas 2 et 3, du décret ou conformément à d'autres dispositions du présent arrêté, ces services d'accueil déposent à nouveau auprès du département un tel avis positif en matière de sécurité incendie, datant de moins de six mois et portant sur les locaux où se déroule l'accueil, dans les situations suivantes :

1^o au moins tous les six ans après l'entrée en vigueur de l'agrément;

2^o lors de toute modification significative apportée à la structure des bâtiments du lieu d'accueil;

3^o en tout temps, à la demande du département. »

Art. 16. À l'article 37 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, 7^o, les mots « de l'infrastructure » sont remplacés par les mots « des locaux »;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 16^o est abrogé;

3^o le § 2, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - S'il s'agit de l'agrément provisoire d'un service d'accueil qui est tenu d'attester la sécurité des locaux de ses lieux d'accueil par un avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent, tel que décrit à l'article 7, alinéas 2 et 3, du décret ou conformément à d'autres dispositions du présent arrêté, cet avis en matière de sécurité incendie, datant de moins de six mois et portant sur les locaux où doit se dérouler l'accueil, doit en outre être joint.

S'il s'agit de l'agrément provisoire d'un service d'accueillants d'enfants, il faudra de plus joindre les documents et données suivants :

1^o la procédure mentionnée à l'article 58, relative à la vérification de l'aptitude des candidats demandant à être enregistrés comme accueillants conventionnés;

2^o le nombre souhaité d'accueillants conventionnés et de gardes d'enfants à domicile pouvant travailler pour le compte du service d'accueillants d'enfants;

3^o la description de la coopération avec les accueillants conventionnés.

S'il s'agit de l'agrément provisoire d'une crèche, il faut en outre joindre un avis de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée en ce qui concerne le respect, par les locaux de la crèche, des prescriptions en vigueur en matière d'accessibilité pour les personnes handicapées. »;

4^o le § 2.1, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est abrogé;

5^o le § 3, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est abrogé.

Art. 17. À l'article 38 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « inspecte les locaux où doit se dérouler l'accueil » sont remplacés par les mots « vérifie que les conditions d'agrément générales et spécifiques sont remplies »;

2° l'alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est abrogé.

Art. 18. Dans l'article 42, § 1^{er}, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « , 14° et 16° » sont remplacés par les mots « et 14°, et § 2, alinéa 1^{er} »;

2° dans l'alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, les mots « à l'infrastructure mentionnée » sont remplacés par les mots « aux locaux mentionnés ».

Art. 19. Dans l'article 43, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, les mots « à l'infrastructure d'un lieu d'accueil extrascolaire mentionnée » sont remplacés par les mots « aux locaux d'un lieu d'accueil extrascolaire mentionnés ».

Art. 20. Dans l'article 47, § 1^{er}, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « , 14° et 16° » sont remplacés par les mots « et 14°, et § 2, alinéa 1^{er} »;

2° dans l'alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, les mots « à l'infrastructure mentionnée » sont remplacés par les mots « aux locaux mentionnés ».

Art. 21. Dans l'article 48, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, les mots « à l'infrastructure d'un lieu d'accueil extrascolaire mentionnée » sont remplacés par les mots « aux locaux d'un lieu d'accueil extrascolaire mentionnés ».

Art. 22. L'article 51 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 51 - § 1^{er} - Par dérogation aux articles 49 et 50, le ministre peut fermer d'urgence un service d'accueil ou l'un de ses lieux d'accueil à titre provisoire pour une durée indéterminée, sans mise en demeure ou audition préalable, pour l'une des raisons ci-après :

1° pour des raisons de santé publique;

2° lorsque des indices sérieux donnent à penser que le bien-être, la sécurité ou la santé des enfants sont menacés;

3° lorsque des indices sérieux donnent à penser qu'il existe un manquement grave aux dispositions applicables.

Le ministre statue sur avis de l'inspection et par décision particulièrement motivée.

La fermeture provisoire du service ou de l'un de ses lieux d'accueil entraîne la suspension de l'agrément du service pour la durée de la fermeture provisoire.

§ 2 - Le ministre communique immédiatement sa décision de fermeture provisoire au service d'accueil concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision, le service peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé. La demande d'audition n'est pas suspensive.

Après cette audition, le ministre confirme la décision de fermeture provisoire ou y met un terme. Le ministre communique immédiatement sa décision au service concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. En l'absence de demande d'audition au terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, la décision est considérée comme confirmée.

Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le service ou l'un de ses lieux d'accueil fait l'objet d'une fermeture provisoire.

§ 3 - Parallèlement à la confirmation de la décision mentionnée au § 2, alinéa 2, et, le cas échéant, en l'absence de demande d'audition, au terme du délai mentionné au § 2, alinéa 1^{er}, le ministre communique au service un délai en vue de remédier aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire.

Le ministre peut prolonger le délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, fixé en vue de remédier aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire.

Si le service remédie aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire dans le délai fixé par le ministre, le ministre met immédiatement un terme à la fermeture provisoire. Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le service est rouvert. »

Art. 23. À l'article 52 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les mots « de suspension de l'agrément conformément à l'article 51, § 1^{er}, alinéa 4 » sont remplacés par les mots « de fermeture provisoire conformément à l'article 51, § 2, alinéa 2 »;

2° dans l'alinéa 2, la phrase est complétée par les mots « ou confirmant la décision de fermeture provisoire ou, le cas échéant, en l'absence de demande d'audition conformément à l'article 51, § 2, alinéa 1^{er}, au terme du délai y mentionné ».

Art. 24. Dans l'article 53 du même arrêté, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Si, au terme de la période de suspension mentionnée à l'article 50, le service d'accueil continue à ne pas remplir les obligations ou s'il n'a pas été remédié aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire à l'expiration du délai mentionné à l'article 51, § 3, le ministre peut retirer l'agrément, provisoire ou définitive selon le cas, sur avis de l'inspection. »

Art. 25. L'article 59 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 59 - Le centre d'accueil est réputé agréé de plein droit comme service d'accueillants d'enfants. »

Art. 26. L'article 60 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 60 - § 1^{er} - Le service d'accueillants d'enfants veille au respect des dispositions des titres 3 et 4.

Le service d'accueillants d'enfants mandate pour l'accueil uniquement des accueillants conventionnés enregistrés conformément au titre 3 ou des gardes d'enfants à domicile.

Si le service d'accueillants d'enfants mandate des accueillants conventionnés, il conclut à cet effet une convention écrite avec ces derniers.

§ 2 - Aux conditions suivantes, le service d'accueillants d'enfants peut organiser un accueil extrascolaire :

1° la mission d'accueil des jeunes enfants est assurée prioritairement;

2° le nombre maximal d'enfants qui peuvent être accueillis simultanément est respecté en ce qui concerne chaque accueillant conventionné;

3° l'accueillant conventionné peut décider librement de proposer ou non un accueil extrascolaire. »

Art. 27. Dans l'article 61, 5°, du même arrêté, les mots « ne dépassent ni le nombre d'enfants qui peuvent être accueillis simultanément, mentionné à l'article 132, ni le capital garde mentionné à l'article 133 » sont remplacés par les mots « ne dépassent pas le nombre d'enfants qui peuvent être accueillis simultanément, mentionné à l'article 132 ».

Art. 28. À l'article 62 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Le service d'accueillants d'enfants dispose au moins de personnel socio-pédagogique spécialisé conformément au tableau suivant :

Nombre de gardes d'enfants à domicile et d'accueillants conventionnés enregistrés	Nombre d'équivalents temps plein pour le personnel socio-pédagogique spécialisé
1-18	1 1/2
19-24	2
25-30	2
31-36	2 1/2
37-42	3
43-53	3
54-59	3
60-65	3 1/2
66-71	3 2/3
72-77	4
78-83	4 1/2
84-89	4 2/3
90-95	5
96-101	5 1/2
102-107	5 2/3
108-113	6

Pour calculer la clé de personnel, le nombre le plus élevé de gardes d'enfants à domicile et d'accueillants conventionnés enregistrés de chaque année calendrier est pris en compte. »;

2° le § 2 est abrogé.

Art. 29. Dans l'article 63 du même arrêté, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 30. Dans l'article 65, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots « et les gardes d'enfants à domicile » sont insérés entre les mots « les accueillants conventionnés » et les mots « s'opèrent ».

Art. 31. Dans l'article 66 du même arrêté, la phrase est complétée par les mots « ou d'un garde d'enfants à domicile ».

Art. 32. Dans l'article 68 du même arrêté, le § 1^{er} est abrogé.

Art. 33. Dans l'article 72, § 3, alinéa 1^{er}, du même arrêté, le mot « cumulatif » est abrogé.

Art. 34. À l'article 73 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « , en ce compris le défraiement prévu à l'article 85, § 2 » sont abrogés;

2° concerne le texte allemand.

Art. 35. L'article 75 du même arrêté est abrogé.

Art. 36. À l'article 76 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Pour les frais d'organisation de la formation continue prévue à l'article 125 pour les accueillants conventionnés et de celle prévue à l'article 14 pour le personnel socio-pédagogique spécialisé, ainsi que pour les frais d'acquisition de matériel didactique, le service d'accueillants d'enfants obtient un subside de 5 486,95 euros maximum. La liquidation du subside ne s'opère que lorsque le département a vérifié les justificatifs introduits. »;

2° dans le § 2, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, le mot « cumulatif » est abrogé;

3° le § 4, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Pour les frais occasionnés en vue de mettre à la disposition des accueillants conventionnés une connexion Internet mobile dans le cadre de leur coopération avec le service d'accueillants d'enfants, le service d'accueillants d'enfants obtient un subside de 5 169,44 euros maximum. La liquidation du subside ne s'opère que lorsque le département a vérifié les justificatifs introduits. »

Art. 37. Dans l'article 79 du même arrêté, la phrase est complétée par les mots « ainsi qu'à ceux du centre d'accueil ».

Art. 38. L'article 80 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 3 septembre 2015, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 80 - Pour l'application de la présente section, l'on entend par :

1° pour l'accueil de jeunes enfants :

a) garde d'une journée complète : l'accueil d'enfants d'une durée de cinq heures ou plus, mais de moins de dix heures par jour;

b) garde d'une demi-journée : l'accueil d'enfants d'une durée de moins de cinq heures par jour;

c) garde de longue durée : l'accueil d'enfants d'une durée de dix heures ou plus par jour;

2° pour l'accueil d'enfants dans le cadre d'un accueil extrascolaire :

a) garde d'une journée complète : l'accueil d'enfants d'une durée de cinq heures ou plus, mais de moins de dix heures par jour;

b) garde d'une demi-journée : l'accueil d'enfants d'une durée de trois heures ou plus, mais de moins de cinq heures par jour;

c) garde d'un tiers de journée : l'accueil d'enfants d'une durée de moins de trois heures par jour;

d) garde de longue durée : l'accueil d'enfants d'une durée de dix heures ou plus par jour. »

Art. 39. À l'article 81 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est abrogé;

2° dans le § 2, les mots « 50 % du droit de réservation retenu » sont remplacés par les mots « 150 euros ».

Art. 40. L'article 82 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 82 - § 1^{er} - La participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation prend la forme d'un forfait journalier à payer conformément au tableau figurant en annexe.

Ne sont pas compris le coût des aliments de régime, des aliments "bio", des médicaments, des langes, du lait en poudre et des produits spécifiques souhaités par les personnes chargées de l'éducation.

§ 2 - Le taux applicable pour le forfait journalier mentionné au § 1^{er} est calculé comme suit :

1° pour une garde d'une journée complète : 100 %;

2° pour une garde d'une demi-journée : 60 %;

3° pour une garde d'un tiers de journée dans le cadre de l'accueil extrascolaire : 40 %;

4° pour une garde de longue durée : 160 %.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les taux suivants sont applicables pour l'accueil d'enfants :

1° en cas de familles ayant au moins deux enfants de moins de trois ans à charge, la participation est de 70 % par enfant;

2° en cas de familles ayant au moins trois enfants à charge, la participation est de 70 % par enfant;

3° pour les enfants bénéficiant d'un supplément d'allocations familiales pour enfants handicapés, la participation est de 70 %.

Par "famille", on entend, pour l'application du présent article, les membres majeurs du ménage dont les revenus sont pris en compte pour le calcul de la participation aux frais conformément à l'article 83, § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2. »

Art. 41. L'article 83 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 83 - § 1^{er} - La participation aux frais est calculée en se basant sur les revenus cumulés des membres majeurs du ménage du demandeur.

Si plus de deux membres majeurs du ménage disposent de revenus, les deux revenus les plus élevés sont pris en compte.

Est considéré comme revenu pour l'application du présent article le revenu global imposable figurant sur l'avertissement-extrait de rôle relatif aux impôts sur les revenus. Le service d'accueillants d'enfants veille à ce que les membres du ménage présentent l'avertissement-extrait de rôle.

Si un membre majeur du ménage ne peut pas présenter un tel avertissement-extrait de rôle ou si le revenu de l'année concernée n'est pas mentionné sur l'avertissement-extrait de rôle, le service d'accueillants d'enfants veille à ce que le membre du ménage présente d'autres justificatifs de son revenu imposable. Le ministre peut donner des précisions quant à la manière d'assimiler ces justificatifs au revenu global imposable de l'avertissement-extrait de rôle relatif aux impôts sur les revenus.

À défaut, c'est la participation aux frais la plus élevée qui est portée en compte.

§ 2 - Le revenu du ménage est déterminé au début de l'accueil. Si l'accueil commence de janvier à juin, les revenus de la troisième année qui précède (année a-3) sont pris en compte. Si l'accueil commence de juillet à décembre, les revenus de la deuxième année qui précède (année a-2) sont pris en compte.

Pour un ménage dont l'enfant est déjà gardé chez le même prestataire et dont le revenu a déjà été déterminé, ce revenu, par dérogation à l'alinéa 1^{er}, continue de servir de base au calcul de la participation aux frais au début de la garde de l'enfant suivant.

§ 3 - Au 1^{er} juillet de chaque année, le revenu du ménage est à nouveau déterminé et la participation aux frais est adaptée en conséquence. À cet effet, les revenus de la deuxième année qui précède (année a-2) sont pris en compte.

§ 4 - Le demandeur communique au service d'accueillants d'enfants toute modification concernant la composition du ménage ou toute modification concernant les taux de participation réduits fixés à l'article 82, § 2, alinéa 2. Le service d'accueillants d'enfants détermine ensuite une nouvelle fois les tarifs applicables.

Si, du fait de cette nouvelle disposition, des tarifs plus élevés doivent être appliqués, ces derniers sont valables à partir du mois suivant la modification.

Si, du fait de cette nouvelle disposition, des tarifs moins élevés doivent être appliqués, ces derniers sont valables à partir du mois suivant la communication de la modification. »

Art. 42. L'article 84 du même arrêté est abrogé.

Art. 43. L'article 85 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 85 - Dans le cadre du plan de garde fixé dans le contrat de garde, le service d'accueillants d'enfants réclame le forfait journalier dû, indépendamment de la présence effective de l'enfant.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le service d'accueillants d'enfants réclame le forfait journalier dû correspondant à la présence effective de l'enfant si celle-ci dépasse le plan de garde fixé dans le contrat de garde.

Le forfait journalier n'est pas dû pour les jours suivants :

1° les jours où le service d'accueillants d'enfants ne propose pas de garde;

2° les jours d'absence de l'enfant pour cause de maladie, à partir du deuxième jour d'absence consécutif où une garde doit avoir lieu selon le plan de garde, justifiés par un certificat médical. »

Art. 44. Dans l'article 87 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° la superficie minimale est, par place d'accueil, de 6 m² pour les zones de jeu et de repas ainsi que de 2 m² pour les zones de sommeil et de repos;

2° au 11°, les mots « à l'article 20, 5° » sont remplacés par les mots « à l'article 20, 3° »;

3° au 15°, les mots « au moins une fois par année » sont remplacés par les mots « en cas de pollution »;

4° au 16°, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

5° l'article est complété par un 17° rédigé comme suit :

« 17° il y a plusieurs zones de jeux; »

6° l'article est complété par un 18° rédigé comme suit :

« 18° la sécurité des locaux est notamment attestée par un avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent. »

Art. 45. À l'article 88 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, le mot « cumulatif » est abrogé;

2° dans le § 2, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, le mot « cumulatif » est abrogé;

3° dans le § 3, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, le mot « cumulatif » est abrogé;

4° le § 4 est abrogé;

5° le § 5 est remplacé par ce qui suit :

« § 5 - Les gardes d'enfants sont porteurs au moins d'un des diplômes et certificats répertoriés à l'article 18.1 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents.

Le ministre peut admettre des porteurs d'autres qualifications. Le ministre statue dans les soixante jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée. »;

6° concerne le texte allemand.

Art. 46. À l'article 92 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, le mot « cumulatif » est abrogé;

2° dans le § 2.1, alinéa 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, le mot « cumulatif » est abrogé.

Art. 47. À l'article 93 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° concerne le texte allemand;

2° le § 2 est abrogé.

Art. 48. Dans l'article 94 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, les mots « 1 148,77 euros maximum » sont remplacés par les mots « 41,03 euros par place d'accueil ».

Art. 49. Dans l'article 96 du même arrêté, la phrase est complétée par les mots « ainsi qu'à celles du centre d'accueil ».

Art. 50. L'article 97 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 97 - Pour l'application de la présente section, l'on entend par :

a) garde d'une journée complète : l'accueil d'enfants d'une durée de cinq heures ou plus, mais de moins de dix heures par jour;

b) garde d'une demi-journée : l'accueil d'enfants d'une durée de moins de cinq heures par jour;

c) garde de longue durée : l'accueil d'enfants d'une durée de dix heures ou plus par jour. »

Art. 51. L'article 98 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 98 - Les articles 82 à 85 sont applicables mutatis mutandis aux crèches, à l'exception de l'article 82, § 2, alinéa 1^{er}, 3°. »

Art. 52. Dans le titre 2, sous-titre 3, du même arrêté, le chapitre 3, abrogé par l’arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Chapitre 3 - Co-initiative pour l’accueil des jeunes enfants

Section 1^{re} - Conditions particulières d’agrégation

Art. 99 - La co-initiative pour l’accueil des jeunes enfants dispose d’une capacité d’accueil de sept places au minimum et de douze places au maximum.

L’article 86, § 2, est applicable mutatis mutandis à la co-initiative pour l’accueil des jeunes enfants.

Art. 100 - Sans préjudice des articles 19 à 22, les conditions supplémentaires suivantes, concernant les caractéristiques des locaux, sont applicables aux co-initiatives pour l’accueil des jeunes enfants :

1° les escaliers sont de préférence munis de contremarches et d’une barrière de sécurité. S’il n’y a pas de contremarches, de jeunes enfants ne peuvent les emprunter que s’ils sont accompagnés par des adultes;

2° les lits et les berceaux répondent aux instructions du ministre;

3° les éventuels bacs à sable sont recouverts de manière à éviter toute pollution. Le sable est renouvelé en cas de pollution.

Section 2 - Obligations particulières

Art. 101 - La co-initiative pour l’accueil des jeunes enfants veille à la présence d’un nombre suffisant de gardes d’enfants et dispose au moins de gardes d’enfants conformément au tableau suivant :

Nombre de places d’accueil	Nombre de gardes d’enfants en équivalents temps plein
7	1,40
8	1,60
9	1,80
10	2,00
11	2,20
12	2,40

L’article 88, § 5, est applicable mutatis mutandis aux co-initiatives pour l’accueil des jeunes enfants.

Art. 102 - Les articles 64 ainsi que 67 à 69 sont applicables mutatis mutandis aux co-initiatives pour l’accueil des jeunes enfants.

Section 3 - Participation aux frais supportée par les personnes chargées de l’éducation

Art. 103 - Les dispositions de la présente section sont applicables aux co-initiatives pour l’accueil des jeunes enfants subventionnées par la Communauté germanophone ainsi qu’à celles du centre d’accueil.

Art. 104 - Les articles 82 à 85 sont applicables mutatis mutandis aux co-initiatives pour l’accueil des jeunes enfants, à l’exception de l’article 82, § 2, alinéa 1^{er}, 3^o. »

Art. 53. Dans le titre 2, sous-titre 3, chapitre 4, section 1^{re}, du même arrêté, modifié par l’arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, il est inséré un article 107.1 rédigé comme suit :

« Art. 107.1 - Les dispositions de la présente section sont uniquement applicables aux lieux d’accueil extrascolaire qui n’assurent pas l’accueil d’enfants dans une implantation d’une école fondamentale ordinaire ou spécialisée organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone. »

Art. 54. L’article 110 du même arrêté, modifié par l’arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 110 - § 1^{er} - Le lieu d’accueil extrascolaire veille à la présence d’un nombre suffisant de gardes d’enfants et dispose au moins de gardes d’enfants conformément au tableau suivant :

Présence moyenne	Nombre de gardes d’enfants
1-16	1
17-32	2
33-48	3
49-64	4
65-80	5
81-96	6

La présence moyenne s’obtient en divisant le nombre total d’enfants présents par jour d’ouverture par le nombre de jours d’ouverture d’une année calendrier.

§ 2 - L’article 88, § 5, est applicable mutatis mutandis aux lieux d’accueil extrascolaire.

§ 3 - Dans des cas exceptionnels justifiés, le ministre peut accorder au lieu d’accueil extrascolaire un délai pour se conformer aux normes mentionnées au § 1^{er}. Le ministre statue dans les soixante jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l’avis du département. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée. »

Art. 55. À l’article 114 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, modifié par l’arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Pour pouvoir être subsidié, le lieu d’accueil extrascolaire compte une présence moyenne d’au moins six enfants par année calendrier. La présence moyenne est calculée en divisant le nombre total d’enfants présents par unité d’accueil par le nombre de jours d’ouverture d’une année calendrier. Chaque jour d’ouverture peut comporter une ou deux unités d’accueil. En cas de deux unités d’accueil, l’une se situe avant le début de la journée scolaire et l’autre après. »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « 2°, » sont abrogés;

3° dans le § 2, alinéa 3, les mots « 2°, » sont abrogés.

Art. 56. L'article 115 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 115 - § 1^{er} - Pour pouvoir être subsidié, un lieu d'accueil extrascolaire veille à la présence d'un nombre suffisant de gardes d'enfants et dispose au moins de gardes d'enfants conformément au tableau suivant :

Présence moyenne	Nombre de gardes d'enfants
1-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4
51-64	5

La présence moyenne s'obtient en divisant le nombre total d'enfants présents par jour d'ouverture par le nombre de jours d'ouverture d'une année calendrier.

§ 2 - S'il est accordé au lieu d'accueil extrascolaire un délai pour se conformer aux normes fixées à l'article 110, le subventionnement conformément à la présente section n'en est pas affecté. »

Art. 57. L'article 116 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 116 - § 1^{er} - Pour l'organisation d'un lieu d'accueil extrascolaire, le service d'accueil obtient un subside de 1,67 euro par enfant gardé et par heure de garde commencée.

§ 2 - Au plus tard six semaines après la fin de chaque trimestre, le service d'accueil introduit auprès du département les états trimestriels reprenant par lieu d'accueil extrascolaire les présences et le nombre maximal d'enfants gardés simultanément.

En cas d'introduction tardive des états trimestriels reprenant les présences, 5 % des subsides peuvent être retenus si le retard est d'un mois, 10 % s'il est de deux mois ou plus.

§ 3 - Au plus tard six semaines après la fin du dernier trimestre de l'année précédente, le service d'accueil introduit auprès du département les justificatifs annuels pour le subventionnement.

En cas d'introduction tardive des justificatifs annuels, 5 % des subsides peuvent être retenus si le retard est d'un mois, 10 % s'il est de deux mois ou plus. »

Art. 58. L'article 116.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 3 septembre 2015 et modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, est abrogé.

Art. 59. L'article 117 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 117 - Pour l'accueil d'enfants handicapés ou nécessitant des soins particuliers, le lieu d'accueil extrascolaire peut obtenir un subside supplémentaire de 0,65 euro par heure de garde commencée dans la mesure où ces enfants ont besoin d'un encadrement plus intensif et d'une attention plus soutenue.

À cette fin, le lieu d'accueil extrascolaire introduit auprès du département une demande individuelle écrite accompagnée d'un avis émis par un établissement spécialisé ou un médecin spécialiste ou, le cas échéant, d'un rapport social. Dans les trente jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. À défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les soixante jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'octroi du subside. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée. »

Art. 60. L'article 118 du même arrêté est abrogé.

Art. 61. Dans l'article 119 du même arrêté, les mots « Les articles 78 et 93 sont applicables » sont remplacés par les mots « L'article 78 est applicable ».

Art. 62. Dans le titre 2, sous-titre 3, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, le chapitre 4 est complété par une section 4, comportant les articles 119.1 à 119.3, intitulée comme suit :

« Section 4 - Participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation ».

Art. 63. Dans le titre 2, sous-titre 3, chapitre 4, du même arrêté, la section 4 est complétée par un article 119.1 rédigé comme suit :

« Art. 119.1 - Les dispositions de la présente section sont applicables aux lieux d'accueil extrascolaire subventionnés par la Communauté germanophone ainsi qu'à ceux du centre d'accueil. »

Art. 64. La même section est complétée par un article 119.2 rédigé comme suit :

« Art. 119.2 - La participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation prend la forme d'un forfait à payer de 0,51 euro par heure de garde commencée.

Ne sont pas compris le coût des aliments de régime, des aliments "bio", des médicaments, des langes, du lait en poudre et des produits spécifiques souhaités par les personnes chargées de l'éducation.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la première heure de garde de la journée est gratuite. »

Art. 65. La même section est complétée par un article 119.3 rédigé comme suit :

« Art. 119.3 - Par dérogation à l'article 119.2, la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation pour l'accueil dans le cadre d'un accueil extrascolaire prend la forme d'un forfait journalier à payer de 7,65 euros pendant les jours de vacances et lors des journées de conférence pédagogique. Pour une garde pendant les jours de vacances, une place d'accueil est toujours attribuée pour une semaine.

Le lieu d'accueil extrascolaire veille à ce que les personnes chargées de l'éducation confirment dans le mois l'offre de place d'accueil soumise par le lieu d'accueil extrascolaire en s'acquittant des forfaits journaliers mentionnés à l'alinéa 1^{er}.

Le lieu d'accueil extrascolaire respecte le forfait journalier indépendamment de la présence effective de l'enfant.

Le forfait journalier n'est pas dû pour les jours suivants ou est, le cas échéant, remboursé pour les jours suivants :

1^o les jours où le lieu d'accueil extrascolaire ne propose pas de garde;

2^o les jours d'absence de l'enfant pour cause de maladie, à partir du deuxième jour d'absence consécutif où une garde doit avoir lieu selon le plan de garde, justifiés par un certificat médical.

Le lieu d'accueil extrascolaire informe les personnes chargées de l'éducation des modalités de paiement et de remboursement. »

Art. 66. Dans le titre 2, sous-titre 3, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, le chapitre 4 est complété par une section 5, comportant les articles 119.4 et 119.5, rédigée comme suit :

« Section 5 - Critères de priorité pour l'attribution des places d'accueil

Art. 119.4 - Les dispositions de la présente section sont applicables aux lieux d'accueil extrascolaire subventionnés par la Communauté germanophone ainsi qu'à ceux du centre d'accueil.

Art. 119.5 - Par dérogation à l'article 31.2, les lieux d'accueil extrascolaire tiennent compte, lors de l'attribution des places d'accueil pour l'accueil d'enfants dans le cadre d'un accueil extrascolaire pendant les jours de vacances et lors des journées de conférence pédagogique, des demandes de garde dans l'ordre suivant :

1^o demandes de l'autorité centrale communautaire en matière d'adoption ou du département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse dans le cadre de l'aide consensuelle ou de l'aide judiciaire à la jeunesse, de l'accueil familial ou de la protection de la jeunesse;

2^o demandes par ordre chronologique. »

Art. 67. L'article 121 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 121 - Les accueillants conventionnés présentent, avant d'entamer leurs activités, les documents mentionnés à l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret. »

Art. 68. À l'article 122 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 2, alinéa 2, les mots « vérifie si l'endurance physique et psychique de la personne lui permet ou non de poursuivre ses activités au-delà de la limite d'âge et » sont abrogés;

2^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 septembre 2022, les mots « d'un certificat de formation comme assistant en nursing ou puériculteur, garde d'enfants, éducateur ou d'un diplôme y assimilé » sont remplacés par les mots « d'au moins un des diplômes et certificats mentionnés à l'article 88, § 5. »

Art. 69. Dans l'article 123, § 1^{er}, du même arrêté, le 2^o est remplacé par ce qui suit :

« 2^o prouver qu'ils ont participé à un cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants ou à suivre un tel cours dans l'année suivant le début de l'activité. Les connaissances en matière de premiers secours sont mises à jour tous les deux ans. Les diplômes et certificats mentionnés à l'article 88, § 5, sont considérés comme la preuve d'une participation à un cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants pendant une période de deux ans après leur réception; ».

Art. 70. Dans l'article 124 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, les mots « l'article 59 » sont remplacés par les mots « l'article 15 ».

Art. 71. Concerne le texte allemand.

Art. 72. L'article 132 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 132 - § 1^{er} - Les accueillants conventionnés disposent d'une capacité d'accueil de quatre places au maximum.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, les accueillants conventionnés peuvent demander un élargissement de la capacité d'accueil afin de la porter à six places au maximum.

Un élargissement de la capacité d'accueil est possible à la condition que les capacités en matière de locaux le permettent. L'élargissement peut être accordé au plus tôt après un an d'activité.

Le service d'accueillants d'enfants consigne par écrit toute dérogation individuelle.

Le département reçoit copie de la dérogation.

§ 3 - Les accueillants conventionnés peuvent accueillir simultanément quatre jeunes enfants au maximum et six enfants au total, leurs propres enfants, âgés de six ans et moins, étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément.

En cas d'élargissement de la capacité d'accueil en application du § 2, le nombre maximal de jeunes enfants et d'enfants pouvant être accueillis simultanément sera également respectivement augmenté en conséquence. »

Art. 73. L'article 133 du même arrêté est abrogé.

Art. 74. L'article 134.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 134.1 - Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par :

1^o pour l'accueil de jeunes enfants :

a) garde d'une journée complète : l'accueil d'enfants d'une durée de cinq heures ou plus, mais de moins de huit heures par jour;

b) garde d'une demi-journée : l'accueil d'enfants d'une durée de moins de cinq heures par jour;

c) garde de longue durée : l'accueil d'enfants d'une durée de huit heures ou plus par jour;

2° pour l'accueil d'enfants dans le cadre de l'accueil extrascolaire :

a) garde d'une journée complète : l'accueil d'enfants d'une durée de cinq heures ou plus, mais de moins de huit heures par jour;

b) garde d'une demi-journée : l'accueil d'enfants d'une durée de trois heures ou plus, mais de moins de cinq heures par jour;

c) garde d'un tiers de journée : l'accueil d'enfants d'une durée de moins de trois heures par jour;

d) garde de longue durée : l'accueil d'enfants d'une durée de huit heures ou plus par jour. »

Art. 75. À l'article 135 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 10 décembre 2015, 19 avril 2018, 15 juillet 2021 et 29 mars 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° concerne le texte allemand;

2° le § 2 est abrogé.

Art. 76. Dans l'article 137, alinéa 1^{er}, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement du 19 avril 2018 et 15 juillet 2021, le mot « cumulatif » est abrogé.

Art. 77. Dans l'article 138, alinéa 2, du même arrêté, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° la capacité d'accueil souhaitée; ».

Art. 78. Dans l'article 139, alinéa 2, du même arrêté, les mots « la capacité d'accueil et » sont insérés entre les mots « mentionne » et les mots « le nombre maximal d'enfants ».

Art. 79. L'article 141 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 141 - § 1^{er} - L'enregistrement est octroyé pour la période allant jusqu'à la limite d'âge maximal, fixée à l'article 122, § 1^{er}.

Si, conformément à l'article 122, § 2, une dérogation à la limite d'âge maximal fixée est accordée, l'enregistrement octroyé conformément à l'alinéa 1^{er} est prorogé pour la période prévue dans la dérogation.

L'accueillant conventionné ne peut débiter l'accueil qu'après avoir reçu l'enregistrement.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, l'enregistrement peut être octroyé, dans des cas exceptionnels motivés, pour une durée inférieure. »

Art. 80. L'article 147 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 147 - § 1^{er} - Par dérogation aux articles 145 et 146, le ministre peut fermer d'urgence un lieu d'accueil à titre provisoire pour une durée indéterminée, sans mise en demeure ou audition préalable, pour l'une des raisons ci-après :

1° pour des raisons de santé publique;

2° lorsque des indices sérieux donnent à penser que le bien-être, la sécurité ou la santé des enfants sont menacés;

3° lorsque des indices sérieux donnent à penser qu'il existe un manquement grave aux dispositions applicables.

Le ministre statue sur avis de l'inspection et par décision particulièrement motivée.

La fermeture provisoire du lieu d'accueil entraîne la suspension de l'enregistrement de l'accueillant conventionné pour la durée de la fermeture provisoire.

§ 2 - Le ministre communique immédiatement sa décision de fermeture provisoire à l'accueillant conventionné concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision, l'accueillant conventionné peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé. La demande d'audition n'est pas suspensive.

Après cette audition, le ministre confirme la décision de fermeture provisoire ou y met un terme. Le ministre communique immédiatement sa décision à l'accueillant conventionné concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. En l'absence de demande d'audition au terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, la décision est considérée comme confirmée.

Le service d'accueillants d'enfants reçoit copie des décisions mentionnées dans le présent paragraphe et informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil fait l'objet d'une fermeture provisoire. Dans la mesure du possible, le service d'accueillants d'enfants assure la continuité de l'accueil des enfants conformément à l'article 66.

§ 3 - Parallèlement à la confirmation de la décision mentionnée au § 2, alinéa 2, et, le cas échéant, en l'absence de demande d'audition, au terme du délai mentionné au § 2, alinéa 1^{er}, le ministre communique à l'accueillant conventionné concerné un délai en vue de remédier aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire.

Le ministre peut prolonger le délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, fixé en vue de remédier aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire.

Si l'accueillant conventionné remédie aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire dans le délai fixé par le ministre, le ministre met immédiatement un terme à la fermeture provisoire. Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil est rouvert.

Le service d'accueillants d'enfants reçoit copie des décisions mentionnées dans le présent paragraphe. »

Art. 81. Dans l'article 148 du même arrêté, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Si, au terme de la période de suspension mentionnée à l'article 146, l'accueillant conventionné continue à ne pas remplir les obligations ou s'il n'a pas été remédié aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire à l'expiration du délai mentionné à l'article 147, § 3, le service d'accueillants d'enfants retire l'enregistrement. »

Art. 82. Dans l'article 149, alinéa 2, du même arrêté, les mots « alinéa 2 » sont remplacés par les mots « alinéa 3 ».

Art. 83. Le titre 4 du même arrêté, qui comprend les articles 152 à 167, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 19 avril 2018, 15 juillet 2021 et 22 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Titre 4 - Gardes d'enfants à domicile

Art. 152 - Les dispositions du présent titre ne sont applicables au service d'accueillants d'enfants qu'en tant que conditions particulières conformément à l'article 60, § 1^{er}. Le service d'accueillants d'enfants veille à leur respect.

Art. 153 - L'article 88, § 5, est applicable mutatis mutandis aux gardes d'enfants à domicile.

Art. 154 - Les articles 19 à 22 sont applicables mutatis mutandis aux gardes d'enfants à domicile.

En outre, les conditions suivantes sont applicables en ce qui concerne les caractéristiques des locaux :

1° les escaliers sont de préférence munis de contremarches et d'une barrière de sécurité. S'il n'y a pas de contremarches, des enfants de moins de six ans ne peuvent les emprunter que s'ils sont accompagnés par des adultes;

2° les lits et les berceaux répondent aux instructions du ministre;

3° les éventuels bacs à sable sont recouverts de manière à éviter toute pollution. Le sable est renouvelé en cas de pollution;

4° si le garde d'enfants à domicile détient des animaux de compagnie, les instructions du ministre sont applicables;

5° conformément à la loi du 22 décembre 2009 instaurant une réglementation générale relative à l'interdiction de fumer dans les lieux fermés accessibles au public et à la protection des travailleurs contre la fumée du tabac, il est interdit de fumer dans les locaux destinés au sommeil et à l'accueil.

Art. 155 - § 1^{er} - Les gardes d'enfants à domicile accueillent toujours eux-mêmes les enfants.

§ 2 - En concertation avec le service d'accueillants d'enfants, les gardes d'enfants à domicile peuvent prendre des stagiaires sous leur responsabilité.

Le stagiaire ne peut pas remplacer les gardes d'enfants à domicile.

Art. 156 - Le service d'accueillants d'enfants recommande aux gardes d'enfants à domicile de faire vacciner leurs propres enfants conformément aux instructions du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

Art. 157 - Le service d'accueillants d'enfants veille à ce que soit obtenu, avant le début de l'activité des gardes d'enfants à domicile, l'accord de toutes les personnes majeures habitant les locaux où se déroule l'accueil effectué par les gardes d'enfants à domicile pour que l'inspection puisse visiter ces locaux pendant leurs heures d'ouverture, et ce, conformément à l'article 17, § 1^{er}, alinéa 2, 4°, du décret.

Pendant leur activité, les gardes d'enfants à domicile communiquent dans les trente jours au service d'accueillants d'enfants, par écrit, toute modification relative aux données mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Pendant la période d'activité, le service d'accueillants d'enfants peut demander en tout temps une version actuelle des données mentionnées à l'alinéa 1^{er} auprès des gardes d'enfants à domicile.

Art. 158 - Le service d'accueillants d'enfants fixe une capacité d'accueil pour chaque garde d'enfants à domicile.

Art. 159 - § 1^{er} - Le ministre peut fermer d'urgence un lieu d'accueil à titre provisoire pour une durée indéterminée, sans mise en demeure ou audition préalable, pour l'une des raisons ci-après :

1° pour des raisons de santé publique;

2° lorsque des indices sérieux donnent à penser que le bien-être, la sécurité ou la santé des enfants sont menacés;

3° lorsque des indices sérieux donnent à penser qu'il existe un manquement grave aux dispositions applicables.

Le ministre statue sur avis de l'inspection et par décision particulièrement motivée.

§ 2 - Le ministre communique immédiatement sa décision de fermeture provisoire au garde d'enfants à domicile concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision, le garde d'enfants à domicile peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé. La demande d'audition n'est pas suspensive.

Après cette audition, le ministre confirme la décision de fermeture provisoire ou y met un terme. Le ministre communique immédiatement sa décision au garde d'enfants à domicile concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. En l'absence de demande d'audition au terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, la décision est considérée comme confirmée.

Le service d'accueillants d'enfants reçoit copie des décisions mentionnées dans le présent paragraphe et informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil fait l'objet d'une fermeture provisoire. Dans la mesure du possible, le service d'accueillants d'enfants assure la continuité de l'accueil des enfants conformément à l'article 66.

§ 3 - Parallèlement à la confirmation de la décision mentionnée au § 2, alinéa 2, et, le cas échéant, en l'absence de demande d'audition, au terme du délai mentionné au § 2, alinéa 1^{er}, le ministre communique au garde d'enfants à domicile concerné un délai en vue de remédier aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire.

Le ministre peut prolonger le délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, fixé en vue de remédier aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire.

Si le garde d'enfants à domicile remédie aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire dans le délai fixé par le ministre, le ministre met immédiatement un terme à la fermeture provisoire. Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil est rouvert.

Le service d'accueillants d'enfants reçoit copie des décisions mentionnées dans le présent paragraphe. »

Art. 84. Dans l'article 171, alinéa 2, 10°, du même arrêté, les mots « une déficience psychique » sont remplacés par les mots « un trouble psychique ».

Art. 85. À l'article 174, § 2, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule et au 4°, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le paragraphe est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° la sécurité des locaux est notamment attestée par un avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent. »

Art. 86. Dans l'article 178, § 2, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 3°, le point-virgule en fin de phrase est remplacé par un point;

2° le 4° est abrogé.

Art. 87. Dans l'article 179, § 1^{er}, du même arrêté, le mot « cumulatif » est abrogé.

Art. 88. À l'article 180 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - La halte-garderie désigne un responsable qui remplit au moins les conditions mentionnées à l'article 178, § 2.

L'article 88, § 5, est applicable mutatis mutandis au responsable de la halte-garderie. »;

2° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « , 1° et 2° » sont abrogés.

Art. 89. L'article 181 du même arrêté est abrogé.

Art. 90. Dans l'article 186 du même arrêté, les mots « 26 et 30 à 31 » sont remplacés par les mots « 26, 28.1 et 30 à 31 ».

Art. 91. L'article 193 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 193 - Pour l'organisation de la halte-garderie, le pouvoir organisateur obtient un forfait de 76,50 euros par jour d'ouverture ainsi qu'un forfait supplémentaire de 5,10 euros pour toute présence d'un enfant, et ce, à condition qu'une présence moyenne d'au moins cinq enfants par année calendrier soit atteinte. La présence moyenne est calculée en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture d'une année calendrier.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le forfait par jour d'ouverture y mentionné est réduit à 6,00 euros si le pouvoir organisateur obtient un subventionnement du personnel conformément au décret du 5 mai 2014 portant agrération et soutien de points de contact social ou conformément à l'arrêté du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé. »

Art. 92. À l'article 196 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, 7°, les mots « de l'infrastructure » sont remplacés par les mots « des locaux »;

2° dans l'alinéa 2, le 16° est abrogé;

3° le paragraphe est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« S'il s'agit de l'agrération provisoire d'une halte-garderie qui est tenue d'attester la sécurité des locaux de ses lieux d'accueil par un avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent, tel que décrit à l'article 7, alinéas 2 et 3, du décret ou conformément à d'autres dispositions du présent arrêté, cet avis en matière de sécurité incendie, datant de moins de deux mois et portant sur les locaux où doit se dérouler l'accueil, doit en outre être annexé. »

Art. 93. Dans l'article 197, § 1^{er}, du même arrêté, les mots « , 14° et 16° » sont remplacés par les mots « et 14°, et alinéa 3 ».

Art. 94. Dans l'article 205, alinéa 3, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 juillet 2021, les mots « 31 août 2025 » sont remplacés par les mots « 31 décembre 2023 ».

Art. 95. Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, il est inséré un article 207.1 rédigé comme suit :

« Art. 207.1 - Si le compte de résultats du lieu d'accueil extrascolaire est déficitaire à la fin de l'année calendrier 2023 en tenant compte de toutes les recettes, la Communauté germanophone prend à sa charge la totalité de ce déficit, dans la mesure où le lieu d'accueil extrascolaire respecte les dispositions des articles 113 à 119. »

Art. 96. Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, il est inséré un article 207.2 rédigé comme suit :

« Art. 207.2 - § 1^{er} - Par dérogation aux articles 88 et 110, le ministre admet d'office comme gardes d'enfants, sans limitation de durée, les gardes d'enfants ou, selon le cas, le personnel d'encadrement travaillant pour un service au 31 décembre 2023 et remplissant les conditions de diplôme en vigueur à cette date, mais ne remplissant pas les conditions applicables à compter du 1^{er} janvier 2024.

§ 2 - Par dérogation à l'article 153, le ministre admet d'office comme gardes d'enfants, sans limitation de durée, les accueillants conventionnés qui, en vertu de l'article 45, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 22 mai 2023 portant création d'un centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants, acceptent une offre en tant que salariés du centre d'accueil tout en n'étant pas porteurs d'un des diplômes et certificats mentionnés à l'article 88, § 5.

§ 3 - Par dérogation à l'article 180, le ministre admet d'office comme responsables d'une halte-garderie, sans limitation de durée, les responsables d'une halte-garderie travaillant pour une halte-garderie au 31 décembre 2023 et remplissant les conditions de diplôme en vigueur à cette date, mais ne remplissant pas les conditions applicables à compter du 1^{er} janvier 2024. »

Art. 97. Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, il est inséré un article 207.3 rédigé comme suit :

« Art. 207.3 - Le centre rembourse les frais de déplacement aux membres du Conseil consultatif pour l'accueil d'enfants conformément aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone. »

Art. 98. L'annexe du même arrêté est remplacée par l'annexe du présent arrêté.

CHAPITRE 2 — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes*

Art. 99. Dans l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° accueil d'enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 2°, du décret, l'accueil régulier d'enfants dans des locaux déterminés se situant en dehors de l'habitation des personnes chargées de leur éducation, à l'exception des activités dont l'objectif principal est l'éducation ou l'enseignement, la jeunesse, l'aide à la jeunesse, la culture, le tourisme ou le sport; »

2° au 8°, les mots « de plus de cinq heures » sont remplacés par les mots « de cinq heures ou plus »;

3° au 9°, les mots « de plus de trois et jusqu'à » sont remplacés par les mots « de trois heures ou plus, mais de moins de »;

4° au 10°, le mot « jusqu'à » est remplacé par les mots « de moins de »;

5° le 11°, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« 11° centre : le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants créé par le décret du 22 mai 2023 portant création d'un Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants; »

6° le 16°, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, est abrogé;

7° le 17°, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, est remplacé par ce qui suit :

« 17° portail en ligne : une plate-forme numérique destinée à l'accueil des enfants, mise à la disposition des prestataires ainsi que des personnes chargées de l'éducation par le Gouvernement. Le portail en ligne sert à informer les personnes chargées de l'éducation, à demander, à administrer et à attribuer des places d'accueil ainsi qu'à contrôler les conditions d'agrément et de subventionnement; »

8° l'article est complété par un 18° rédigé comme suit :

« 18° accueillants autonomes à titre principal : accueillants autonomes qui exercent leur activité à titre principal au sens de la sécurité sociale des travailleurs indépendants; »

9° l'article est complété par un 19° rédigé comme suit :

« 19° accueillants autonomes à titre complémentaire : accueillants autonomes qui exercent leur activité à titre complémentaire au sens de la sécurité sociale des travailleurs indépendants ou dans un statut y assimilé conformément à l'article 37 de l'arrêté royal du 19 décembre 1967 portant règlement général en exécution de l'arrêté royal n° 38 du 27 juillet 1967 organisant le statut social des travailleurs indépendants. »

Art. 100. L'article 6 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 20 mai 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6 - Les montants fixés aux articles 29, 29.2, 30, 31, 50.1 et 58.1 sont liés à l'indexation des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone, l'indice-pivot étant 138,01.

Le plafond des revenus du ménage fixé à l'article 29.3 est adapté sur la base de l'évolution de l'indice des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone, avec l'indice-pivot 138,01, au mois de décembre de l'année de revenus concernée.

Les subventions et taux journaliers fixés à l'article 29.3 sont adaptés chaque année en juillet sur la base de l'évolution de l'indice des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone, avec l'indice-pivot 138,01, au mois de décembre de l'année précédente. »

Art. 101. L'article 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 7 - Les accueillants autonomes présentent, avant d'entamer leurs activités, les documents mentionnés à l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret. »

Art. 102. Dans l'article 8, § 3, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 septembre 2022 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, les accueillants autonomes peuvent demander une dérogation à la limite d'âge minimale fixée, pour autant qu'ils soient âgés d'au moins dix-huit ans et qu'ils soient porteurs au moins d'un des diplômes et certificats répertoriés à l'article 18.1 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents. »

Art. 103. Dans l'article 10 du même arrêté, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° prouver qu'ils ont participé à un cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants ou à suivre un tel cours dans l'année suivant le début de l'activité. Les connaissances en matière de premiers secours sont mises à jour tous les deux ans. Les diplômes et certificats mentionnés à l'article 8, § 3, alinéa 1^{er}, sont considérés comme la preuve d'une participation à un cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants pendant une période de deux ans après leur réception. »

Art. 104. L'article 19 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 22 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 19 - § 1^{er} - Les accueillants autonomes disposent d'une capacité d'accueil de quatre places au maximum.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, les accueillants autonomes peuvent demander un élargissement de la capacité d'accueil afin de la porter à six places au maximum.

Pour ce faire, les accueillants autonomes introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite. Dans les trente jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre.

Dans les quarante jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de l'élargissement de la capacité d'accueil. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Un élargissement de la capacité d'accueil est possible à la condition que les capacités en matière de locaux le permettent. L'élargissement peut être accordé au plus tôt après un an d'activité.

Le département joint l'octroi de l'élargissement de la capacité d'accueil au dossier d'agrément de l'accueillant autonome.

§ 3 - Les accueillants autonomes peuvent accueillir simultanément quatre jeunes enfants au maximum et six enfants au total, leurs propres enfants, âgés de six ans et moins, étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément.

En cas d'élargissement de la capacité d'accueil en application du § 2, le nombre maximal de jeunes enfants et d'enfants pouvant être accueillis simultanément sera également respectivement augmenté en conséquence. »

Art. 105. À l'article 23 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, alinéa 3, est abrogé;

2° le § 2 est abrogé;

3° le § 3 est abrogé.

Art. 106. Dans l'article 25 du même arrêté, les mots « délivrées par le département et les remettent aux » sont abrogés et les mots « pour les » sont insérés entre les mots « attestations fiscales » et les mots « personnes chargées de l'éducation. »

Art. 107. À l'article 29.2 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 avril 2022, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Pour leur activité d'accueillants autonomes, les accueillants autonomes peuvent percevoir un subside. »;

2° dans le § 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 avril 2022, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le subside est plafonné, par place d'accueil et par an, à :

1° 915,70 euros pour les accueillants autonomes à titre principal;

2° 628,50 euros pour les accueillants autonomes à titre complémentaire. »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les mots « au nombre maximal de jeunes enfants qui peuvent être accueillis simultanément, mentionné » sont remplacés par les mots « à la capacité d'accueil mentionnée »;

4° dans le § 1^{er}, alinéa 4, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, dans la phrase introductive, les mots « au nombre maximal de jeunes enfants pouvant être accueillis simultanément mentionné » sont remplacés par les mots « à la capacité d'accueil mentionnée »;

5° dans le § 1^{er}, alinéa 4, 1°, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les mots « d'une extension du nombre maximal de jeunes enfants pouvant être accueillis simultanément » sont remplacés par les mots « d'un élargissement de la capacité d'accueil ».

Art. 108. L'article 29.3 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 29.3 - § 1^{er} - Les accueillants autonomes peuvent percevoir un subside plafonné à 22,95 euros par jeune enfant gardé pendant une journée complète, à 13,77 euros par jeune enfant gardé pendant une demi-journée ou à 9,18 euros par jeune enfant gardé pendant un tiers de journée lorsque les conditions suivantes sont remplies :

1° au moins une des personnes chargées de l'éducation ayant recours à l'accueil a droit à une intervention majorée de l'assurance soins de santé conformément à l'article 37, § 19, de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994;

2° la facture adressée aux personnes visées au 1° fait référence au subside octroyé par la Communauté germanophone pour la garde d'une journée complète, mentionné dans le présent alinéa.

§ 2 - Les accueillants autonomes peuvent percevoir un subside plafonné à 10,20 euros par jeune enfant gardé pendant une journée complète, à 6,12 euros par jeune enfant gardé pendant une demi-journée ou à 4,08 euros par jeune enfant gardé pendant un tiers de journée lorsque les conditions suivantes sont remplies :

1° le revenu du ménage des personnes qui ont recours à l'accueil est inférieur à 21 961,93 euros en application de l'article 83 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants;

2° la facture adressée aux personnes visées au 1° fait référence au subside octroyé par la Communauté germanophone pour la garde d'une journée complète, mentionné dans le présent alinéa.

Le revenu du ménage est déterminé par le centre. Si le revenu est inférieur au plafond fixé à l'alinéa 1^{er}, 1°, le centre communique cette information à l'accueillant autonome et au département.

§ 3 - Par dérogation aux § 1^{er} et 2, les accueillants autonomes ne peuvent pas percevoir ce subside pour l'accueil de leurs propres enfants.

Si les accueillants autonomes accueillent leurs propres enfants, ils informent le département par écrit, avant le début de l'accueil, d'un tel accueil.

§ 4 - Les subsides visés aux § 1^{er} et 2 ne peuvent être accordés que pour un seul enfant à la fois. Ils ne peuvent pas être accordés pour le même enfant. »

Art. 109. L'article 29.4 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, est abrogé.

Art. 110. À l'article 31 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 avril 2018 et 20 mai 2021, devient le § 1^{er}, alinéa 1^{er};

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Par dérogation au § 1^{er}, les accueillants autonomes ne peuvent pas percevoir ce subside supplémentaire pour l'accueil de leurs propres enfants.

Si les accueillants autonomes accueillent leurs propres enfants, ils informent le département par écrit, avant le début de l'accueil, d'un tel accueil. »

Art. 111. À l'article 32 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Afin d'obtenir les subsides mentionnés aux articles 29 à 31, les accueillants autonomes utilisent le portail en ligne. »;

2° dans l'alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les mots « pour les frais de fonctionnement admissibles » sont abrogés;

3° dans l'alinéa 3, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les mots « pour les frais de fonctionnement admissibles » sont abrogés;

4° l'alinéa 4, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, est abrogé.

Art. 112. Dans l'article 33, alinéa 2, du même arrêté, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° la capacité d'accueil souhaitée; ».

Art. 113. À l'article 34 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 3, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les mots « la capacité d'accueil et » sont insérés entre les mots « mentionne » et les mots « le nombre maximal d'enfants »;

2° dans le § 2, alinéa 4, les mots « la capacité d'accueil et » sont insérés entre les mots « mentionne » et les mots « le nombre maximal d'enfants ».

Art. 114. L'article 41 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 41 - § 1^{er} - Par dérogation aux articles 39 et 40, le ministre peut fermer d'urgence un lieu d'accueil à titre provisoire pour une durée indéterminée, sans mise en demeure ou audition préalable, pour l'une des raisons ci-après :

1° pour des raisons de santé publique;

2° lorsque des indices sérieux donnent à penser que le bien-être, la sécurité ou la santé des enfants sont menacés;

3° lorsque des indices sérieux donnent à penser qu'il existe un manquement grave aux dispositions applicables.

Le ministre statue sur avis de l'inspection et par décision particulièrement motivée.

La fermeture provisoire du lieu d'accueil entraîne la suspension de l'agrément de l'accueillant autonome pour la durée de la fermeture provisoire.

§ 2 - Le ministre communique immédiatement sa décision de fermeture provisoire à l'accueillant autonome concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision, l'accueillant autonome peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé. La demande d'audition n'est pas suspensive.

Après cette audition, le ministre confirme la décision de fermeture provisoire ou y met un terme. Le ministre communique immédiatement sa décision à l'accueillant autonome concerné par courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. En l'absence de demande d'audition au terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, la décision est considérée comme confirmée.

Le centre reçoit copie des décisions mentionnées dans le présent paragraphe et informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil fait l'objet d'une fermeture provisoire.

§ 3 - Parallèlement à la confirmation de la décision mentionnée au § 2, alinéa 2, et, le cas échéant, en l'absence de demande d'audition, au terme du délai mentionné au § 2, alinéa 1^{er}, le ministre communique à l'accueillant autonome concerné un délai en vue de remédier aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire.

Le ministre peut prolonger le délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, fixé en vue de remédier aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire.

Si l'accueillant autonome remédie aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire dans le délai fixé par le ministre, le ministre met immédiatement un terme à la fermeture provisoire. Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil est rouvert.

Le centre reçoit copie des décisions mentionnées dans le présent paragraphe. »

Art. 115. À l'article 42 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les mots « de suspension de l'agrément conformément à l'article 41, § 1^{er}, alinéa 4 » sont remplacés par les mots « de fermeture provisoire conformément à l'article 41, § 2, alinéa 2 »;

2° dans l'alinéa 2, la phrase est complétée par les mots « ou confirmant la décision de fermeture provisoire ou, le cas échéant, en l'absence de demande d'audition conformément à l'article 41, § 2, alinéa 1^{er}, au terme du délai y mentionné ».

Art. 116. L'article 43, alinéa 1^{er}, du même arrêté, est remplacé par ce qui suit :

« Si, au terme de la période de suspension mentionnée à l'article 40, l'accueillant autonome continue à ne pas remplir les obligations ou s'il n'a pas été remédié aux circonstances ayant conduit à la fermeture provisoire à l'expiration du délai mentionné à l'article 41, § 3, le ministre retire l'agrément sur avis de l'inspection. »

Art. 117. Concerne le texte allemand.

Art. 118. Dans l'article 48 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les mots « articles 18, § 1^{er}, 19 et 29.2, § 1^{er} » sont remplacés par les mots « articles 18, § 1^{er}, et 29.2, § 1^{er} ».

Art. 119. Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, il est inséré un article 49.1 rédigé comme suit :

« Art. 49.1 - La capacité d'accueil d'un lieu d'accueil de co-accueillants autonomes correspond au plus au total des capacités d'accueil des accueillants autonomes exerçant leur activité en ce lieu d'accueil, fixées en application de l'article 19.

Pour ce faire, les co-accueillants autonomes introduisent auprès du centre une demande écrite. Dans les soixante jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre.

Dans les quarante jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur la capacité d'accueil. »

Art. 120. L'article 50 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 50 - Nonobstant le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, fixé à l'article 19, § 3, en cas de maladie aiguë d'un accueillant autonome, jusqu'à trois enfants gardés peuvent être simultanément confiés à un autre accueillant autonome aux fins de leur garde, sans dépasser le nombre de neuf enfants présents simultanément par accueillant autonome. La maladie est attestée par un certificat médical.

La dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er} est limitée à une période de quatorze jours calendrier au maximum par cas de maladie.

La dérogation doit être communiquée sans délai par écrit au département, de préférence par courriel. »

Art. 121. À l'article 50.1 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 avril 2022, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Pour leur activité de co-accueillants autonomes, les accueillants autonomes peuvent percevoir un subside. »;

2^o dans le § 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 avril 2022, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le subside est plafonné, par place d'accueil et par an, à :

1^o 1 202,90 euros pour les co-accueillants autonomes à titre principal qui exercent exclusivement leur activité d'accueillants autonomes en un lieu d'accueil de co-accueillants autonomes;

2^o 915,70 euros pour les co-accueillants autonomes à titre principal qui n'exercent pas exclusivement leur activité d'accueillants autonomes en un lieu d'accueil de co-accueillants autonomes;

3^o 915,70 euros pour les co-accueillants autonomes à titre complémentaire qui exercent exclusivement leur activité d'accueillants autonomes en un lieu d'accueil de co-accueillants autonomes;

4^o 628,50 euros pour les co-accueillants autonomes à titre complémentaire qui n'exercent pas exclusivement leur activité d'accueillants autonomes en un lieu d'accueil de co-accueillants autonomes. »;

3^o dans le § 2, alinéa 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les mots « au nombre maximal de jeunes enfants qui peuvent être accueillis simultanément, mentionné à l'article 50, § 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « à la capacité d'accueil mentionnée à l'article 19, § 1^{er} »;

4^o dans le § 2, alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, dans la phrase introductive, les mots « au nombre maximal de jeunes enfants pouvant être accueillis simultanément mentionné » sont remplacés par les mots « à la capacité d'accueil mentionnée »;

5^o dans le § 2, alinéa 2, 1^o, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les mots « d'une extension du nombre maximal de jeunes enfants pouvant être accueillis simultanément » sont remplacés par les mots « d'un élargissement de la capacité d'accueil ».

Art. 122. À l'article 50.2 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les mots « Le subside ajusté mentionné à l'article 29.3 est liquidé » sont remplacés par les mots « Les subsides mentionnés à l'article 29.3 sont liquidés ».

Art. 123. Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, il est inséré un article 58.3 rédigé comme suit :

« Art. 58.3 - Par dérogation à l'article 19, pour les accueillants autonomes déjà agréés au 1^{er} janvier 2024, la capacité d'accueil est le nombre maximal de jeunes enfants qui peuvent être accueillis simultanément, fixé à cette date. »

Art. 124. Dans le 4^o de l'annexe au même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 20 mai 2021, les mots « à l'exception de la participation financière réduite des parents, telle que mentionnée à l'article 23, § 2 » sont abrogés.

CHAPITRE 3 — *Dispositions finales*

Art. 125. Le décret du 22 mai 2023 portant création d'un Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024, à l'exception de l'article 29 qui produit ses effets le 3 juillet 2023.

Art. 126. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024, à l'exception des articles 65 et 66, lesquels entrent en vigueur le 8 janvier 2024.

Art. 127. Le Ministre compétent en matière d'accueil d'enfants est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 14 décembre 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,
L. KLINKENBERG

Annexe à l'arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants et l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes
Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants

Revenus annuels globaux imposables	Participation des parents en euros							
	Journées complètes		Demi-journées		Longue durée		Tiers de journée	
de	Taux journalier	Réduction	Taux pour une demi-journée	Réduction	Taux pour une longue durée	Réduction	Taux pour un tiers de journée	Réduction
0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
22 525,059	4,590	3,213	2,754	1,928	7,345	5,141	1,836	1,285
28 156,322	6,121	4,284	3,672	2,571	9,793	6,855	2,448	1,714
33 787,586	7,651	5,356	4,590	3,213	12,241	8,569	3,060	2,142
39 418,851	9,181	6,427	5,509	3,856	14,689	10,283	3,672	2,571
45 050,116	10,711	7,498	6,427	4,499	17,138	11,996	4,284	2,999
50 681,381	12,241	8,569	7,345	5,141	19,586	13,710	4,896	3,428
56 312,646	13,771	9,640	8,263	5,784	22,034	15,424	5,509	3,856
61 943,910	15,301	10,711	9,181	6,427	24,482	17,138	6,121	4,284
67 575,175	16,832	11,782	10,099	7,069	26,931	18,851	6,733	4,713
73 206,440	18,362	12,853	11,017	7,712	29,379	20,565	7,345	5,141
78 837,705	19,892	13,924	11,935	8,355	31,827	22,279	7,957	5,570
84 468,969	21,422	14,995	12,853	8,997	34,275	23,993	8,569	5,998
90 100,234	22,952	16,067	13,771	9,640	36,723	25,706	9,181	6,427

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants et l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

Eupen, le 14 décembre 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,
L. KLINKENBERG

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/204469]

14 DECEMBER 2023. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 6, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 22 mei 2023, artikel 7, tweede tot vijfde lid, gewijzigd bij de decreten van 2 maart 2015, 10 december 2020, 15 december 2021 en 14 december 2023, artikel 8, § 1, tweede lid, en § 3, artikel 9, derde lid, artikel 10, § 2, 2° en 3°, artikel 10.1, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 22 mei 2023 en gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, artikel 12, tweede lid, derde lid, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019 en gewijzigd bij het decreet van 22 mei 2023, en vierde lid, ingevoegd bij het decreet van 14 december 2023, artikel 16, derde lid, artikel 16.2, § 2, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015 en gewijzigd bij het decreet van 22 mei 2023, alsook artikel 16.4, § 2, vierde lid, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015;

Gelet op het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 18 en artikel 47;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op advies 65/2023 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 24 maart 2023;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 29 september 2023;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor begroting, d.d. 29 september 2023;

Gelet op de adviesaanvraag aan de Raad van State binnen een termijn van dertig dagen, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat de adviesaanvraag is ingeschreven op 26 oktober 2023 op de rol van de afdeling Wetgeving van de Raad van State onder het nummer 74.761/3;

Gelet op de beslissing van de afdeling Wetgeving van 6 november 2023 om binnen de gevraagde termijn geen advies te verlenen, met toepassing van artikel 84, § 5, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit :

*HOOFDSTUK 1 — Wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014
betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang*

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

“3° kinderopvang: overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 2°, van het decreet, de regelmatige opvang van kinderen in vastgelegde ruimten, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding, met uitzondering van de activiteiten die vorming, onderwijs, jeugd, jeugdbijstand, cultuur, toerisme of sport als hoofddoel hebben;”

2° in de bepaling onder 6° worden de woorden “door aangesloten onthaalouders aanbiedt” vervangen door de woorden “aanbiedt die wordt verricht door aangesloten onthaalouders en/of als huisarbeider werkende kinderbegeleiders”;

3° er wordt een bepaling onder 7.1° ingevoegd, luidende:

“7.1° als huisarbeider werkende kinderbegeleider: persoon die werkzaam is in de kinderopvang en die in opdracht van een dienst voor onthaalouders - in het kader van een arbeidsovereenkomst of als statutair personeelslid - bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;”

4° de bepaling onder 10°, opgeheven bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt hersteld als volgt:

“10° co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters: dienstverrichter die baby's en peuters in collectieve vorm opvangt en een opvangcapaciteit van hoogstens twaalf plaatsen heeft;”

5° de bepaling onder 13° wordt vervangen als volgt:

“13° centrum voor kinderopvang: het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap opgericht bij het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap;”

6° de bepaling onder 20°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

“20° webportaal: een digitaal platform voor kinderopvang dat door de Regering ter beschikking wordt gesteld van de dienstverrichters en de personen belast met de opvoeding. Het dient om de personen belast met de opvoeding te informeren, om plaatsen in de kinderopvang aan te vragen, te beheren en toe te wijzen, alsook om de erkennings- en subsidiëeringsvoorwaarden te controleren.”

Art. 2. In artikel 7, § 2, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° de paragraaf wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

“6° één vertegenwoordiger van het centrum voor kinderopvang.”

Art. 3. In artikel 9 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, worden de woorden “de erkenning van zelfstandige onthaalouders resp. de toelating van aangesloten onthaalouders” vervangen door de woorden “de erkenning van zelfstandige onthaalouders of co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters, dan wel de toelating van aangesloten onthaalouders of van kinderopvang door als huisarbeider werkende kinderbegeleiders”;

2° paragraaf 3 wordt opgeheven.

Art. 4. Artikel 10 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

“Art. 10 - De bedragen vastgelegd in artikel 72, § 2, derde lid, artikel 74, eerste lid, artikel 76, § 1, § 2, eerste lid, § 3 en § 4, artikel 93, § 1, eerste lid, artikel 94, artikel 94.1, artikel 116, § 1, artikel 117, eerste lid, artikel 135, § 1, eerste en tweede lid, alsook artikel 193, zijn gekoppeld aan de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap op basis van de spilindex 138,01.

De in de bijlage vastgelegde inkomensgrenzen zijn gekoppeld aan de spilindex 138,01 en worden op basis van de indexering van de wedden in de openbare sector van de Duitstalige Gemeenschap aan de index van de maand december van het betrokken inkomensjaar aangepast.

De tarieven voor de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding die zijn vastgelegd in artikel 119.2, eerste lid, in artikel 119.3, eerste lid, en in de bijlage, zijn gekoppeld aan de spilindex 138,01 en worden jaarlijks in juli op basis van de indexering van de wedden in de openbare sector van de Duitstalige Gemeenschap aangepast aan de index van de maand december van het vorige jaar.”

Art. 5. Artikel 12 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

“Art. 12 - De diensten voor kinderopvang zorgen ervoor dat de in artikel 7, eerste lid, van het decreet vermelde personen die van hen een opdracht hebben gekregen, de daarin vermelde stukken hebben ingediend voordat ze van start gaan met hun activiteit.”

Art. 6. Artikel 13, 2°, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

“2° bewijzen dat ze een EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen hebben voltooid of zich contractueel ertoe verplichten zo'n cursus te voltooien binnen een jaar nadat ze met de activiteit van start gaan. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist. De diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 88, § 5, gelden tot twee jaar na het behalen ervan als voltooide EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen.”

Art. 7. In artikel 15, tweede lid, 11°, van hetzelfde besluit worden de woorden “lichamelijke of geestelijke beperking” vervangen door de woorden “beperking of psychische stoornis”.

Art. 8. Artikel 18 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 18 - Met behoud van de toepassing van de artikelen 154 en 174 is dit hoofdstuk alleen van toepassing op de crèches, de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters en de locaties voor buitenschoolse opvang, met uitzondering van de locaties voor buitenschoolse opvang die de kinderopvang in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde gewone of gespecialiseerde basisschool aanbieden."

Art. 9. Artikel 20 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 20 - De ruimten waar de kinderopvang plaatsvindt en alle ruimten die voor de kinderen toegankelijk zijn, voldoen aan de volgende criteria:

1° voor zover niet nader gedefinieerd, stemt de grootte van de ruimten overeen met het aantal opgevangen kinderen, zodat deze zich vrij kunnen bewegen;

2° er is een slaap- en rustruimte;

3° in de opvangvoorzieningen waar maaltijden voor kinderen worden voorbereid, is er een keukenblok met een spoelbak, een fornuis en een koelkast;

4° de ruimten zijn ingericht met het voor de opvang noodzakelijke meubilair en met voldoende speelgoed;

5° de ruimten zijn in goede toestand en er wordt voor gezorgd dat dit zo blijft;

6° de begeleiders zijn telefonisch bereikbaar in de ruimten."

Art. 10. Artikel 21, tweede lid, 1°, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 11. In artikel 24, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt de eerste zin opgeheven.

Art. 12. In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 28.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 28.1 - De diensten voor kinderopvang wijzen de personen belast met de opvoeding erop dat zieke kinderen alleen kunnen worden opgevangen, als er geen besmettingsgevaar voor de andere opgevangen kinderen bestaat."

In twijfelgevallen kunnen de diensten voor kinderopvang een medisch attest verlangen dat bevestigt dat het kind in kwestie geen besmettingsgevaar voor de andere opgevangen kinderen inhoudt."

Art. 13. In artikel 30 van hetzelfde besluit worden de woorden "ontvangen van het departement de fiscale attesten voor de personen belast met de opvoeding, vullen die attesten in en zenden ze door aan de personen belast met de opvoeding" vervangen door de woorden "vullen de fiscale attesten voor de personen belast met de opvoeding in".

Art. 14. In titel 2, ondertitel 1, hoofdstuk 4, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt een afdeling 4.1 ingevoegd, die de artikelen 31.1 en 31.2 bevat, luidende:

"Afdeling 4.1 - Prioriteringscriteria bij het toewijzen van de kinderopvangplaatsen"

Art. 31.1 - De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de diensten die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, alsook op die van het centrum voor kinderopvang.

Art. 31.2 - § 1 - Bij het toewijzen van kinderopvangplaatsen nemen de diensten voor kinderopvang de opvangaanvragen in de volgende volgorde in aanmerking:

1° aanvragen van de centrale autoriteit van de Gemeenschap voor adoptie (ZBGA) of van het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor de jeugdbijstand en de jeugdbescherming in het kader van de consensuele of gerechtelijke jeugdbijstand, de pleegzorg of de jeugdbescherming;

2° aanvragen voor kinderen die in het Duitse taalgebied ingeschreven zijn als leerling in het gewoon of gespecialiseerd basisonderwijs;

3° aanvragen van aanvragers die hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied;

4° aanvragen van aanvragers die in het Duitse taalgebied een activiteit als werknemer, statutair personeelslid of zelfstandige uitoefenen of wiens partner die dezelfde woonplaats als de aanvrager heeft, een van die activiteiten in het Duitse taalgebied uitoefent;

5° aanvragen voor broers of zussen van kinderen die al door dezelfde dienst voor kinderopvang worden opgevangen;

6° aanvragen van aanvragers die hun woonplaats hebben in de gemeente die voor de betrokken dienst voor kinderopvang het mogelijke tekort geheel of gedeeltelijk draagt;

7° aanvragen in chronologische volgorde.

Als woonplaats geldt de plaats waar een persoon zijn hoofdverblijfplaats heeft overeenkomstig de bevolkingsregisters bepaald in artikel 1, § 1, eerste lid, 1°, van de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten of zijn referentieadres heeft overeenkomstig artikel 1, § 2, van dezelfde wet.

Voor de in het eerste lid, 4°, vermelde activiteit als werknemer of als statutair personeelslid geldt de vestigingseenheid of, als dat gegeven niet beschikbaar is, de exploitatiezetel als plaats van de activiteit.

Voor de in het eerste lid, 4° vermelde activiteit als zelfstandige geldt de gemeente waar de activiteit hoofdzakelijk wordt uitgeoefend, als plaats van de activiteit.

§ 2 - Bij de prioritering van de toewijzing is telkens de situatie op de datum van de aanvraag doorslaggevend.

In afwijking van het eerste lid is voor de toepassing van § 1, eerste lid, 5°, de situatie op de aangevraagde begindatum van de opvang doorslaggevend."

Art. 15. Artikel 32 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 32 - Als de diensten voor kinderopvang overeenkomstig artikel 7, tweede en derde lid, van het decreet of overeenkomstig andere bepalingen van dit besluit ertoe verplicht zijn de veiligheid van de ruimten van de kinderopvangvoorzieningen te bewijzen met een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant, dienen die diensten voor kinderopvang, in de volgende situaties, opnieuw zo'n gunstig advies over de brandveiligheid van de ruimten waar de kinderopvang plaatsvindt in bij het departement, waarbij dat advies niet ouder mag zijn dan zes maanden:

- 1° minstens om de zes jaar na inwerkingtreding van de erkenning;
- 2° bij elke belangrijke wijziging van de structuur van het gebouw van de opvangvoorziening;
- 3° telkens als het departement erom verzoekt."

Art. 16. In artikel 37 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in § 1, tweede lid, 7°, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten";
- 2° in § 1, tweede lid, wordt de bepaling onder 16° opgeheven;
- 3° paragraaf 2, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - Indien het gaat om de voorlopige erkenning van een dienst voor kinderopvang die overeenkomstig artikel 7, tweede en derde lid, van het decreet of overeenkomstig andere bepalingen van dit besluit ertoe verplicht is de veiligheid van de ruimten van zijn kinderopvangvoorzieningen te bewijzen met een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant, moet dat advies over de brandveiligheid van de ruimten waar de kinderopvang plaatsvindt, dat niet ouder mag zijn dan zes maanden, ook worden ingediend.

Indien het gaat om de voorlopige erkenning van een dienst voor onthaalouders, worden bovendien de volgende stukken en gegevens bijgevoegd:

- 1° de in artikel 58 vermelde procedure om te bepalen hoe kandidaten die een toelating als aangesloten onthaalouder aanvragen, geschikt worden bevonden;
- 2° het aangevraagde aantal aangesloten onthaalouders en als huisarbeider werkende kinderbegeleiders dat in opdracht van de dienst voor onthaalouders kan werken;
- 3° de beschrijving van de samenwerking met de aangesloten onthaalouders.

Indien het gaat om de voorlopige erkenning van een crèche, wordt bovendien een advies van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven bijgevoegd over de vraag of de ruimten van de crèche voldoen aan de geldende voorschriften inzake toegankelijkheid van de ruimten van de crèche."

4° paragraaf 2.1, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt opgeheven;

5° paragraaf 3, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt opgeheven.

Art. 17. In artikel 38 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in het eerste lid worden de woorden "de ruimten waar de opvang zal plaatsvinden" vervangen door de woorden "de naleving van de algemene en bijzondere erkenningsvoorwaarden";
- 2° het tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt opgeheven.

Art. 18. In artikel 42, § 1, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in het eerste lid worden de woorden "en 16°," vervangen door de woorden ", en § 2, eerste lid,";
- 2° in het tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten".

Art. 19. In artikel 43, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten".

Art. 20. In artikel 47, § 1, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in het eerste lid worden de woorden "en 16°," vervangen door de woorden ", en § 2, eerste lid,";
- 2° in het tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten".

Art. 21. In artikel 48, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten".

Art. 22. Artikel 51 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 51 - § 1 - In afwijking van de artikelen 49 en 50 kan de Minister een dienst voor kinderopvang of een van de kinderopvangvoorzieningen ervan wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig voor onbepaalde duur sluiten om een van de volgende redenen:

- 1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;
- 2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;
- 3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen zwaar geschonden worden.

De Minister beslist op grond van een advies van de inspectie en bij een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De voorlopige sluiting van de dienst of van een van zijn kinderopvangvoorzieningen heeft de schorsing van de erkenning van de dienst tot gevolg en dit voor de duur van de voorlopige sluiting.

§ 2 - De Minister deelt zijn beslissing tot voorlopige sluiting zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken dienst voor kinderopvang. De dienst kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de beslissing tot voorlopige sluiting door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken dienst. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het eerste lid, geldt de beslissing als bevestigd.

De personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen worden door het departement persoonlijk ingelicht over de voorlopige sluiting van de dienst of van een van de kinderopvangvoorzieningen ervan.

§ 3 - Tegelijkertijd met de in § 2, tweede lid, vermelde bevestiging van de beslissing, dan wel, indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend, na het verstrijken van de in § 2, eerste lid, vermelde termijn, deelt de Minister aan de dienst mee binnen welke termijn de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, moeten worden verholpen.

De in het eerste lid vermelde termijn om de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, te verhelpen, kan door de Minister worden verlengd.

Als de dienst de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, binnen de door de Minister vastgelegde termijn verhelpt, heft de Minister de voorlopige sluiting onmiddellijk op. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de dienst."

Art. 23. In artikel 52 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "schorsing van de erkenning wordt bevestigd overeenkomstig artikel 51, § 1, vierde lid" vervangen door de woorden "voorlopige sluiting wordt bevestigd overeenkomstig artikel 51, § 2, tweede lid";

2° het tweede lid wordt aangevuld met de woorden "of de voorlopige sluiting wordt bevestigd, dan wel, indien er geen verzoek is ingediend om te worden gehoord, overeenkomstig artikel 51, § 2, eerste lid, na het verstrijken van de daarin vermelde termijn".

Art. 24. Artikel 53, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Indien de dienst voor kinderopvang na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 50 de verplichtingen nog altijd niet nakomt of indien de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid na het verstrijken van de termijn vermeld in artikel 51, § 3, niet verholpen zijn, kan de Minister na een advies van de inspectie de in voorkomend geval voorlopige of definitieve erkenning intrekken."

Art. 25. Artikel 59 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 59 - Het centrum voor kinderopvang wordt van rechtswege als erkende dienst voor onthaalouders beschouwd."

Art. 26. Artikel 60 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 60 - § 1 - De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat de bepalingen van titel 3 en 4 worden nageleefd.

De dienst voor onthaalouders vertrouwt de opvang van kinderen uitsluitend toe aan aangesloten onthaalouders die overeenkomstig titel 3 toegelaten werden of aan als huisarbeider werkende kinderbegeleiders.

Als de dienst voor onthaalouders een opdracht aan aangesloten onthaalouders toevertrouwt, sluit hij met hen daartoe een schriftelijke overeenkomst.

§ 2 - Onder de volgende voorwaarden kan de dienst voor onthaalouders buitenschoolse opvang organiseren:

1° de opvang van baby's en peuters heeft voorrang;

2° het maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen, wordt voor elke aangesloten onthaalouder in acht genomen;

3° de aangesloten onthaalouder kan vrij beslissen of hij al dan niet buitenschoolse opvang aanbiedt."

Art. 27. In artikel 61, 5°, van hetzelfde besluit worden de woorden "en het opvangkapitaal vermeld in artikel 133" opgeheven.

Art. 28. In artikel 62 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - De dienst voor onthaalouders beschikt minstens over het sociaal-pedagogisch geschoold personeel bepaald in de volgende tabel:

Aantal als huisarbeider werkende kinderbegeleiders en toegelaten aangesloten onthaalouders	Aantal sociaal-pedagogisch geschoold personeel, uitgedrukt in voltijdsequivalenten
1-18	1 1/2
19-24	2
25-30	2
31-36	2 1/2
37-42	3
43-53	3
54-59	3
60-65	3 1/2
66-71	3 2/3
72-77	4
78-83	4 1/2
84-89	4 2/3

Aantal als huisarbeider werkende kinderbegeleiders en toegelaten aangesloten onthaalouders	Aantal sociaal-pedagogisch geschoold personeel, uitgedrukt in voltijdsequivalenten
90-95	5
96-101	5 1/2
102-107	5 2/3
108-113	6

Voor de berekening van de personeelssleutel wordt het maximumaantal als huisarbeider werkende kinderbegeleiders en toegelaten aangesloten onthaalouders van het kalenderjaar in kwestie in aanmerking genomen."

2° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 29. Artikel 63, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 30. In artikel 65, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "aangesloten onthaalouders" vervangen door de woorden "aangesloten onthaalouders of als huisarbeider werkende kinderbegeleiders".

Art. 31. In artikel 66 van hetzelfde besluit worden de woorden "van een aangesloten onthaalouder" vervangen door de woorden "van een aangesloten onthaalouder of als huisarbeider werkende kinderbegeleider".

Art. 32. Artikel 68, § 1, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 33. In artikel 72, § 3, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "cumulatieve" opgeheven.

Art. 34. In artikel 73 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden ", met inbegrip van de retributie vermeld in artikel 85, § 2" opgeheven;

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 35. Artikel 75 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 36. In artikel 76 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - Voor de kosten van de organisatie van de voortgezette opleiding van de aangesloten onthaalouders vermeld in artikel 125 en de voortgezette opleiding van het sociaal-pedagogisch geschoold personeel vermeld in artikel 14, alsook voor de kosten van de aanschaffing van pedagogisch materiaal, ontvangt de dienst voor onthaalouders een subsidie van hoogstens 5.486,95 euro. De subsidie wordt pas uitbetaald nadat het departement de ingediende bewijzen onderzocht heeft."

2° in paragraaf 2, vervangen bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

3° paragraaf 4, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"§ 4 - Voor de kosten die ontstaan om een mobiele internetverbinding ter beschikking te stellen van de aangesloten onthaalouders in het kader van hun samenwerking met de dienst voor onthaalouders, ontvangt de dienst voor onthaalouders een subsidie van hoogstens 5.169,44 euro. De subsidie wordt pas uitbetaald nadat het departement de ingediende bewijzen onderzocht heeft."

Art. 37. Artikel 79 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", alsook op die van het centrum voor kinderopvang".

Art. 38. Artikel 80 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 3 september 2015, wordt vervangen als volgt:

"Art. 80 - Voor de toepassing van deze afdeling geldt:

1° bij de opvang van baby's en peuters:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan tien uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van minder dan vijf uur per dag;

c) langdurige opvang: kinderopvang van tien uur of meer per dag;

2° bij de opvang van kinderen in het kader van buitenschoolse opvang:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan tien uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van drie uur of meer, maar van minder dan vijf uur per dag;

c) opvang voor een derde van een dag: kinderopvang van minder dan drie uur per dag;

d) langdurige opvang: kinderopvang van tien uur of meer per dag."

Art. 39. In artikel 81 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt opgeheven;

2° in paragraaf 2 worden de woorden "50 % van het ingehouden reservatiegeld" vervangen door de woorden "150 euro".

Art. 40. Artikel 82 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 82 - § 1 - De kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding wordt betaald in de vorm van een dagforfait dat is vastgesteld overeenkomstig de tabel vermeld in de bijlage.

De kostenbijdrage dekt niet de kosten voor diëtvoeding, biologische voeding, geneesmiddelen, luiers, poedermelk en specifieke, door de personen belast met de opvoeding gewenste producten.

§ 2 - Het toepasselijke percentage van het in paragraaf 1 vermelde dagforfait wordt berekend als volgt:

1° voor opvang voor een hele dag: 100 %;

2° voor opvang voor een halve dag: 60 %;

3° voor opvang voor een derde van een dag in het kader van buitenschoolse opvang: 40 %;

4 voor langdurige opvang: 160 %.

In afwijking van het eerste lid zijn de volgende bijdragepercentages voor kinderopvang van toepassing:

1° voor gezinnen met minstens twee kinderen onder drie jaar die fiscaal ten laste zijn, bedraagt de bijdrage 70 % per kind;

2° voor gezinnen met minstens drie kinderen fiscaal ten laste, bedraagt de bijdrage 70 % per kind;

3° voor kinderen die, bovenop de kinderbijslag, een bijslag voor kinderen met een beperking ontvangen, bedraagt de bijdrage 70 %.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder 'gezin' verstaan: de meerderjarige gezinsleden van wie het inkomen overeenkomstig artikel 83, § 1, eerste en tweede lid, meetelt voor de berekening van de kostenbijdrage."

Art. 41. Artikel 83 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 83 - § 1 - De kostenbijdrage wordt berekend op basis van het gecumuleerd inkomen van de meerderjarige gezinsleden van de aanvrager.

Als meer dan twee meerderjarige gezinsleden een inkomen hebben, worden de twee hoogste inkomens in aanmerking genomen.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder 'inkomen' verstaan: het totaal belastbaar inkomen op het aanslagbiljet van de inkomstenbelasting. De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat de gezinsleden het aanslagbiljet indienen.

Als een meerderjarig gezinslid geen aanslagbiljet van de inkomstenbelasting kan voorleggen of als het inkomen van het betrokken jaar niet op het aanslagbiljet staat, zorgt de dienst voor onthaalouders ervoor dat het gezinslid andere bewijzen van zijn belastbaar inkomen voorlegt. De Minister kan preciseren hoe die bewijzen gelijkgesteld kunnen worden met het totaal belastbaar inkomen op het aanslagbiljet van de inkomstenbelasting.

Als die bewijzen niet worden voorgelegd, wordt de hoogste kostenbijdrage aangerekend.

§ 2 - Het gezinsinkomen wordt bepaald bij het begin van de opvang. Als de opvang begint tussen januari en juni wordt het inkomensjaar J-3 in aanmerking genomen. Als de opvang begint tussen juli en december wordt het inkomensjaar J-2 in aanmerking genomen.

Voor een gezin waarvan reeds een kind bij dezelfde dienstverrichter wordt opgevangen en waarvan het inkomen reeds werd berekend, geldt dat inkomen in afwijking van het eerste lid ook bij het begin van de opvang van het volgende kind verder als basis voor de berekening van de kostenbijdrage.

§ 3 - Elk jaar op 1 juli wordt het gezinsinkomen opnieuw bepaald en de kostenbijdrage dienovereenkomstig aangepast. Daartoe wordt het inkomensjaar J-2 in aanmerking genomen.

§ 4 - De aanvrager meldt aan de dienst voor onthaalouders elke wijziging van de gezinssamenstelling of elke wijziging van de in artikel 82, § 2, tweede lid, vastgelegde gereduceerde bijdragepercentages. De dienst voor onthaalouders bepaalt vervolgens welke tarieven voortaan van toepassing zijn.

Als daardoor hogere tarieven van toepassing zijn, gelden die vanaf de maand die volgt op de wijziging.

Als daardoor lagere tarieven van toepassing zijn, gelden die vanaf de maand die volgt op de melding van de wijziging."

Art. 42. Artikel 84 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 43. Artikel 85 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 85 - In het kader van het in het opvangcontract vastgelegd opvangplan vordert de dienst voor onthaalouders het verschuldigde dagforfait in, ongeacht de werkelijke aanwezigheid van het kind.

In afwijking van het eerste lid vordert de dienst voor onthaalouders het verschuldigde dagforfait in op basis van de werkelijke aanwezigheid als die het in het opvangcontract vastgelegd opvangplan overschrijdt.

Het dagforfait is niet verschuldigd voor de volgende dagen:

1° de dagen waarop de dienst voor onthaalouders geen opvang aanbiedt;

2° de dagen waarop het kind afwezig is wegens ziekte, vanaf de tweede opeenvolgende afwezigheidsdag waarop het kind volgens het opvangplan naar de opvang zou komen, gestaafd door een medisch attest."

Art. 44. In artikel 87 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt:

"1° de minimale oppervlakte bedraagt per opvangplaats 6 m² speel- en eetruimte en 2 m² slaap- en rustruimte;

2° in de bepaling onder 11° worden de woorden "artikel 20, 5°" vervangen door de woorden "artikel 20, 3°";

3° in de bepaling onder 15° worden de woorden "minstens één keer per jaar" vervangen door de woorden "bij verontreiniging";

4° in de bepaling onder 16°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

5° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 17°, luidende:

"17° er zijn verscheidene speelzones;"

6° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 18°, luidende:

"18° de veiligheid van de ruimten wordt in het bijzonder bewezen door een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant."

Art. 45. In artikel 88 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

2° in paragraaf 2, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

3° in paragraaf 3, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

4° paragraaf 4 wordt opgeheven;

5° paragraaf 5 wordt vervangen als volgt:

"§ 5 - De kinderbegeleiders beschikken minstens over een van de diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 18.1 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd."

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 46. In artikel 92 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

2° in § 2.1, eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven.

Art. 47. In artikel 93 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 48. In artikel 94 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, worden de woorden "hoogstens 1.148,77 euro" vervangen door de woorden "41,03 euro per opvangplaats".

Art. 49. Artikel 96 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", alsook op die van het centrum voor kinderopvang".

Art. 50. Artikel 97 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 97 - Voor de toepassing van deze afdeling geldt:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan tien uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van minder dan vijf uur per dag;

c) langdurige opvang: kinderopvang van tien uur of meer per dag."

Art. 51. Artikel 98 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 98 - De artikelen 82 tot 85 gelden mutatis mutandis ook voor de crèches, met uitzondering van artikel 82, § 2, eerste lid, 3°."

Art. 52. In titel 2, ondertitel 3, van hetzelfde besluit wordt hoofdstuk 3, opgeheven bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, hersteld als volgt:

"Hoofdstuk 3 - Co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters

Afdeling 1 - Bijzondere erkenningsvoorwaarden

Art. 99 - Het co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters heeft een opvangcapaciteit van minstens zeven en hoogstens twaalf plaatsen.

Artikel 86, § 2, geldt mutatis mutandis ook voor het co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters.

Art. 100 - Met behoud van de toepassing van de artikelen 19 tot 22 gelden voor de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters de volgende aanvullende voorwaarden voor de inrichting van de ruimten:

1° de trappen zijn bij voorkeur uitgerust met gesloten treden en de toegang tot de trappen is beveiligd met traphekjes. Indien een trap niet uitgerust is met gesloten treden, mogen baby's en peuters ze alleen in begeleiding van een volwassene gebruiken;

2° de bedden en wiegen beantwoorden aan de richtlijnen van de Minister;

3° eventuele zandbakken zijn zo afgedekt dat verontreiniging voorkomen wordt. Het zand wordt bij verontreiniging vervangen.

Afdeling 2 - Bijzondere verplichtingen

Art. 101 - Het co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters zorgt ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende tabel:

Aantal opvangplaatsen	Aantal kinderbegeleiders uitgedrukt in voltijds-equivalenten
7	1,40
8	1,60
9	1,80
10	2,00

Aantal opvangplaatsen	Aantal kinderbegeleiders uitgedrukt in voltijds-equivalenten
11	2,20
12	2,40

Artikel 88, § 5, geldt mutatis mutandis ook voor de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters.

Art. 102 - Artikel 64 en de artikelen 67 tot 69 gelden mutatis mutandis ook voor de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters.

Afdeling 3 - Kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding

Art. 103 - De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, alsook op die van het centrum voor kinderopvang.

Art. 104 - De artikelen 82 tot 85 gelden mutatis mutandis ook voor de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters, met uitzondering van artikel 82, § 2, eerste lid, 3°.

Art. 53. In titel 2, ondertitel 3, hoofdstuk 4, afdeling 1, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt een artikel 107.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 107.1 - De bepalingen van deze afdeling zijn uitsluitend van toepassing op de locaties voor buitenschoolse opvang die de kinderopvang niet aanbieden in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs."

Art. 54. Artikel 110 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 110 - § 1 - De locatie voor buitenschoolse opvang zorgt ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende tabel:

Gemiddelde aanwezigheid	Aantal kinderbegeleiders
1-16	1
17-32	2
33-48	3
49-64	4
65-80	5
81-96	6

De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen per openingsdag te delen door het aantal openingdagen per kalenderjaar.

§ 2 - Artikel 88, § 5, geldt mutatis mutandis ook voor de locaties voor buitenschoolse opvang.

§ 3 - In gemotiveerde uitzonderingsgevallen kan de Minister aan de locatie voor buitenschoolse opvang een termijn toekennen waarbinnen die locatie aan de normen vermeld in paragraaf 1 moet voldoen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd."

Art. 55. In artikel 114 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - Om subsidie te kunnen krijgen, zijn er gemiddeld genomen over het kalenderjaar minstens zes kinderen aanwezig in de locatie voor buitenschoolse opvang. De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen per opvang eenheid te delen door het aantal openingdagen per kalenderjaar. Elke openingdag kan ofwel één, ofwel twee opvang eenheden omvatten. Bij twee opvang eenheden is er één voorschoolse en één naschoolse opvang eenheid."

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "§ 1, 2°," vervangen door de woorden "paragraaf 1";

3° in § 2, derde lid, worden de woorden "§ 1, 2°," vervangen door de woorden "paragraaf 1".

Art. 56. Artikel 115 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 115 - § 1 - Om subsidie te kunnen krijgen, zorgt de locatie voor buitenschoolse opvang ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt ze minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende tabel:

Gemiddelde aanwezigheid	Aantal kinderbegeleiders
1-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4
51-64	5

De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen per openingsdag te delen door het aantal openingdagen per kalenderjaar.

§ 2 - Indien aan de locatie voor buitenschoolse opvang een termijn wordt toegekend waarbinnen ze aan de normen vervat in artikel 110 moet voldoen, blijft de subsidiëring overeenkomstig deze afdeling onaangetast."

Art. 57. Artikel 116 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 116 - § 1 - Voor de organisatie van een locatie voor buitenschoolse opvang krijgt de dienst voor kinderopvang per opgevangen kind 1,67 euro subsidie voor elk aangevangen opvanguur.

§ 2 - De dienst voor kinderopvang dient de per locatie voor buitenschoolse opvang opgestelde kwartaaloverzichten van de aanwezigheden en het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen in bij het departement en dit uiterlijk zes weken na afloop van elk kwartaal.

Als het kwartaaloverzicht van de aanwezigheden te laat wordt ingediend, kan subsidie worden ingehouden: 5 % van de subsidie als het kwartaaloverzicht één maand te laat worden ingediend en 10 % van de subsidie als het twee of meer maanden te laat wordt ingediend.

§ 3 - De dienst voor kinderopvang dient de jaarlijkse bewijzen voor de subsidiëring bij het departement in en dit uiterlijk zes weken na afloop van het laatste kwartaal van het voorafgaande jaar.

Als de jaarlijkse bewijzen te laat worden ingediend, kan subsidie worden ingehouden: 5 % van de subsidie als ze één maand te laat worden ingediend en 10 % van de subsidie als ze twee of meer maanden te laat worden ingediend."

Art. 58. Artikel 116.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 3 september 2015 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt opgeheven.

Art. 59. Artikel 117 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 117 - De locatie voor buitenschoolse opvang kan een aanvullende subsidie van 0,65 euro per aangevangen opvanguur krijgen voor de opvang van kinderen met een beperking of met een bijzondere zorgbehoefte, voor zover die kinderen meer begeleiding en aandacht nodig hebben.

Daartoe dient de locatie voor buitenschoolse opvang een individuele schriftelijke aanvraag in bij het departement, samen met een door een gespecialiseerde instelling of een arts-specialist uitgebracht advies of eventueel een sociaal verslag. Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de afwijking wordt toegestaan. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd."

Art. 60. Artikel 118 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 61. In artikel 119 van hetzelfde besluit worden de woorden "De artikelen 78 en 93 gelden" vervangen door de woorden "Artikel 78 geldt".

Art. 62. In titel 2, ondertitel 3, hoofdstuk 4, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt een afdeling 4 ingevoegd, die de artikelen 119.1 tot 119.3 bevat, luidende:

"Afdeling 4 - Kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding"

Art. 63. In titel 2, ondertitel 3, hoofdstuk 4, afdeling 4, van hetzelfde besluit wordt een artikel 119.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 119.1 - De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de locaties voor buitenschoolse opvang die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, alsook op die van het centrum voor kinderopvang."

Art. 64. In dezelfde afdeling wordt een artikel 119.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 119.2 - De kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding wordt betaald in de vorm van een forfait van 0,51 euro per aangevangen opvanguur.

De kostenbijdrage dekt niet de kosten voor dieetvoeding, biologische voeding, geneesmiddelen, luiers, poedermelk en specifieke, door de personen belast met de opvoeding gewenste producten.

In afwijking van het eerste lid is het eerste opvanguur van de dag kosteloos."

Art. 65. In dezelfde afdeling wordt een artikel 119.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 119.3 - In afwijking van artikel 119.2 betalen de personen belast met de opvoeding een kostenbijdrage in de vorm van een dagforfait van 7,65 euro voor de kinderopvang in het kader van een buitenschoolse opvang op vakantiedagen en pedagogische conferentiedagen. Voor de opvang op vakantiedagen wordt een opvangplaats altijd voor een week toegewezen.

De locatie voor buitenschoolse opvang zorgt ervoor dat de personen belast met de opvoeding de opvangplaats die ze hen aanbiedt, binnen een maand bevestigen door betaling van de in het eerste lid vermelde dagforfaits.

De locatie voor buitenschoolse opvang rekent het dagforfait aan, ongeacht of het kind werkelijk aanwezig is.

Het dagforfait is niet verschuldigd of wordt terugbetaald voor de volgende dagen:

1° de dagen waarop de locatie voor buitenschoolse opvang geen opvang aanbiedt;

2° de dagen waarop het kind afwezig is wegens ziekte, vanaf de tweede opeenvolgende afwezigheidsdag waarop het kind volgens het opvangplan naar de opvang zou komen, gestaafd door een medisch attest.

De locatie voor buitenschoolse opvang licht de personen belast met de opvoeding in over de nadere regels omtrent de betaling en terugbetaling."

Art. 66. In titel 2, ondertitel 3, hoofdstuk 4, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt een afdeling 5 ingevoegd, die de artikelen 119.4 tot 119.5 bevat, luidende:

"Afdeling 5 - Prioriteringscriteria bij het toewijzen van de opvangplaatsen"

Art. 119.4 - De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de locaties voor buitenschoolse opvang die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, alsook op die van het centrum voor kinderopvang.

Art. 119.5 - In afwijking van artikel 31.2 nemen de locaties voor buitenschoolse opvang de opvangaanvragen in aanmerking in de volgende volgorde bij het toewijzen van kinderopvangplaatsen in het kader van een buitenschoolse opvang op vakantiedagen en pedagogische conferentiedagen:

1° aanvragen van de centrale autoriteit van de Gemeenschap voor adoptie (ZBGA) of van het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor de jeugdbijstand en de jeugdbescherming in het kader van de consensuele of gerechtelijke jeugdbijstand, de pleegzorg of de jeugdbescherming;

2° aanvragen in chronologische volgorde.”

Art. 67. Artikel 121 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

“*Art. 121* - De aangesloten onthaalouders dienen de stukken vermeld in artikel 7, eerste lid, van het decreet in voor dat ze van start gaan met hun activiteit.”

Art. 68. In artikel 122 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, tweede lid, worden de woorden “onderzoekt of betrokkene fysiek en psychisch belastbaar genoeg is om zijn activiteit na de bovenste leeftijdsgrens te kunnen voortzetten en” opgeheven;

2° in § 3, eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 september 2022, worden de woorden “beschikken over een bewijs dat ze opgeleid zijn tot kinderverzorger, kinderbegeleider of opvoeder of over een daarmee gelijkgesteld diploma” vervangen door de woorden “minstens beschikken over een van de diploma’s en getuigschriften vermeld in artikel 88, § 5”.

Art. 69. Artikel 123, § 1, 2°, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

“2° te bewijzen dat ze een EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby’s, peuters en kinderen hebben voltooid of zo’n cursus te voltooien binnen een jaar nadat ze met de activiteit van start gaan. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist. De diploma’s en getuigschriften vermeld in artikel 88, § 5, gelden tot twee jaar na het behalen ervan als voltioide EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby’s, peuters en kinderen;”

Art. 70. In artikel 124 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, worden de woorden “artikel 59” vervangen door de woorden “artikel 15”.

Art. 71. (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 72. Artikel 132 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

“*Art. 132* - § 1 - De aangesloten onthaalouders hebben een opvangcapaciteit van hoogstens vier plaatsen.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 kunnen de aangesloten onthaalouders een aanvraag indienen om hun opvangcapaciteit uit te breiden tot hoogstens zes plaatsen.

De uitbreiding van de opvangcapaciteit is mogelijk op voorwaarde dat de ruimtelijke mogelijkheden dit toelaten. De uitbreiding kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

De dienst voor onthaalouders legt elke individuele afwijking schriftelijk vast.

Het departement ontvangt een afschrift van de afwijking.

§ 3 - De aangesloten onthaalouders mogen hoogstens vier baby’s of peuters en in totaal hoogstens zes kinderen tegelijk opvangen, waarbij de eigen kinderen van nul tot zes jaar in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Als de opvangcapaciteit met toepassing van paragraaf 2 wordt uitgebreid, wordt ook het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby’s en peuters én het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen dienovereenkomstig verhoogd.”

Art. 73. Artikel 133 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 74. Artikel 134.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

“*Art. 134.1* - Voor de toepassing van dit hoofdstuk geldt:

1° bij de opvang van baby’s en peuters:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan acht uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van minder dan vijf uur per dag;

c) langdurige opvang: kinderopvang van acht uur of meer per dag;

2° bij de opvang van kinderen in het kader van buitenschoolse opvang:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan acht uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van drie uur of meer, maar van minder dan vijf uur per dag;

c) opvang voor een derde van een dag: kinderopvang van minder dan drie uur per dag;

d) langdurige opvang: kinderopvang van acht uur of meer per dag.”

Art. 75. In artikel 135 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 10 december 2015, 19 april 2018, 15 juli 2021 en 29 maart 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 76. In artikel 137, eerste lid, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt het woord “cumulatieve” opgeheven.

Art. 77. In artikel 138, tweede lid, 3°, van hetzelfde besluit worden de woorden “het aangevraagde maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen” vervangen door de woorden “de aangevraagde opvangcapaciteit”.

Art. 78. In artikel 139, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt het woord “In de toelating wordt” vervangen door de woorden “In de toelating worden de opvangcapaciteit en”.

Art. 79. Artikel 141 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 141 - § 1 - De toelating blijft geldig tot de in artikel 122, § 1, vastgelegde bovenste leeftijdsgrens is bereikt.

Als overeenkomstig artikel 122, § 2, een afwijking van de vastgelegde bovenste leeftijdsgrens wordt toegestaan, wordt de overeenkomstig het eerste lid toegekende toelating verlengd voor de duur van de toegestane afwijking.

De aangesloten onthaalouder kan de kinderopvang pas na ontvangst van de toelating aanvangen.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 kan de toelating in gemotiveerde uitzonderingsgevallen voor kortere duur toegekend worden."

Art. 80. Artikel 147 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 147 - § 1 - In afwijking van de artikelen 145 en 146 kan de Minister een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig voor onbepaalde duur sluiten om een van de volgende redenen:

1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;

2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;

3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen zwaar geschonden worden.

De Minister beslist op grond van een advies van de inspectie en bij een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening heeft de schorsing van de toelating van de aangesloten onthaalouder tot gevolg en dit voor de duur van de voorlopige sluiting.

§ 2 - De Minister deelt zijn beslissing tot voorlopige sluiting zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken aangesloten onthaalouder. De aangesloten onthaalouder kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de beslissing tot voorlopige sluiting door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken aangesloten onthaalouder. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het eerste lid, geldt de beslissing als bevestigd.

De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening. De dienst voor onthaalouders waarborgt overeenkomstig artikel 66 in de mate van het mogelijke de continuïteit van de opvang van het kind.

§ 3 - Tegelijkertijd met de in § 2, tweede lid, vermelde bevestiging van de beslissing, dan wel, indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend, na het verstrijken van de in § 2, eerste lid, vermelde termijn, deelt de Minister aan de betrokken aangesloten onthaalouder mee binnen welke termijn de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, moeten worden verholpen.

De in het eerste lid vermelde termijn om de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, te verhelpen, kan door de Minister worden verlengd.

Als de aangesloten onthaalouder de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, binnen de door de Minister vastgelegde termijn verhelpt, heft de Minister de voorlopige sluiting onmiddellijk op. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de kinderopvangvoorziening.

De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen."

Art. 81. Artikel 148, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Indien de aangesloten onthaalouder na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 146 de verplichtingen nog altijd niet nakomt of indien de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid na het verstrijken van de termijn vermeld in artikel 147, § 3, niet verholpen zijn, trekt de dienst voor onthaalouders de toelating in."

Art. 82. In artikel 149, tweede lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "artikel 60, § 1, tweede lid" vervangen door de woorden "artikel 60, § 1, derde lid".

Art. 83. Titel 4 van hetzelfde besluit, dat de artikelen 152 tot 167 bevat, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 19 april 2018, 15 juli 2021 en 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Titel 4 - Als huisarbeider werkende kinderbegeleiders

Art. 152 - De bepalingen van deze titel zijn uitsluitend als bijzondere verplichtingen overeenkomstig artikel 60, § 1, van toepassing op de dienst voor onthaalouders. Die dienst zorgt ervoor dat de bepalingen van deze titel worden nageleefd.

Art. 153 - Artikel 88, § 5, geldt mutatis mutandis ook voor de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders.

Art. 154 - De artikelen 19 tot 22 gelden mutatis mutandis ook voor de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders.

Bijkomend gelden volgende voorwaarden voor de inrichting van de ruimten:

1° de trappen zijn bij voorkeur uitgerust met gesloten treden en de toegang tot de trappen is beveiligd met traphekjes. Indien een trap niet uitgerust is met gesloten treden, mogen kinderen tot zes jaar die alleen in begeleiding van een volwassene gebruiken;

2° de bedden en wiegen beantwoorden aan de richtlijnen van de Minister;

3° eventuele zandbakken zijn zo afgedekt dat verontreiniging voorkomen wordt. Het zand wordt bij verontreiniging vervangen;

4° indien de als huisarbeider werkende kinderbegeleider huisdieren heeft, zijn de richtlijnen van de Minister van toepassing;

5° overeenkomstig de wet van 22 december 2009 betreffende een regeling voor rookvrije plaatsen en ter bescherming van de bevolking tegen tabaksrook is het verboden in de slaap- en opvangruimten te roken.

Art. 155 - § 1 - De als huisarbeider werkende kinderbegeleiders vangen de kinderen altijd zelf op.

§ 2 - In afspraak met de dienst voor onthaalouders kunnen als huisarbeider werkende kinderbegeleiders onder hun verantwoordelijkheid stagiairs opnemen.

De stagiair kan de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders niet vervangen.

Art. 156 - De dienst voor onthaalouders beveelt de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders aan om hun eigen kinderen overeenkomstig de richtlijnen van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren te laten inenten.

Art. 157 - De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat alle meerderjarige bewoners van de ruimten waar de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders opvang aanbieden, voordat de activiteit van de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders van start gaat, aan de inspectie toestemming hebben geven om die ruimten overeenkomstig artikel 17, § 1, tweede lid, 4°, van het decreet tijdens de openingstijden te bezoeken.

Gedurende hun activiteit delen de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders elke wijziging van de gegevens vermeld in het eerste lid binnen dertig dagen schriftelijk mee aan de dienst voor onthaalouders.

Tijdens de duur van de activiteit kan de dienst voor onthaalouders de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in het eerste lid verzoeken.

Art. 158 - De dienst voor onthaalouders legt een opvangcapaciteit vast voor elke als huisarbeider werkende kinderbegeleider.

Art. 159 - § 1 - De Minister kan een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig voor onbepaalde duur sluiten om een van de volgende redenen:

1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;

2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;

3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen zwaar geschonden worden.

De Minister beslist op grond van een advies van de inspectie en bij een met bijzondere redenen omklede beslissing.

§ 2 - De Minister deelt zijn beslissing tot voorlopige sluiting zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken als huisarbeider werkende kinderbegeleider. De als huisarbeider werkende kinderbegeleider kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de beslissing tot voorlopige sluiting door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken als huisarbeider werkende kinderbegeleider. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het eerste lid, geldt de beslissing als bevestigd.

De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening. De dienst voor onthaalouders waarborgt overeenkomstig artikel 66 in de mate van het mogelijke de continuïteit van de opvang van het kind.

§ 3 - Tegelijkertijd met de in § 2, tweede lid, vermelde bevestiging van de beslissing, dan wel, indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend, na het verstrijken van de in § 2, eerste lid, vermelde termijn, deelt de Minister aan de betrokken als huisarbeider werkende kinderbegeleider mee binnen welke termijn de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, moeten worden verholpen.

De in het eerste lid vermelde termijn om de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, te verhelpen, kan door de Minister worden verlengd.

Als de als huisarbeider werkende kinderbegeleider de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, binnen de door de Minister vastgelegde termijn verhelpt, heft de Minister de voorlopige sluiting onmiddellijk op. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de kinderopvangvoorziening.

De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen."

Art. 84. In artikel 171, tweede lid, 10°, van hetzelfde besluit worden de woorden "lichamelijke of geestelijke beperking" vervangen door de woorden "beperking of psychische stoornis".

Art. 85. In artikel 174, § 2, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 4°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° de veiligheid van de ruimten wordt in het bijzonder bewezen door een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant."

Art. 86. In artikel 178, § 2, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° wordt de puntkomma op het einde van de zin vervangen door een punt;

2° de bepaling onder 4° wordt opgeheven.

Art. 87. In artikel 179, § 1, van hetzelfde besluit wordt het woord "cumulatieve" opgeheven.

Art. 88. In artikel 180 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - Het initiatief voor occasionele kinderopvang bepaalt een hoofdverantwoordelijke die minstens voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 178, § 2.

Artikel 88, § 5, geldt mutatis mutandis voor de hoofdverantwoordelijke van het initiatief voor occasionele kinderopvang."

2° in § 3, eerste lid, worden de woorden ", 1° en 2°" opgeheven.

Art. 89. Artikel 181 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 90. In artikel 186 van hetzelfde besluit worden de woorden "Artikel 26 en de artikelen 30 tot 31" vervangen door de woorden "Artikel 26, artikel 28.1 en de artikelen 30 tot 31".

Art. 91. Artikel 193 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 193 - Voor de organisatie van het initiatief voor occasionele kinderopvang krijgt de organiserende instantie een forfaitair bedrag van 76,50 euro per openingsdag en een aanvullend forfaitair bedrag van 5,10 euro per aanwezig kind, waarbij voor elk van die bedragen als voorwaarde geldt dat gemiddeld genomen over het kalenderjaar minstens vijf kinderen aanwezig zijn. De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per kalenderjaar te delen.

In afwijking van het eerste lid worden de daarin vermelde forfaitaire bedragen per openingsdag verlaagd tot 6,00 euro, als de organiserende instantie een personeelssubsidie krijgt overeenkomstig het decreet van 5 mei 2014 tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten of overeenkomstig het besluit van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

Art. 92. In artikel 196 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid, 7°, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten";

2° in het tweede lid wordt de bepaling onder 16° opgeheven;

3° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Indien het gaat om de voorlopige erkenning van een initiatief voor occasionele kinderopvang dat overeenkomstig artikel 7, tweede en derde lid, van het decreet of overeenkomstig andere bepalingen van dit besluit ertoe verplicht is de veiligheid van de ruimten van zijn kinderopvangvoorzieningen te bewijzen met een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant, moet dat advies over de brandveiligheid van de ruimten waar de kinderopvang plaatsvindt, dat niet ouder mag zijn dan twee maanden, ook worden ingediend."

Art. 93. In artikel 197, § 1, van hetzelfde besluit worden de woorden "14° en 16°" vervangen door de woorden "en 14°, en derde lid".

Art. 94. In artikel 205, derde lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, worden de woorden "31 augustus 2025" vervangen door de woorden "31 december 2023".

Art. 95. In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 207.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.1 - Indien de resultatenrekening van de locatie voor buitenschoolse opvang op het einde van het kalenderjaar 2023, rekening houdend met alle ontvangsten, een tekort vertoont, dan neemt de Duitstalige Gemeenschap dat tekort volledig voor haar rekening, voor zover de locatie voor buitenschoolse opvang de bepalingen van de artikelen 113 tot 119 naleeft."

Art. 96. In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 207.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.2 - § 1 - In afwijking van de artikelen 88 en 110 worden de kinderbegeleiders of begeleiders die op 31 december 2023 voor een dienst werken en aan de op dat tijdstip geldende diplomavooraanbieden, maar niet aan de vanaf 1 januari 2024 geldende voorwaarden voldoen, door de Minister van ambtswege voor onbepaalde duur toegelaten als kinderbegeleider.

§ 2 - In afwijking van artikel 153 laat de Minister de aangesloten onthaalouders die op grond van artikel 45, § 1, tweede lid, van het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap een aanbod als werknemer bij het centrum voor kinderopvang aannemen en niet over een van de in artikel 88, § 5, vermelde diploma's en getuigschriften beschikken, van ambtswege voor onbepaalde duur toe als kinderbegeleider.

§ 3 - In afwijking van artikel 180 laat de Minister de hoofdverantwoordelijken van een initiatief voor occasionele kinderopvang die op 31 december 2023 voor een initiatief voor occasionele kinderopvang werken en aan de op dat tijdstip geldende diplomavooraanbieden, maar niet aan de vanaf 1 januari 2024 geldende voorwaarden voldoen, van ambtswege voor onbepaalde duur toe als hoofdverantwoordelijke van een initiatief voor occasionele kinderopvang."

Art. 97. In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 207.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.3 - Het centrum vergoedt de reiskosten van de leden van de adviescommissie voor kinderopvang overeenkomstig het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 98. De bijlage van hetzelfde besluit wordt vervangen door de bijlage gevoegd bij dit besluit.

HOOFDSTUK 2 — *Wijziging van het besluit van de regering van 22 mei 2014
betreffende de zelfstandige onthaalouders*

Art. 99. In artikel 2 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° kinderopvang: overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 2°, van het decreet, de regelmatige opvang van kinderen in vastgelegde ruimten, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding, met uitzondering van de activiteiten die vorming, onderwijs, jeugd, jeugdbijstand, cultuur, toerisme of sport als hoofddoel hebben;"

2° in de bepaling onder 8° worden de woorden "meer dan vijf uur" vervangen door de woorden "vijf uur of meer";

3° in de bepaling onder 9° worden de woorden "meer dan drie uur en van hoogstens" vervangen door de woorden "drie uur of meer, maar van minder dan";

4° in de bepaling onder 10° wordt het woord "hoogstens" vervangen door de woorden "minder dan";

5° de bepaling onder 11°, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"11° centrum: het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap opgericht bij het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap;"

6° de bepaling onder 16°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt opgeheven;

7° de bepaling onder 17°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt vervangen als volgt:

"17° webportaal: een digitaal platform voor kinderopvang dat door de Regering ter beschikking wordt gesteld van de dienstverrichters en de personen belast met de opvoeding. Het dient om de personen belast met de opvoeding te informeren, om plaatsen in de kinderopvang aan te vragen, te beheren en toe te wijzen, alsook om de erkennings- en subsidiëeringsvoorwaarden te controleren;"

8° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 18°, luidende:

"18° zelfstandige onthaalouders in hoofdberoep: zelfstandige onthaalouders die hun activiteit in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen in hoofdberoep uitoefenen;"

9° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 19°, luidende:

"19° zelfstandige onthaalouders in bijberoep: zelfstandige onthaalouders die hun activiteit in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen in bijberoep uitoefenen of in een gelijkwaardig statuut overeenkomstig artikel 37 van het koninklijk besluit van 19 december 1967 houdende algemeen reglement in uitvoering van het koninklijk besluit nr. 38 van 27 juli 1967 houdende inrichting van het sociaal statuut der zelfstandigen."

Art. 100. Artikel 6 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 20 mei 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 6 - De bedragen vastgelegd in de artikelen 29, 29.2, 30, 31, 50.1 en 58.1 zijn gekoppeld aan de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap op basis van de spilindex 138,01.

Het in artikel 29.3 vastgelegde maximumbedrag van het gezinsinkomen is gekoppeld aan de spilindex 138,01 en wordt op basis van de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap aangepast aan de index van de maand december van het betrokken inkomensjaar.

De in artikel 29.3 vastgelegde subsidies en dagtarieven zijn gekoppeld aan de spilindex 138,01 en worden op basis van de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap jaarlijks in juli aangepast aan de index van de maand december van het vorige jaar."

Art. 101. Artikel 7 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 7 - De zelfstandige onthaalouders dienen de stukken vermeld in artikel 7, eerste lid, van het decreet in voordat ze van start gaan met hun activiteit."

Art. 102. Artikel 8, § 3, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 september 2022 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"In afwijking van paragraaf 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders een afwijking van de vastgelegde onderste leeftijdsgrens aanvragen, voor zover ze minstens 18 jaar oud zijn en minstens beschikken over een van de diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 18.1 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan."

Art. 103. Artikel 10, 2°, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"2° te bewijzen dat ze een EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen hebben voltooid of zo'n cursus te voltooien binnen een jaar nadat ze met de activiteit van start gaan. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist. De diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 8, § 3, eerste lid, gelden tot twee jaar na het behalen ervan als voltooide EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen."

Art. 104. Artikel 19 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 22 december 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 19 - § 1 - De zelfstandige onthaalouders hebben een opvangcapaciteit van hoogstens vier plaatsen.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders een aanvraag indienen om hun opvangcapaciteit uit te breiden tot hoogstens zes plaatsen.

Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een standpunt op en zendt het dat standpunt over aan de Minister.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het standpunt van het centrum, dan wel na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de uitbreiding van de opvangcapaciteit wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De uitbreiding van de opvangcapaciteit is mogelijk op voorwaarde dat de ruimtelijke mogelijkheden dit toelaten. De uitbreiding kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

Het departement voegt de toekenning van de uitbreiding van de opvangcapaciteit toe aan het erkenningsdossier van de zelfstandige onthaalouder.

§ 3 - De zelfstandige onthaalouders mogen hoogstens vier baby's of peuters en in totaal hoogstens zes kinderen tegelijk opvangen, waarbij de eigen kinderen van nul tot zes jaar in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Als de opvangcapaciteit met toepassing van paragraaf 2 wordt uitgebreid, wordt ook het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's en peuters én het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen dienovereenkomstig verhoogd."

Art. 105. In artikel 23 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° § 1, derde lid, wordt opgeheven;
- 2° paragraaf 2 wordt opgeheven;
- 3° paragraaf 3 wordt opgeheven.

Art. 106. In artikel 25 van hetzelfde besluit worden de woorden "ontvangen van het departement de fiscale attesten voor de personen belast met de opvoeding, vullen die attesten in en zenden ze door aan de personen belast met de opvoeding" vervangen door de woorden "vullen de fiscale attesten voor de personen belast met de opvoeding in".

Art. 107. In artikel 29.2 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 april 2022, wordt vervangen als volgt:

"Voor de activiteit als zelfstandige onthaalouder kunnen de zelfstandige onthaalouders een subsidie krijgen."

2° § 1, tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 april 2022, wordt vervangen als volgt:

"De subsidie bedraagt per opvangplaats per jaar hoogstens:

- 1° 915,70 euro voor de zelfstandige onthaalouders in hoofdberoep;
- 2° 628,50 euro voor de zelfstandige onthaalouders in bijberoep."

3° in § 1, derde lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "het maximumaantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen," vervangen door de woorden "de opvangcapaciteit";

4° in § 1, vierde lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden in de inleidende zin de woorden "het in artikel 19, § 2, vermelde maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters" vervangen door de woorden "de in artikel 19, § 2, vermelde opvangcapaciteit";

5° in § 1, vierde lid, 1°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "een verhoging van het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters" vervangen door de woorden "een uitbreiding van de opvangcapaciteit".

Art. 108. Artikel 29.3 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 29.3 - § 1 - De zelfstandige onthaalouders kunnen een subsidie krijgen van hoogstens 22,95 euro per voor een hele dag opgevangen baby of peuter, 13,77 euro per voor een halve dag opgevangen baby of peuter of 9,18 euro per voor een derde van een dag opgevangen baby of peuter, als aan de volgende voorwaarden is voldaan:

1° minstens een van de personen belast met de opvoeding die een beroep doen op de opvang heeft recht op een verhoogde verzekeringstegemoetkoming overeenkomstig artikel 37, § 19, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994;

2° de factuur voor de in 1° vermelde personen bevat een verwijzing naar de in dit lid vermelde subsidie van de Duitstalige Gemeenschap per opvang voor een hele dag.

§ 2 - De zelfstandige onthaalouders kunnen een subsidie krijgen van hoogstens 10,20 euro per voor een hele dag opgevangen baby of peuter, 6,12 euro per voor een halve dag opgevangen baby of peuter of 4,08 euro per voor een derde van een dag opgevangen baby of peuter, als aan de volgende voorwaarden is voldaan:

1° het gezinsinkomen van de personen die een beroep doen op de opvang bedraagt minder dan 21.961,93 euro met toepassing van artikel 83 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

2° de factuur voor de in 1° vermelde personen bevat een verwijzing naar de in dit lid vermelde subsidie van de Duitstalige Gemeenschap per opvang voor een hele dag.

Het gezinsinkomen wordt bepaald door het centrum. Als het inkomen lager is dan het maximumbedrag vastgelegd in het eerste lid, 1°, deelt het centrum dat mee aan de zelfstandige onthaalouder en aan het departement.

§ 3 - In afwijking van de §§ 1 en 2 kunnen de zelfstandige onthaalouders die subsidie niet voor de opvang van hun eigen kinderen krijgen.

Als de zelfstandige onthaalouders eigen kinderen opvangen, lichten ze het departement schriftelijk daarover in voordat ze van start gaan met de opvang.

§ 4 - De in de §§ 1 en 2 vermelde subsidies kunnen telkens hoogstens voor één kind toegekend worden. Ze kunnen niet voor hetzelfde kind toegekend worden."

Art. 109. Artikel 29.4 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt opgeheven.

Art. 110. In artikel 31 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 20 mei 2021, wordt vernummerd tot § 1, eerste lid;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders die aanvullende subsidie niet voor de opvang van hun eigen kinderen krijgen.

Als de zelfstandige onthaalouders eigen kinderen opvangen, lichten ze het departement schriftelijk daarover in voordat ze van start gaan met de opvang."

Art. 111. In artikel 32 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"De zelfstandige onthaalouders gebruiken het webportaal om de subsidies vermeld in de artikelen 29 tot 31 te verkrijgen."

2° in het tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "voor aanneembare werkingskosten" opgeheven;

3° in het derde lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "voor aanneembare werkingskosten" opgeheven;

4° het vierde lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt opgeheven.

Art. 112. In artikel 33, tweede lid, 3°, van hetzelfde besluit worden de woorden "het aangevraagde maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen" vervangen door de woorden "de aangevraagde opvangcapaciteit".

Art. 113. In artikel 34 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, derde lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "In de erkenning wordt" vervangen door de woorden "In de erkenning worden de opvangcapaciteit en";

2° in § 2, vierde lid, worden de woorden "In de erkenning wordt" vervangen door de woorden "In de erkenning worden de opvangcapaciteit en".

Art. 114. Artikel 41 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 41 - § 1 - In afwijking van de artikelen 39 en 40 kan de Minister een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig voor onbepaalde duur sluiten om een van de volgende redenen:

1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;

2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;

3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen zwaar geschonden worden.

De Minister beslist op grond van een advies van de inspectie en bij een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening heeft de schorsing van de erkenning van de zelfstandige onthaalouder tot gevolg en dit voor de duur van de voorlopige sluiting.

§ 2 - De Minister deelt zijn beslissing tot voorlopige sluiting zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken zelfstandige onthaalouder. De zelfstandige onthaalouder kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de beslissing tot voorlopige sluiting door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken zelfstandige onthaalouder. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het eerste lid, geldt de beslissing als bevestigd.

Het centrum ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening.

§ 3 - Tegelijkertijd met de in § 2, tweede lid, vermelde bevestiging van de beslissing, dan wel, indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend, na het verstrijken van de in § 2, eerste lid, vermelde termijn, deelt de Minister aan de betrokken zelfstandige onthaalouder mee binnen welke termijn de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, moeten worden verholpen.

De in het eerste lid vermelde termijn om de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, te verhelpen, kan door de Minister worden verlengd.

Als de zelfstandige onthaalouder de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, binnen de door de Minister vastgelegde termijn verhelpt, heft de Minister de voorlopige sluiting onmiddellijk op. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de kinderopvangvoorziening.

Het centrum ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen."

Art. 115. In artikel 42 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "schorsing van de erkenning wordt bevestigd overeenkomstig artikel 41, § 1, vierde lid" vervangen door de woorden "voorlopige sluiting wordt bevestigd overeenkomstig artikel 41, § 2, tweede lid";

2° het tweede lid wordt aangevuld met de woorden "of de voorlopige sluiting wordt bevestigd, dan wel, indien er geen verzoek is ingediend om te worden gehoord, overeenkomstig artikel 41, § 2, eerste lid, na het verstrijken van de daarin vermelde termijn".

Art. 116. Artikel 43, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Indien de zelfstandige onthaalouder na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 40 de verplichtingen nog altijd niet nakomt of indien de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid na het verstrijken van de termijn vermeld in artikel 41, § 3, niet verholpen zijn, trekt de Minister de erkenning op grond van een advies van de inspectie in."

Art. 117. (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 118. In artikel 48 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "artikel 18, § 1, artikel 19 en artikel 29.2, § 1" vervangen door de woorden "artikel 18, § 1, en artikel 29.2, § 1".

Art. 119. In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 49.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 49.1 - De opvangcapaciteit van een opvangvoorziening van zelfstandige mede-onthaalouders stemt hoogstens overeen met de som van de met toepassing van artikel 19 vastgelegde opvangcapaciteiten van de zelfstandige onthaalouders die hun activiteit in die opvangvoorziening uitoefenen.

Daartoe dienen de zelfstandige mede-onthaalouders een schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een standpunt op en zendt het dat standpunt over aan de Minister.

Binnen veertig dagen na ontvangst van het standpunt van het centrum, dan wel na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister over de opvangcapaciteit."

Art. 120. Artikel 50 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 50 - Ongeacht het in artikel 19, § 3, vastgelegde maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen kunnen de kinderen die worden opgevangen door een zelfstandige onthaalouder die plots ziek wordt, hoogstens per drie tegelijk aan een andere zelfstandige onthaalouder worden toevertrouwd met het oog op opvang, zonder dat het aantal van negen gelijktijdig aanwezige kinderen per zelfstandige onthaalouder mag worden overschreden. De ziekte wordt gestaafd met een door een arts uitgereikt ziekteattest.

De afwijking vermeld in het eerste lid is beperkt tot een periode van hoogstens veertien kalenderdagen per ziektegeval.

De afwijking moet onmiddellijk schriftelijk worden meegedeeld aan het departement, bij voorkeur via e-mail."

Art. 121. In artikel 50.1 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 april 2022, wordt vervangen als volgt:

"Voor de activiteit als zelfstandige mede-onthaalouder kunnen de zelfstandige onthaalouders een subsidie krijgen."

2° § 1, tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 april 2022, wordt vervangen als volgt:

"De subsidie bedraagt per opvangplaats per jaar hoogstens:

1° 1.202,90 euro voor de zelfstandige mede-onthaalouders in hoofdberoep die hun activiteit als zelfstandige onthaalouder uitsluitend uitoefenen in een opvangvoorziening van zelfstandige mede-onthaalouders;

2° 915,70 euro voor de zelfstandige mede-onthaalouders in hoofdberoep die hun activiteit als zelfstandige onthaalouder niet uitsluitend uitoefenen in een opvangvoorziening van zelfstandige mede-onthaalouders;

3° 915,70 euro voor de zelfstandige mede-onthaalouders in bijberoep die hun activiteit als zelfstandige onthaalouder uitsluitend uitoefenen in een opvangvoorziening van zelfstandige mede-onthaalouders;

4° 628,50 euro voor de zelfstandige mede-onthaalouders in bijberoep die hun activiteit als zelfstandige onthaalouder niet uitsluitend uitoefenen in een opvangvoorziening van zelfstandige mede-onthaalouders."

3° in § 2, eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "het maximumaantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen, vermeld in artikel 50, § 1 en 2" vervangen door de woorden "de in artikel 19, § 1, vermelde opvangcapaciteit";

4° in § 2, tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden in de inleidende zin de woorden "het in artikel 19, § 2, vermelde maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters" vervangen door de woorden "de in artikel 19, § 2, vermelde opvangcapaciteit";

5° in § 2, tweede lid, 1°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "een verhoging van het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters" vervangen door de woorden "een uitbreiding van de opvangcapaciteit".

Art. 122. In artikel 50.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "De aangepaste subsidie vermeld in artikel 29.3 wordt" vervangen door de woorden "De subsidies vermeld in artikel 29.3 worden".

Art. 123. In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 58.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 58.3 - In afwijking van artikel 19 geldt als opvangcapaciteit voor de zelfstandige onthaalouders die op 1 januari 2024 reeds erkend zijn: het op dat tijdstip vastgelegde maximale aantal baby's en peuters dat tegelijkertijd mag worden opgevangen."

Art. 124. In de bepaling onder 4° van de bijlage van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden ", met uitzondering van de verminderde ouderbijdragen vermeld in artikel 23, § 2" opgeheven.

HOOFDSTUK 3. — Slotbepalingen

Art. 125. Het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap treedt in werking op 1 januari 2024, met uitzondering van artikel 29, dat uitwerking heeft met ingang van 3 juli 2023.

Art. 126. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024, met uitzondering van de artikelen 65 en 66, die in werking treden op 8 januari 2024.

Art. 127. De minister die bevoegd is voor Kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 14 december 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

L. KLINKENBERG

Bijlage bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders

Bijlage bij het besluit van de Regering van 22 mei 2014
betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang

Totaal belastbaar jaarin-komen	Ouderbijdrage in EUR							
	Hele dag		Halve dag		Langdurige opvang		Een derde van een dag	
Inkomen in EUR								
Vanaf	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief per langdurige opvang	Korting	Tarief per een derde van een dag	Korting
0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
22.525,059	4,590	3,213	2,754	1,928	7,345	5,141	1,836	1,285
28.156,322	6,121	4,284	3,672	2,571	9,793	6,855	2,448	1,714
33.787,586	7,651	5,356	4,590	3,213	12,241	8,569	3,060	2,142
39.418,851	9,181	6,427	5,509	3,856	14,689	10,283	3,672	2,571
45.050,116	10,711	7,498	6,427	4,499	17,138	11,996	4,284	2,999
50.681,381	12,241	8,569	7,345	5,141	19,586	13,710	4,896	3,428
56.312,646	13,771	9,640	8,263	5,784	22,034	15,424	5,509	3,856
61.943,910	15,301	10,711	9,181	6,427	24,482	17,138	6,121	4,284
67.575,175	16,832	11,782	10,099	7,069	26,931	18,851	6,733	4,713
73.206,440	18,362	12,853	11,017	7,712	29,379	20,565	7,345	5,141
78.837,705	19,892	13,924	11,935	8,355	31,827	22,279	7,957	5,570
84.468,969	21,422	14,995	12,853	8,997	34,275	23,993	8,569	5,998
90.100,234	22,952	16,067	13,771	9,640	36,723	25,706	9,181	6,427

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

Eupen, 14 december 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
L. KLINKENBERG

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/204588]

23. MAI 2024 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 8 § 3 Nummer 3, Artikel 12 Absätze 2, 3, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Mai 2023, und 4, eingefügt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 6. Februar 2024;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 9. Februar 2024;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 75.756/16 des Staatsrates, das am 2. April 2024 in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen, Artikel 11;

In Erwägung des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung;